

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Von  
der Weimarer Republik  
bis  
zum NS-Regime**

**Sonderheft Nr. 6**



**Von  
der Weimarer Republik  
bis  
zum NS-Regime**

**Sonderheft Nr. 6**

**Weimarer Republik: 15 Jahre Unfreiheit**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Bildung einer vorläufigen "Deutschen Republik"	2-21
Der Versailler Friedensvertrag	21-27
Gründung der Weimarer Republik	27-31
Die ersten Jahre der Weimarer Republik	31-34
Die Besetzung des Ruhrgebietes	34-40
Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg	40-42
Hitlers Weg zur Macht	42-47
Deutsche Ostpolitik (1919-1933)	47-50
Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg	51-62
Die "Goldenen Zwanziger Jahre"	63-65
Joseph Goebbels wird NS-Gauleiter in Berlin	65-68
Die Wall Street fördert Adolf Hitler	68-72
Die Weltwirtschaftskrise	72-76
Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise	76-87
Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler	87-89
Untergang der Weimarer Republik	90-93
Schlußbemerkungen	93-95
Hinweise für den Leser	96-98
Quellen- und Literaturnachweis	

**Bildung einer vorläufigen "Deutschen Republik"**

Der Weltkrieg werde die Völker so verelenden, daß sie zur sozialistischen Republik abgleiten und sich schließlich gezwungen sehen würden, mit Gewalt ... zurückzukehren, zum despotischen, totalitären Staat.

*Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)*

Am 3. November 1918 riefen Matrosen der Kriegsmarine in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergriff.

Ein Matrose berichtete damals über die Meuterei der Kriegsflotte in Kiel (x191/22): >>Der Kommandant (des Kriegsschiffes) "Thüringen" sagte: "Wir verfeuern unsere letzten 2.000 Schuß und wollen mit wehender Flagge untergehen." Darauf haben sie (die Soldaten) ihm gesagt, er solle allein losfahren und nun ging der Krach los. ...

Den Zweck haben sie ja erreicht, die Flotte wird in der nächsten Zeit nicht auslaufen, und wenn wir jedenfalls auch darunter leiden müssen, aber unsere Zeit kommt bald, oder der Friede muß bald kommen, sonst machen wir ihn uns selber. Die Marine macht nicht mehr mit.

...<<

Vor allem General Erich Ludendorff (1865-1937, von 1916-18 Generalstabschef des Heeres), der nach seiner Flucht (1919) aus Schweden zurückkehrte, macht später unentwegt die deutschen Bolschewisten, Sozialdemokraten, Juden, Freimaurer und andere sog. "Staatsfeinde" für die militärischen Aufstände verantwortlich.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Dolchstoßlegende" (x051/131): >>Dolchstoßlegende, nach dem Ersten Weltkrieg von nationalistischen Kreisen verbreitete These, daß für den militärischen Zusammenbruch des Deutschen Reiches im Herbst 1918 das Versagen der Heimat verantwortlich sei, das "im Feld unbesiegte Heer" sei durch die Novemberrevolution "von hinten erdolcht" worden (Hindenburg am 18.11.19 vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung).

In den folgenden Jahren wurde die Dolchstoßlegende fester Bestandteil der Agitation der Rechten, besonders der Deutschnationalisten und der Nationalsozialisten, mit dem Ziel, die demokratischen Politiker der Weimarer Republik als "Novemberverbrecher" zu diffamieren. Tatsächlich stand das deutsche Heer im Herbst 1918 aus kriegswirtschaftlichen und strategischen Gründen unmittelbar vor der Niederlage, was General Ludendorff, später einer der Ziehväter der Dolchstoßlegende, mit seinem überstürzten Rücktritt Ende September 18 sowie seiner Forderung nach "sofortigem Waffenstillstand" dokumentiert hatte.

Daß sich Politiker fanden, die den Militärs die Unterschrift unter den unvermeidlichen Waffenstillstand abnahmen, gab der Dolchstoßlegende neue Nahrung, die auch durch die klaren Beweise ihrer Unhaltbarkeit etwa im Dolchstoßprozeß (19.10. - 20.11.25 in München) nicht auszurotten war und die politische Atmosphäre nachhaltig vergiftete.

Der völlige Zusammenbruch der deutschen Wehrmacht 1945 verhinderte das Aufkommen einer neuen Dolchstoßlegende nach dem Zweiten Weltkrieg.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2018 berichtete später (im November 2018): >>**Dolchstoß ohne Legende**

*\_von Jan von Flocken*

### **... Erschöpfung auch bei den Alliierten**

Auch wenn das angesichts eines nahezu totalen Krieges eher illusorisch war - auf der Gegenseite kam es ebenfalls zur Krise. Unter den alliierten Soldaten forderte die Spanische Grippe tausende Todesopfer. Die französische Heeresleitung kam zu dem Schluß, daß Deutschland auf jeden Fall noch bis 1919 durchhalten werde. General Douglas Haig, Kommandeur der britischen Streitkräfte in Frankreich, war der Überzeugung, die ersten beiden Oktoberwochen seien "die schwierigsten Wochen des Weiterkämpfens" gewesen.

Deutschland stand zwar "mit dem Rücken zu Wand", so der kenntnisreiche US-Historiker David Stevenson, aber seine Kriegssituation sei nicht aussichtslos gewesen. Ein Weiterkämpfen in gesicherten Stellungen der Westfront, also im Feindesland, wäre für Deutschland möglich gewesen und hätte einen erträglicheren Frieden erreichen können.

Doch die Heimatfront war bereits zersetzt. Seit Juni 1916 kam es in Deutschland zu mehreren Massenstreiks, welche die Kriegsproduktion weitgehend lahmlegten. Am Januarstreik von 1918 nahmen mehr als eine Million Arbeiter teil. Rüstungsbetriebe in Berlin, Hamburg, München, Braunschweig, Halle, Magdeburg, Köln, Breslau, Leipzig und Mannheim lagen still. Die Zechen im Dortmunder Kohlenrevier produzierten tagelang nichts mehr, ebenso wie die Werften in Kiel und Hamburg. Seit der bolschewistischen Revolution in Rußland im Oktober 1917 agitierte die deutsche Linke vehement gegen den Krieg und einen Siegfrieden.

Namentlich die von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg edierten *Spartakus-Briefe* taten sich hier hervor. Schon in der ersten Nummer war von "rücksichtsloser Machtentfaltung der Volksmassen" die Rede. Im August 1918 drohten die Linksradikalen, man werde "mit einem mächtigen Ruck die herrschende Mörderbande zum Purzeln bringen". Und einen Monat später

hieß es, "die dringende Aufgabe, gerade im gegenwärtigen Moment, ist, die öffentliche Pleite des deutschen Imperialismus mit verzehnfachter Energie agitatorisch auszunutzen".

Der Sozialdemokrat und spätere Kommunist Albert Vater aus Magdeburg rühmte sich: "Wir haben den Umsturz systematisch vorbereitet. Wir haben unsere Leute zur Fahnenflucht veranlaßt. Die Deserteure haben wir mit falschen Papieren an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten zermürben sollten."

Ein Augenzeuge berichtet vom Herbst 1918: "Es wimmelte von Fronturlaubern, die ihren Urlaub eigenmächtig verlängern; zahllose geheilte Verwundete, die statt an die Front auf den Eisenbahnstrecken im Rund fahren; glatt Fahnenflüchtige und Drückeberger, die angeblich seit Monaten ihre Truppenteile suchen. Allerorten passiver Widerstand, Kriegsunlust, faule Witze, Unordnung in Reih und Glied."

### **Weltfremde Friedenshoffnungen**

Man profitierte dabei von der lawinenartigen Überzeugung der Massen, daß man nur die bisherige Führung abzusetzen brauche, um sich danach sofort mit dem großmütigen Feind zu vergleichen und dadurch Frieden, Freiheit und Brot zu erlangen. US-Präsident Woodrow Wilson, der sein Land 1917 in den Krieg hineingezogen hatte, versprach den Deutschen und ihren Verbündeten mit den "14 Punkten" goldene Zeiten, wenn sie nur bedingungslos ihre Waffen niederlegten. So wurden schließlich Soldaten, die an der Front weiterkämpfen wollten, als "Streikbrecher" beschimpft und Sabotage in den Fabriken verübt.

Zufrieden notierte der Kremlchef Wladimir I. Lenin: "Der Zauber der russischen Revolution fand in der ersten grandiosen Aktion der deutschen Arbeiter während des Krieges seinen Ausdruck." Moskaus Gesandter in Berlin, Adolf Joffe, machte die sowjetrussische Botschaft Unter den Linden zum Zentrum für alles, was an deutschen Linkssozialisten und angehenden Spartakisten fachmännische Anleitung und rollende Rubel zur Revolution benötigte.

Das einfache Volk hungerte und froh derweilen. Und es breitete sich die Illusion aus, daß Deutschland von seinen Feinden jederzeit den Frieden haben könne, wenn nur eine Gruppe Fürsten, Feldherren, Alldutsche und sonstige Kriegsinteressenten hinweggefegt würden. Eine hoffnungsfrohe Weltfremdheit brach sich Bahn. US-Präsident Wilson galt als großer Heilsbringer. Doch gerade er hatte in seiner Kongreßansprache vom 11. Februar 1918 gedroht: "Die deutsche Macht, ohne Gewissen, Ehre und Verständnis für einen Verständigungsfrieden, muß zerschmettert werden!"

Mit der Matrosenmeuterei in Kiel am 1./2. November 1918 kam das Ende. Eine Woche später mußte Deutschland kapitulieren. Hunderttausende sahen das damals als Resultat eines hinterhältigen "Dolchstoßes", den die Heimat der Front versetzt habe.

Was die vollständige Kapitulation an furchtbaren Folgen zeitigen sollte, bewiesen die Worte des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau bei der Übergabe der Friedensbedingungen im Mai 1919: "Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die schreckliche Verantwortung, die auf ihm lastet, läßt sich in der Tatsache zusammenfassen, daß wenigstens sieben Millionen Tote in Europa begraben liegen, während mehr als zwanzig Millionen Lebender durch ihre Wunden und ihre Leiden von der Tatsache Zeugnis ablegen, daß Deutschland durch den Krieg seine Leidenschaft für die Tyrannei befriedigen wollte."<<

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

Die "Frankfurter Zeitung" berichtete am 5. November 1918 über die ungewisse Zukunft des deutschen Kaisers (x267/315-317): >>... Denn, was in diesen fünf Wochen vor sich gegangen ist, das ist, nach innen und nach außen, die Liquidation der dreißigjährigen Regierungszeit Kaiser Wilhelms II., oder dessen, was von ihr noch übrig geblieben ist in der fürchterlichen Katastrophe dieses Krieges, die eben auch die Katastrophe des Kaisers ist.

Was wir jetzt erleben, ist Ende und Abschluß: unmöglich schien der Gedanke, daß der Anfang des Neuen, das nun kommen muß, unter demselben Zeichen der Regierung Wilhelms II. (oder seines Sohnes) begonnen werden könnte.

Nicht um die schwere Frage der Schuld handelt es sich dabei in erster Reihe; denn ebenso schuldig wie der Kaiser waren die Jämmerlichen, die ihm knechtisch dienten, statt ihn mannhaft in die Grenzen seiner Rechte und seiner Fähigkeiten zu verweisen.

Aber der Kaiser selbst hat sich vor der ganzen Welt zum Symbol der Politik gemacht, die Deutschland in den Abgrund geführt hat; als sein System hatte diese immer in der Ichform geführte Politik vor der Zeit und vor der Geschichte gelten sollen – so gebietet es die Würde, daß er verzichte, wenn diese furchtbare Politik zusammenbricht.

Was jetzt geschieht, ist das diametrale Gegenteil von dem, was er dreißig Jahre hindurch, nur allzu oft und allzu laut, als seinen Glauben bekundet, gelehrt, gehandelt hat. Wohl bekundet er jetzt, daß es ihm ernst sei auch mit dem Neuen, und wir achten in dieser Bekundung die späte Einsicht – aber kann der Sechzigjährige wirklich selbst glauben, daß er nochmals berufen sei, uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen?<<

In Berlin verlangte die SPD am 7. November 1918 den sofortigen Rücktritt des Kaisers.

Der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert erklärte während eines Gespräches mit Reichskanzler Prinz Max von Baden (x149/33): >>... Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Aber ich will sie nicht. Ja ich hasse sie wie die Sünde.<<

In München brach am 7. November 1918 eine Revolution aus. Als in München ein Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat gebildet wurde, floh der König von Bayern.

Der Arbeiter- und Soldatenrat in Berlin forderte am 8. November 1918 die Einführung eines Rätestaates (x243/19): >>Wir fordern nicht Abdankung einer Person, sondern (die) Republik! Die sozialistische Republik mit allen ihren Konsequenzen. ...

Heraus aus den Betrieben, heraus aus den Kasernen! ...<<

Der radikale USPD-Politiker Kurt Eisner (1867-1919) proklamierte am 8. November 1918 in München die Räterepublik Bayern.

Ernst F. Däumig (1866-1922, Journalist und USPD-Politiker) setzte sich damals für die Einführung des Räteystems ein (x149/34): >>... Wie der Sozialismus als neues Grundprinzip der Welt aufzieht, so ist selbstverständlich damit auch verbunden, daß (der) bürgerlichen Demokratie die proletarische Demokratie folgen muß: wie sie ihren organisatorischen Ausdruck in dem Räteystem findet. ...

Ich weiß, daß diesem System der Ludergeruch des Bolschewismus anhaftet ... Die Diktatur ist zweifellos mit dem Räteystem verbunden; aber was in Rußland geschehen ist, braucht nicht in Deutschland nachgeahmt zu werden.<<

Der damalige Kölner Erzbischof Felix Kardinal von Hartmann (1851-1919, ein persönlicher Freund des deutschen Kaisers Wilhelm II.) schrieb am 8. November 1918 an den damaligen Münchener Erzbischof Eugenio Pacelli, den späteren Papst Pius XII. (x340/116): >>Seine Majestät der Kaiser läßt mir soeben mitteilen, daß nach ihm gestern zugegangenen Nachrichten der Groß-Orient beschlossen habe, zunächst alle Souveräne in erster Linie ihn, den Kaiser, abzusetzen etc. und schließlich eine Weltrepublik unter Führung des amerikanischen Großkapitals auf den Trümmern der bisherigen bürgerlichen Gesellschaft aufzurichten. Die deutschen Freimaurer seien dem Kaiser treu (was sehr zu bezweifeln ist!) und hätten ihn das wissen las-

sen. ...

Ich habe geglaubt, verpflichtet zu sein, dies Euer Excellenz zur Kenntnis zu bringen, und muß Eurem weisen Ermessen überlassen, ob ihr die Mitteilung nach Rom weitergeben wollt. Das stürmische Verlangen der Sozialdemokraten, der Kaiser solle abdanken, gibt der Nachricht eine gewisse Bestätigung. ...<<

In Berlin brach am 9. November 1918 eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Die große Mehrheit der SPD lehnte gewaltsame, undemokratische Veränderungen (wie z.B. eine Diktatur der Arbeiterklasse) entschieden ab, deshalb bildete man eine demokratische Republik. Diese neue deutsche Republik war keine Staatsgründung, denn die staats- und völkerrechtliche Persönlichkeit des Deutschen Reiches änderte sich nicht (x063/512).

Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25): >>Arbeiter und Soldaten!

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen; der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt!

Es lebe die Deutsche Republik!

Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Parteien angehören.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen, und deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete!

Wir müssen stolz sein können, in alle Zukunft auf diesen Tag! Ruhe, Ordnung und Sicherheit das ist das, was wir jetzt brauchen! ...

Es lebe die Deutsche Republik!<<

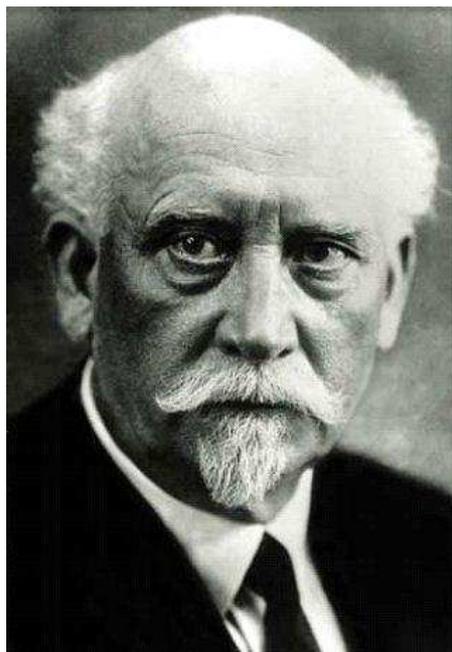


Abb. 53 (x051/514): Philipp Scheidemann

Mathias Forster schrieb später über Philipp Scheidemann (x051/514): >>Scheidemann, Philipp, geboren in Kassel 26.7.1865, gestorben in Kopenhagen 29.11.1939, deutscher Politiker; 1883 zur SPD, 1911 in den Parteivorstand, 1903-33 Mitglied des Reichstages.

Als Wortführer der Reichstagsfraktion forderte Scheidemann im Ersten Weltkrieg gegen die alldeutsche Kriegszielpropaganda einen Verständigungsfrieden und avancierte nach der Parteispaltung 1917 neben Ebert zum anerkannten Führer der SPD. Am 9.11.18 rief er (ohne Eberts Einverständnis) die deutsche Republik aus, um der beginnenden Revolution entgegenzuwirken, und bildete nach der Wahl zur Nationalversammlung am 13.2.19 die erste von SPD, Zentrum und DDP getragene demokratische Reichsregierung.

Am 11.5.19 legte er sich mit den Worten "Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich mit uns in diese Fesseln legt" auf die Ablehnung des Versailler Vertrages fest, trat im Juni zurück und wandte sich der Kommunalpolitik zu (1920-25 Oberbürgermeister von Kassel), blieb aber eine politische Figur von reichsweiter Wirkung, u.a. durch seine scharfe Kritik an der Zusammenarbeit von Reichswehr und Roter Armee (1926).

1933 ging Scheidemann ins Exil und ließ sich nach Aufenthalen in Frankreich und den USA schließlich in Dänemark nieder. Schrieb "Memoiren eines Sozialdemokraten" (1928).<<

Der neue Reichskanzler Friedrich Ebert forderte am 9. November 1918 die Bevölkerung in einer schriftlichen "Kundgebung" zur Ruhe und Ordnung auf (x256/67):

>>**Mahnung zur Ruhe und Ordnung!**

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler, Prinz Max von Baden, hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriffe, die neue Regierung im Envernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger!

Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unserer harret. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören, es muß erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu verhindern, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Not mit Elend für Alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich auf das Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger!

Ich bitte euch dringend, verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 9. November 1918.

**Der Reichskanzler**

Ebert.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über Friedrich Ebert (x051/136):

>>Ebert, Friedrich, geboren in Heidelberg 4.2.1871, gestorben in Berlin 28.2.1925, deutscher Politiker.

Der gelernte Sattler Ebert wurde 1893 Redakteur der "Bremer Bürger-Zeitung" und 1900 Mitglied der Bürgerschaft, 1905 Sekretär des SPD-Parteivorstands in Berlin. Seit 1912 war Ebert

MdR und wurde 1913 auf dem Jenaer Parteitag der SPD als Nachfolger A. Bebels zum Parteivorstand gewählt.

Er war ein pragmatischer Politiker, kein Freund ideologischer Auseinandersetzungen. Im Januar 18 versuchte Ebert vergeblich, den Munitionsarbeiterstreik zu verhindern; danach stellte er sich an dessen Spitze, um ihn in gesetzlichen Rahmen zu lenken.

Als Gegner revolutionärer Umwälzungen und Vorsitzender der stärksten deutschen Partei schien er bei Kriegsende der einzige geeignete Regierungschef für die Liquidation des Kaiserreiches und einen Neuaufbau.

Reichskanzler Max von Baden übergab daher Ebert am 9.11.18 die Geschäfte. Durch Wahl zum Vorsitz des Rats der Volksbeauftragten am 10.11. bestätigt, bemühte sich Ebert um Überwindung der revolutionären Nachkriegsphase und scheute dabei nicht das Bündnis mit den alten Eliten, insbesondere dem Militär.

Am 11.2.19 wählte ihn die Weimarer Nationalversammlung zum ersten Reichspräsidenten. Ebert wurde Zielscheibe heftiger Attacken der nationalen Rechten. Wegen seiner Teilnahme am Januarstreik 1918 wurde er am 23.12.24 nach der Klage eines Redakteurs von einem Magdeburger Gericht im juristischen Sinne des Landesverrats für schuldig befunden. Dennoch wurde Ebert mit seiner natürlichen Autorität und persönlichen Integrität zu einem wichtigen Halt der jungen Republik.<<

Die Unabhängigen Sozialdemokraten (der Spartakusbund und andere radikale Gruppen) verlangten am 9. November 1918 die Errichtung eines Rätestaates nach dem Vorbild Sowjet-Rußlands. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Karl Radek, die tatkräftigen und zielbewußten Anführer der Spartakisten, forderten die sofortige Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft.

Der Spartakusbund-Mitbegründer Karl Liebknecht proklamierte am 9. November 1918, um 16 Uhr, vom kaiserlichen Schloß in Berlin die "Freie Sozialistische Republik Deutschland" (x191/25-26): >>Der Tag der Revolution ist gekommen ...

Die Herrschaft der Hohenzollern, die in diesem Schloß jahrhundertlang gewohnt haben, ist vorüber. In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland, ... die alle Stämme umfassen soll, in der es keine Knechte geben wird, in der jeder ehrliche Arbeiter den ehrlichen Lohn seiner Arbeit finden wird. Die Herrschaft des Kapitalismus, der Europa in ein Leichenfeld verwandelt hat, ist gebrochen. ...

Wenn auch das Alte niedergerissen ist, dürfen wir doch nicht glauben, daß unsere Aufgabe getan sei. Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf.<<

Der "Vorwärts" (Zentralorgan der SPD) berichtete in der 3. Extraausgabe am 9. November 1918 (x149/33): >>Arbeiter, Soldaten, Mitbürger!

Der freie Volksstaat ist da!

Kaiser und Kronprinz haben abgedankt! Fritz Ebert der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen.

Eine verfassunggebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger!

Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrecht erhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im eng-

sten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die deutsche Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.<<

Der SPD-Vorstand schrieb am 9. November 1918, abends um 20.30 Uhr, an den Vorstand der USPD (x128/101): >>... Von dem aufrichtigen Wunsch geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.

Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik. Indessen hat darüber das Volk durch die konstituierende Versammlung zu entscheiden.

2. In dieser Republik soll die gesamte exekutive, legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Antwort: Ist mit diesem Verlangen die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, so müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller Mitglieder aus der Regierung.

Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde. - -

Es ist von der Einsicht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu erhoffen, daß sie mit der Sozialdemokratischen Partei noch zu einer Verständigung gelangt.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.<<

Die Abendausgabe des "Berliner Tageblatts" berichtete am 9. November 1918 über die Abdankung des deutschen Kaisers Wilhelm II. (x267/323-324): >>So sicher es ist, daß der von der Höhe herabfallende Stein nicht in der Luft hängen bleiben kann, so sicher stand, nach dem Gesetz der Schwere, seit Wochen diese Lösung der großen Frage fest. Besser wäre es auch hier gewesen, dem Willen des Volkes nicht hinterdrein zu folgen, sondern ihm mit Herrscherwürde voranzugehen.

Aber trifft die Könige die alleinige Schuld, wenn sie zu lange glauben, das ganze Volk sei in liebender Anhänglichkeit um sie geschart? Wann tritt, zwischen huldigenden Bürgermeistern, Ehrenjungfrauen, Spalierenthusiasten, Lakaien und Triariern (altrömische Legionsveteranen), die Wahrheit an sie heran? Und wie sollen sie verstehen, daß plötzlich so mancher, der gestern noch den Roten Adlerorden vierter Klasse glückstrahlend entgegennahm, heute die demokratische Überzeugung möglichst sichtbar ins Knopfloch steckt?

Es ist verzeihlich, wenn sie an eine so schnelle Wandlung nicht glauben wollen, die doch nur dartut, daß selbst in der furchtbarsten geschichtlichen Tragödie die menschliche Komödie unverändert weitergeht.

Wer dem Kaiser nie die Rosen, die aus den Gärten von Byzanz stammen, dargebracht hat, wird in diesem Augenblick verzichten, auf die Schwelle, über die er hinausschreitet, nur Beschuldigungen zu streuen.

Er hat dreißig Jahre lang regiert, und er ist das Opfer von Eigenschaften geworden, die ein Teil seiner Natur waren und von fatalen Persönlichkeiten falscher Ziele ausgebeutet worden sind. Man kann ihn nicht mit wenigen Worten und Strichen zeichnen, denn sein Wesen ist sehr gemischt, und es geht in ihm vieles, was unvereinbar scheint, durcheinander und nebeneinander. Er schien, wie ein moderner Mensch, überall Wissen und Berührung zu suchen, und er war doch offenbar überzeugt, Gott habe ihn und sein Haus zu Sendboten, zu Vollstreckern seines Willens gewählt. ...

Es wäre eine gewaltsame Ungerechtigkeit, zu behaupten, er habe alle Fehler selbst begangen,

uns allein so weit gebracht. In der Marokkopolitik hatte Wilhelm II. instinktiv richtiger als Fürst Bülow gesehen. Aber er operierte doch auch mit phantastischer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse auf eigene Hand. ... Die Reden, die vielen Reden kamen hinzu.

Wilhelm II. war kein "Alldentscher" er ist von den Alldentschen lange als ein friedliebender Schwächling angesehen worden, und er hat doch das alldentsche Vokabularium abwechselnd bereichert und ausgeschöpft. Wie er Berlin mit Statuen anfüllte, so waren seine Reden mit historischen Bildern und Symbolen angefüllt. ... Kriegerische Worte zählten, wenn er sie ausgesprochen hatte, gewöhnlich nicht mehr für ihn. Aber der Eindruck im Ausland blieb.

Kann man behaupten, er habe diesen entsetzlichen Krieg gewollt?

Er war nie der "Attila", dessen blutgieriges, grausames Bild die Entente-Prese so rastlos malt. Über den Ursprung dieser Menschheitskatastrophe werden wir sprechen, wenn der Frieden geschlossen sein wird.

Wilhelm II. hat dabei nicht die Rolle des Führenden und Voranschreitenden, sondern nur die Rolle des Gedrängten und Geschobenen gespielt. Seine Ratgeber, verantwortliche und unverantwortliche, hielten, wenn man die Aktion bis ans Ende durchführte, in ihrer Ahnungslosigkeit einen glänzenden diplomatischen Erfolg für gewiß. Andere flüsterten, wenn der Krieg doch einmal kommen müsse, sei es besser, er komme jetzt. Die offizielle Weisheit spielte Vabanque (alles aufs Spiel setzen). Der Kaiser wich schrittweise zurück. Bis zu dem entscheidenden Schritt. ...

Das alles wird später in Ruhe – denn einmal werden wir doch wieder zur Ruhe kommen müssen – besser und gründlicher zu zeigen sein. Wilhelm II. war nicht der alleinige Urheber, aber der Repräsentant einer aberwitzig kurzsichtigen, alle Kräfte und Ideen des Auslands falsch schätzenden Politik, und war das Symbol einer Zeit und eines Geistes, der, in Machtbegehren und Selbstüberhebung, die Katastrophe herbeigeführt hat. Er mußte abdanken, auch wenn die Aufstandsbewegung im ganzen Land nicht so brausend und unbezwingbar angeschwollen wäre, wie es niemand erwartet hat.

Nur diejenigen sollten ihn heute nicht anklagen, die Hurra gerufen haben, als er ihnen "herrliche Zeiten" und, im August 1914, die glanzvollsten Siege versprach.<<

Der Unternehmer und spätere Außenminister Walther Rathenau schrieb später über die "Novemberrevolution 1918" (x128/104): >> Mißtrauen gebührt jedem Zufallsgeschenk und jedem Verzweiflungsprodukt.

Nicht eine Kette wurde aufgesprengt durch das Schwellen eines Geistes und Willens, sondern ein Schloß ist durchgerostet. Die Kette fiel ab, und die Befreiten standen verblüfft, hilflos, verlegen und mußten sich wider Willen rühren. Am schnellsten rührten sich, die ihren Vorteil erkannten.

Den Generalstreik einer besiegten Armee nennen wir deutsche Revolution. Die Arbeitsaufnahme einer neuen Versucharmee nennen wir die deutsche Gegenrevolution.

Die Arbeiterschaft ließ sich in den Sattel setzen und reitet den alten Streiktrab. Das Volk blieb abseits und wählte ein bürgerliches Parlament. Die verbürgerlichte Sozialdemokratie ließ sich im Bürgerhause bewirten und die Führung aufnötigen. Führung ohne Macht. Die Extremisten laufen neben dem Gaul und peitschen ihn mit der Knute des Bolschewismus.

Kein Wunder, denn nichts war vorbereitet.

Noch vor 5 Jahren wußte die deutsche Sozialdemokratie nicht, ob sie auch nur die parlamentarische Regierungsform ernstlich wünschen sollte. Sie stimmte dem Kriege zu, weil sie fühlte, daß ihre Massen es verlangten. Sie billigten den Unterseekrieg. Noch im letzten Kriegsjahr ließ die Frage des preußischen Wahlrechts die Massen vollkommen gleichgültig. Die beiden russischen Revolutionen von 1917 und der Friede von Brest wurden unbewegt hingenommen. Bis in die Novembertage 1918 gab es keine Revolutionsstimmung, nur Müdigkeit im Lande und Verdrossenheit an der Front.

Die äußere Revolution ist der inneren vorausgeeilt. Deshalb trägt sie schon heute alle entwürdigenden Zeichen des Interessenkampfes. Interessierter Romantik herrscht auf der Rechten, interessierter Radikalismus auf der Linken, und in der Mitte wird um Besitz und Einkommen gehandelt. Ein spießiges Parlament bürgerlichen Mittelmaßes, verkrampft und erstarrt in unversöhnlichen Gegensätzlichkeiten, entkernt und entgeistet jede seiner Aufgaben und rüstet die Gegenrevolution. Die verbürgte Gefährlosigkeit radikaler Tiraden ermutigt ungelernete Tribunen, das Pathos ihrer früheren Kriegsberichte und die Schlagworte Sozialisierung und Rätssystem abzustellen.

Das zerfleischte, blutleere Land aber verkommt von Tag zu Tag. Wille und Arbeitskraft sind gebrochen. Widerliche Leidenschaften wachsen, Spekulationen, Genußsucht, Spiel, Bestechung, Müßigkeit und Geschwätz gedeihen, Arbeitsmittel und Werte, Häuser, Felder, Vieh verderben, die Jugend erwächst roh und unwissend. Dämmernde Gleichgültigkeit und Verzagtheit sinkt herab. Zuversicht, Vertrauen und Respekt sind gewesen, der Geist erstickt im endlosen Gerede. ...

Gelingt es nicht, die Revolution aus den Fesseln der Interessen, des Wahns und der Schlagwörter zu reißen, so erleben wir eine aufgeklärte Demokratie der Verlogenheit, des bösen Gewissens und der Unterdrückung, die alles übertrifft, was der alte Westen an verhülltem und beschönigtem Klassen- und Cliqueswesen geschaffen hat.<<

Am 10. November 1918 floh Kaiser Wilhelm II. nach Holland. Alle deutschen Landesfürsten traten anschließend widerstandslos zurück.

Die Deutschen fühlten sich damals von der Staatsführung hintergangen. Besonders in der Arbeiterschaft regte sich offene Feindschaft gegen den Kaiser. Der Adel und das Großbürgertum, die größtenteils ebenfalls nicht informiert waren, reagierten ratlos und verwirrt.

Das "Berliner Tageblatt" berichtete am 10. November 1918 über das unrühmliche Ende der Monarchie (x191/26): >>Eine riesige Militärorganisation schien alles zu umfassen, in den Ämtern und Ministerien thronte eine scheinbar unbesiegbare Bürokratie. Gestern früh war das alles noch da, gestern nachmittag existierte nichts mehr davon. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den letzten deutschen Kaiser "Wilhelm II." (x051/645): >>Wilhelm II., geboren in Potsdam, 27.1.1859, gestorben in Doorn (Niederlande) 4.6.1941, deutscher Kaiser und König von Preußen (1888-1918).

Der von starkem monarchischem Sendungsbewußtsein durchdrungene Wilhelm geriet nach der Thronbesteigung rasch in Konflikt mit dem Reichsgründer Bismarck, der im Innern seinem Popularitätsdrang (sozialpolitische Scheinprogressivität) entgegenstand und es nach außen nach Wilhelms Meinung an selbstbewußtem Auftreten fehlen ließ.

Die Nach-Bismarck-Ära war dann auch gekennzeichnet von sozialpolitischen Rückzügen und konzeptlos-martialischem Auftreten. Konnten die innenpolitischen Gegensätze noch durch eine relative Prosperität unter Kontrolle gehalten werden, so führte das außenpolitische Draufgängertum (Flottenrüstung, wechselnde Annäherungen, "Nibelungentreue" zu Wien, naive Taktlosigkeiten) zur außenpolitischen Isolierung des Reiches und in den Ersten Weltkrieg.

Nach dem Sturz der Monarchie ging Wilhelm am 10.11.18 ins holländische Exil, dankte am 28.11.18 ab und setzte auf baldige Restauration in Deutschland. V.a. vom nationalsozialistischen Aufstieg erhoffte er sich die Rückberufung (Januar 31 und Mai 32 Besuche Görings in Doorn), mußte aber nach Hindenburgs Tod (2.8.34) diese Illusion begraben und sprach vom Dritten Reich fortan nur als "Mostrichrepublik" ("braun und scharf").

Beim Einmarsch deutscher Truppen in Holland 1940 war höheren Offizieren der Kontakt mit Wilhelm untersagt, dem aber militärische Ehren bei der Beisetzung gewährt wurden. Den heutigen Leser der Reden und Notizen Wilhelms erstaunt die Ähnlichkeit mit Hitlers Simplifizierungen, nur waren sie im Gegensatz zum Diktator beim Kaiser bloße Pose.<<

Die Spartakisten riefen am 10. November 1918 in Berlin zum Sturz der "Deutschen Republik" auf (x073/100-101).

Die "Rote Fahne" veröffentlichte am 10. November 1918 in Berlin das Kampfprogramm der Spartakusgruppe (x128/102): >>1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der Soldaten, die nicht auf dem Boden der neuen Ordnung stehen; Bewaffnung des Volkes; alle Soldaten und Proletarier, die bewaffnet sind, behalten ihre Waffen.

2. Übernahme sämtlicher militärischen und zivilen Behörden und Kommandostellen durch Vertrauensmänner des Arbeiter- und Soldatenrates.

Übergabe aller Waffen- und Munitionsbestände durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

4. Kontrolle über alle Verkehrsmittel durch den Arbeiter- und Soldatenrat.

5. Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten unter Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates.

6. Beseitigung des Reichstages und aller Parlamente sowie der bestehenden Reichsregierung; Übernahme der Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bis zur Errichtung eines Reichs-Arbeiter- und Soldatenrates.

7. Abschaffung aller Dynastien und Einzelstaaten; unsere Parole lautet: einheitliche sozialistische Republik Deutschland.

8. Wahl von Arbeiter- und Soldatenräten in ganz Deutschland, in deren Hand ausschließlich Gesetzgebung und Verwaltung liegen. Zur Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte schreitet das gesamte erwachsene werktätige Volk in Stadt und Land und ohne Unterschied der Geschlechter.

9. Sofortige Aufnahme der Verbindung mit allen in Deutschland bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten und den sozialistischen Bruderparteien des Auslandes. ...<<

General Wilhelm Groener, seit Oktober 1918 Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, leitete nach dem Kriegsende die Rückführung und Demobilisierung des deutschen Heeres, führte am 10. November 1918 geheime Verhandlungen mit Friedrich Ebert.

General Wilhelm Groener berichtete später über dieses Gespräch mit Friedrich Ebert (x058/-322-323): >>>Die Aufgabe der Heeresleitung mußte es jetzt sein, den Rest des Heeres rechtzeitig und in Ordnung, aber vor allem innerlich gesund in die Heimat zu bringen und dem Offizierskorps als dem Träger des Wehrgedankens einen Weg in die neuen Verhältnisse zu ermöglichen.

Die seit Jahrhunderten im preußisch-deutschen Offizierskorps angesammelte moralisch-geistige Kraft mußte in ihrem Kern für die Wehrmacht der Zukunft erhalten werden.

Der Sturz des Kaisertums entzog den Offizieren den Boden ihres Daseins, ihren Sammel- und Ausrichtepunkt. Es mußte ihm ein Ziel gewiesen werden, das des Einsatzes wert war und ihm die innere Sicherheit wiedergab. Es mußte das Gefühl wachgerufen werden der Verpflichtung nicht nur gegenüber einer bestimmten Staatsform, sondern für Deutschland schlechthin. Daß Hindenburg auf seinem Posten blieb und den Oberbefehl über das gesamte Heer übernahm, ja daß dieser ihm vom Kaiser übertragen worden war, machte den Übergang möglich und erleichterte ihn.

Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammengehen, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe über den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näherliegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres und des Offizierskorps anzubieten? ...

Am Abend (des 10. November) rief ich die Reichskanzlei an und teilte Ebert mit, daß das

Heer sich seiner Regierung zur Verfügung stelle, daß dafür der Feldmarschall und das Offizierskorps von der Regierung Unterstützung erwarteten bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und Disziplin im Heer. Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit.

Ebert ging auf meinen Bündnisvorschlag ein. Von da ab besprachen wir uns täglich abends auf einer geheimen Leitung zwischen der Reichskanzlei und der Heeresleitung über die notwendigen Maßnahmen. Das Bündnis hat sich bewährt.

Für den Schritt des 10. November habe ich allein die Verantwortung zu übernehmen. Hindenburg wußte nichts von ihm, billigte ihn aber, nachdem ich die innenpolitische Lage in der Heimat eingehend mit ihm besprochen hatte. ...

Wir (die Offiziere der O. H. L.) hofften, durch unsere Tätigkeit einen Teil der Macht im neuen Staat an Heer und Offizierskorps zu bringen, gelang das, so war der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland hinübergerettet.

Zunächst galt es freilich, Zugeständnisse zu machen, denn die Entwicklung im Heer und in der Heimat war solche Wege gegangen, daß es sich vorerst nicht um rücksichtsloses Befehlen von seiten der O. H. L. handeln konnte, sondern um Auffangen und Unschädlichenmachen der revolutionären Strömungen.<<

Ein Göttinger Student berichtete am 10. November 1918 über die revolutionären Umsturzbe-  
wegungen im Deutschen Reich (x149/32-33): >>Deutsche Republik! Man gewöhnt sich recht schnell an den ungewohnten Klang der Worte. ...

Die bisherige Entwicklung schmeckt verdammt nach Rußland. Ausgangspunkt der Revolution: Die Flotte. Überall Arbeiter- und Soldatenräte. Zersetzung der Front, während gleichzeitig der Feind im Westen militärisch nachdringt und die Lage zur äußersten Steigerung seiner Friedensforderung ausbeutet.

Dies alles ist ganz wie in Rußland im Herbst 1917. Ganz wie dort erscheint auch hier alles auf den Gegensatz zweier Parteien gegründet: der Menschewiki, der Sozialrevolutionäre, unsere Mehrheitssozialisten, und der Bolschewiki, unsere Unabhängigen.

Freilich ist der Gegensatz nicht hoffnungslos; abgesehen davon, daß in vielen Arbeiter- und Soldatenräten eine Einigung der Parteien erzielt ist, sind die Unabhängigen-Sozialisten zum Eintritt in die Regierung bereit, wenn dieselbe rein sozialistisch ist, während ... Ebert und Scheidemann auch zur Aufnahme bürgerlicher Kabinettsmitglieder geneigt sind.<<

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Ententemächten. Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Die deutschen Truppen mußten innerhalb von 15 Tagen alle besetzten Gebiete sowie Elsaß-Lothringen räumen und sämtliche Waffen abliefern (x041/78). Der Rückzug der riesigen deutschen Truppenverbände wurde termingerecht durchgeführt. Nach dieser erstaunlichen Leistung des deutschen Heeres befanden sich Ende November 1918 alle deutschen Truppen 50

km östlich des Rheins. Das Deutsche Reich mußte alle Kriegsgefangenen entlassen, während die deutschen Kriegsgefangenen zunächst nicht heimkehren durften.

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt.

Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.

Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186). Für die mehrmalige Verlängerung des Waffenstillstandes mußte das ausgehungerte Deutsche Reich später z.B. 140.000 Milchkühe, 120.000 Schafe, eine Unmenge Pferde, landwirtschaftliche Maschinen und den größten Teil der Handelsflotte an die Siegermächte abliefern (x069/114).

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungs-großkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Die provisorische Reichsregierung veröffentlichte am 11. November 1918 folgenden Erlaß (x243/20): >>Die Staatsbehörden und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden.

Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet. ...<<

Am 19. Dezember 1918 stimmte der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin über die Streitfrage ab: "Rätestaat oder demokratische Republik?" Der Kongreß entschied sich

schließlich am 19. Dezember 1918 mit 400 gegen 50 Stimmen für die Einberufung einer Nationalversammlung (x059/49).

Nach der Abstimmungsniederlage versuchten die Spartakisten, ihren diktatorischen Rätestaat gewaltsam durchzusetzen. Unter Leitung des deutsch-sowjetischen Politikers Karl Radek beschlossen die Delegierten des Spartakusbundes am 30. Dezember 1918 die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Den KPD-Vorsitz übernahm Wilhelm Pieck, später Präsident der DDR.

Die KPD verfolgte von Anfang das Ziel, jegliche parlamentarische Ordnung zu zerstören. Naturgemäß nutzte man das bestehende Chaos und die große Massenverelendung konsequent aus. Mit ihren bekannten Parolen, wie z.B. "Proletarier aller Länder, vereinigt euch", gaukelten die Kommunisten den verzweifelten Deutschen ein "Arbeiter- und Bauernparadies" vor, daß angeblich mit Lenins Hilfe im Deutschen Reich entstehen sollte.

Am 5. Januar 1919 entschlossen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließlich, unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angriffen, ließ der SPD-Politiker Gustav Noske, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps, Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen.

Im Deutschen Reich, daß bisher fast keine politischen Morde kannte, ereigneten sich während des Spartakusaufstandes erstmalig politische Morde. Die KPD-Führer Liebknecht und Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 in Berlin verhaftet und von Regierungssoldaten ermordet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 (x344/15-17): >>>**Schüsse im Tiergarten**  
\_von *Martin Müller-Mertens*

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht standen Anfang 1919 vor dem politischen Aus. Ihre Ermordung machte sie zu Säulenheiligen der kommunistischen Bewegung. ...

### **Die Leiche im Landwehrkanal**

... Wenige Tage nach Niederschlagung des Januaraufstandes wurden die Führer der gerade gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands am 15. Januar in der damals selbständigen Stadt Berlin-Wilmersdorf verhaftet. Dort wie in der nahe gelegenen Hauptstadt beherrschte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Straßen. Als einer der letzten intakten Großverbände des Heeres exekutierte sie das Bündnis zwischen SPD-geführter Übergangsregierung und Militärs.

Im Berliner Eden-Hotel, wo der Stab der Division stationiert war, wurden die KPD-Gründer verhört und schwer mißhandelt. Zuvor durch den Jäger Otto Wilhelm Runge bereits bewußtlos geschlagen, wurde Luxemburg schließlich mit einem aufgesetzten Schläfenschuß regelrecht hingerichtet, während die Täter sie zum Tiergarten fuhren und in den Landwehrkanal warfen.

Am 13. Juni wurden sterbliche Überreste in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt, die Luxemburgs Vertraute Mathilde Jacob zuvor identifiziert hatte. Jedoch tauchte im Jahr 2007 im Keller des Berliner Krankenhauses Charité eine vergessene Wasserleiche auf. Der Chef der dortigen Rechtsmedizin, Michael Tsokos, hält sie für Luxemburg. Eine DNA-Überprüfung steht bis heute aus.

Kugeln aus den Pistolen von Kapitänleutnant Horst von Pflugk-Harttung, Leutnant zur See Heinrich Stiege, Oberleutnant zur See Ulrich von Ritgen und Leutnant Rudolf Liepmann beendeten im Berliner Tiergarten fast zeitgleich das Leben Liebknechts - von hinten und angeblich auf der Flucht. Am Verbleib der Leiche gibt es keinen Zweifel. Gemeinsam mit 31 Toten

der Januarkämpfe wurde sie am 25. Januar ebenfalls in Friedrichsfelde beerdigt. Zehntausende folgten der Prozession zum damaligen Berliner Armenfriedhof.

### **Luxemburg hatte die Oktoberrevolution begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin.**

Die Soldaten handelten nicht auf eigene Initiative. Ihre Befehle erhielten sie von Waldemar Pabst, damals Erster Generalstabsoffizier der Division. Noch 1969, wenige Monate vor seinem Tod, hielt Pabst die Tat für einen Dienst an der Nation. "Tatsache ist: Die Durchführung der von mir angeordneten Befehle ist leider nicht so erfolgt, wie es sein sollte. Aber sie ist erfolgt, und dafür sollten diese deutschen Idioten Noske und mir auf den Knien danken", schrieb er in einem Privatbrief.

Tatsächlich hatten die Liquidierungen jedoch keinerlei Bedeutung für den weiteren Verlauf der Ereignisse. Luxemburg und Liebknecht standen Anfang 1919 längst auf dem politischen Abstellgleis und verfügten selbst in ihrer KPD kaum über echten Einfluß. Daß sie die Führer der auch Spartakusaufstand genannten Januarkämpfe waren, ist reine Legende: Luxemburg lehnte die spontan entstandene Rebellion vehement ab, Liebknecht unterstützte sie aus rein taktischen Gründen und versuchte erfolglos, Volksmarinedivisionen zu mobilisieren. Erst ihr Tod machte Luxemburg - weit mehr als Liebknecht - bis heute sowohl zur Mutter Courage als auch zur Jeanne d'Arc nahezu aller sozialistischen wie kommunistischen Gruppen.

### **Der Niedergang**

Dabei hatte der Herbst 1918 für die beiden Politiker eigentlich hoffnungsvoll begonnen. Der 1871 in Leipzig geborene Liebknecht war im Oktober aus der Haft entlassen worden. In Berlin bereitete er eine Revolution vor, doch der Kieler Matrosenaufstand am 8. November kam ihm zuvor. Die wahrscheinlich 1871 im galizischen Zamosc zur Welt gekommene Rozalia Luksenburg - die heute gebräuchliche Variante Luxemburg geht auf einen behördlichen Schreibfehler zurück, ihr amtliches Geburtsdatum bezeichnete sie selbst als Fälschung - verließ an jenem 8. November das Breslauer Gefängnis.

In Berlin trat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), deren Mitglieder beide waren, zwei Tage später der Übergangsregierung Rat der Volksbeauftragten bei. Liebknecht organisierte im unzufriedenen linksradikalen Flügel der USPD den Spartakusbund. Er sollte nur Wochen später zum Kern der Kommunistischen Partei werden.

Luxemburg selbst betonte am 14. Dezember in der Zeitung Die Rote Fahne, man werde "nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewußten Zustimmung zu den Ansichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes". Doch dieser unzweideutige Wille war nicht zu erkennen.

Bei den Wahlen zum Reichsrätekongreß, der die Weichen zur Weimarer Republik stellte, erlitten die Spartakisten eine krachende Niederlage. Liebknecht und Luxemburg durften nicht einmal als Gäste teilnehmen. Letztere hatte die Oktoberrevolution in Rußland begrüßt, ging jedoch schnell auf Abstand zu Lenin und seinen Genossen. Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki betrachtete sie als Verrat an der Revolution.

Nach ihrem Bruch mit der USPD vereinigten sich die Spartakisten am 31. Dezember 1918 mit den Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKD) zur Kommunistischen Partei. Luxemburg und Liebknecht waren deren Gesichter, doch den Ton gaben andere an. Luxemburg hatte sogar den Namen KPD abgelehnt, um die Unabhängigkeit der Deutschen von den russischen Bolschewiki zu betonen. Deren Instrukteur in Deutschland, Karl Radek, überzeugte die neue Partei jedoch nicht nur in diesem Punkt, sondern auch von dem durch Luxemburg strikt abgelehnten Putschismus. Sie und Liebknecht plädierten nun für die Teilnahme der KPD an den Wahlen zur Nationalversammlung und damit deren Beteiligung am parlamentarischen System. Maßgeblich die Kräfte der IKD setzten jedoch den Boykott durch.

Faktisch überstand die KPD ihre ersten beiden Jahre nur mühsam als halblegale und tief zerstrittene Politsekte. Erst die Abspaltung der utopistischen Fraktion als Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) im Oktober 1920 und die Vereinigung mit der USPD im darauffolgenden Dezember machte aus der KPD eine Massenpartei, die sich bald als Marionette Moskaus gefiel. Luxemburgs Mitstreiter Paul Levi wollte diesen Weg nicht mitgehen. 1921 wurde er aus der Partei geworfen.

### **Gab Noske den Befehl?**

Während der Mord an Liebknecht aufgeklärt ist, bleiben die letzten Augenblicke im Leben Luxemburgs verworren. Wer den tödlichen Schuß abgab, konnte in einem von Vertuschungen dominierten Militärprozeß nicht ermittelt werden. Als Täter galt zunächst Oberleutnant Kurt Vogel. Zwei Jahre später erinnerte sich der Fahrer des Wagens, ein Soldat namens Janschkow, bei dem Schützen habe es sich um Leutnant Hermann Souchon gehandelt. Das behauptete auch Waldemar Pabst 1959 gegenüber dem Chef des Verfassungsschutzes, Günther Nollau. Souchon selbst stritt die Tat jedoch bis zum Ende seines Lebens 1982 ab.

Unklar ist vor allem, ob Pabst auf eigene Initiative handelte oder seine Order vom sozialdemokratischen Volksbeauftragten für Heer und Marine - damit de facto Reichswehrminister - Gustav Noske erhielt. 1962 brüstete er sich noch mit der Entscheidung, für die ihm Noske lediglich gedankt haben soll. In seinen Memoiren läßt er den SPD-Mann auf die Bitte um einen Mordbefehl sagen: "Das ist nicht meine Sache! Dann würde die Partei zerbrechen, denn für solche Maßnahmen ist sie nicht und unter keinen Umständen zu haben." Schließlich habe Noske erklärt, Pabst müsse "selbst verantworten, was zu tun" sei.

In Pabsts Nachlaß fand sich jedoch die Abschrift eines Briefes aus dem Jahre 1969: "Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte - mit Ebert im Hintergrund - und auch meine Offiziere schützen mußte, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, daß ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit."

Gustav Noske konnte dieser Darstellung nicht mehr widersprechen, er starb 1946. Vermutlich deutete er 1919 tatsächlich eher vage an, was Pabst dann aber durchaus richtig verstand.

*"Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte, ist klar."* Waldemar Pabst

Noske ist bis heute in der SPD umstritten, Pabst weitgehend vergessen. Luxemburg und Liebknecht dagegen leben als kommunistische Ikonen fort. Der Jahrestag ihrer Ermordung ist immer noch Anlaß für die einzige gemeinsame Manifestation der sonst tief zerstrittenen Szene. "Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reichen wird die Hand", singen sie trotzig in die Kälte des Januars.<<

Im Verlauf des Spartakusaufstandes kamen etwa 1.200 Menschen um (x122/433). Karl Radek und andere deutsche Kommunisten flohen später nach Rußland. Während Stalins "Säuberungen" wurde der Trotzkiist Radek 1933 nach Sibirien verbannt und wahrscheinlich im Jahre 1937 liquidiert.

Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur Nationalversammlung statt. Bei dieser Wahl, bei der erstmals auch Frauen wählen durften, erhielten SPD, Zentrum und DDP mit 341 von 423 Sitzen mehr als 80 % der Mandate (x059/49, x149/36).

Der SPD-Politiker Friedrich Ebert (Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten) eröffnete am 6. Februar 1919 in Weimar die Nationalversammlung mit folgender Rede (x092/779):  
>>Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation.

Besonders herzlich grüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird

es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. ...

Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. ...

Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. ... Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. ...

Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden. Aus diesen Akten spricht alte Gewaltpolitik, spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. ...

Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben. Auch ein sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. ...

Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Sinne die Konkursverwalter des alten Regimes, alle Scheuer, alle Lager waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. ...

Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung. ...

Wie der 9. November 1918 anknüpft an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. ... Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. ...

So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahren sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 7.02.2009) über die deutsche Nationalversammlung vom 6. Februar 1919 (x887/...): >>**Die Weimarer Klassik stand Pate**

Am 6. Februar 1919 trat im Nationaltheater zu Weimar die deutsche Nationalversammlung zusammen

Die Wahl des Sitzungsortes hatte Symbolkraft. Nicht der angeblich in Berlin beheimatete Geist des preußisch-deutschen Militarismus sollte die Republik erfüllen, sondern der der deutschen Klassik.

Deshalb berief die Reichsregierung die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung für den 6. Februar 1919 nicht in die Reichshauptstadt, sondern in die Goethe- und Schiller-Stadt Weimar ein, die der neuen deutschen Republik ihren Namen geben sollte.

Bereits im Zuge der Novemberrevolution 1918 hatten Reichskanzler Prinz Max von Baden, der zuvor eigenmächtig die Abdankung des Kaisers verkündet hatte, als auch führende Sozialdemokraten die Einrichtung einer Nationalversammlung gefordert, die über die zukünftige Staatsform und die Verfassung des Deutschen Reiches entscheiden sollte.

Der Rat der Volksbeauftragten, der nach dem Zusammenbruch der Monarchie als provisorische Reichsregierung fungierte, schloß sich dieser Forderung am 30. November 1918 an und setzte für den 19. Januar 1919 eine Reichstagswahl an. Wahlberechtigt waren alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet hatten, womit erstmals auch Frauen ein reichsweites Wahlrecht hatten. Auch der Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte stimmte diesem Regierungsbeschluß mit deutlicher Mehrheit zu, wodurch der

Weg zur Reichstagswahl geebnet und eine von vielen befürchtete Entwicklung hin zu einer Räterepublik endgültig gestoppt war.

Nach der Wahl vom 19. Januar, bei der die eine parlamentarisch-demokratische Republik anstrebenden Parteien SPD, DDP und Zentrum eine Dreiviertelmehrheit erreichten, trat die Verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung am 6. Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Sie war nicht nur mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt, sondern fungierte zugleich auch als Parlament und nahm dessen legislative Aufgaben wahr. Der Umzug in die thüringische Stadt bereitete verkehrstechnische Schwierigkeiten, so daß die Regierungsämter im von nachrevolutionären Wirren und Unruhen beherrschten Berlin verblieben. Um einen schnellen Nachrichtenaustausch zu gewährleisten, wurde eine Luftpostlinie eingerichtet.

Zur Eröffnung der ersten Sitzung sandten die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Nationalversammlung ein Grußtelegramm nach Weimar, in dem sie ihren Wunsch nach einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ausdrückten, für den es auch eine Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung gab. Doch die Entscheidung darüber sollten die alliierten Siegermächte auf ihrer Konferenz in Potsdam fällen.

Erster Parlamentspräsident wurde der SPD-Politiker Eduard David, der allerdings wenige Tage später als Minister in die Reichsregierung wechselte und von dem Zentrumspolitiker Konrad Fehrenbach abgelöst wurde.

Am 11. Februar wählten die Abgeordneten mit über 70 Prozent der Stimmen den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten. Der Parlamentspräsident begrüßte ihn mit den Worten: "Verschwunden ist der Vormund aus ererbtem Recht, an seiner Stelle steht der selbstgewählte Führer." Ebert, zugleich SPD-Vorsitzender, antwortete, er wolle und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln und nicht als Vertreter einer einzigen Partei. Zugleich bekannte er sich zu seiner Herkunft aus dem Arbeiterstand.

Gemeinsam mit dem Zentrum und der DDP bildeten die Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition eine regierungsfähige Mehrheit. Erster Ministerpräsident (Reichskanzler) der Weimarer Republik wurde der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann, Vizekanzler Eugen Schiffer von der DDP und Außenminister der parteilose Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Während im Reich die Aufstände der Spartakisten, Kommunisten und Unabhängigen Sozialdemokraten tobten, gingen die Abgeordneten in Weimar daran, Deutschland eine demokratische Verfassung zu geben.

Die größte Herausforderung waren die Beratungen über den als Diktatfrieden empfundenen Vertrag von Versailles. Am 12. Mai 1919 tagte die Nationalversammlung erstmals in Berlin. Hier nahm sie eine Erklärung Scheidemanns über die Friedensbedingungen entgegen und debattierte darüber. Unter großem Beifall aller Parteien bezeichnete Scheidemann die Friedensbedingungen als "Gewaltfrieden", der das deutsche Volk erdrosseln solle. Die Reichsregierung könne diesen Bedingungen nicht zustimmen und werde Gegenvorschläge machen, die auf Wilsons 14-Punkte-Programm beruhen.

Dem schlossen sich die Redner aller Parteien an. Sie erklärten die Forderungen der Entente für unannehmbar und wandten sich vor allem gegen die ruinösen Reparationsforderungen und die Behauptung, Deutschland trage allein die Schuld am Ausbruch des Krieges.

Nachdem Scheidemanns Kabinett aus Protest gegen die unnachgiebige Haltung der Siegermächte wenig später zurücktrat, warb sein Nachfolger, Gustav Bauer, der einer Regierung von SPD und Zentrum vorstand, für die Vertragsunterzeichnung, kritisierte aber weiter einzelne Bestimmungen und insbesondere den Passus zur Kriegsschuldfrage in Artikel 231 des Vertrages. Trotz der allgemeinen Entrüstung über den Vertragsentwurf stimmte die Nationalversammlung dem Antrag in namentlicher Abstimmung mit 237 zu 138 Stimmen schließlich zu, da die Alternative nur die Wiederaufnahme der Kampfhandlungen sei, die weit schlimmere

Folgen haben würden.

Die Weimarer Nationalversammlung war jedoch nicht nur mit den Verfassungsberatungen befaßt. So wurden beispielsweise die gesamte Neuregelung des Steuerwesens in Angriff genommen und mit der Verabschiedung des Reichssiedlungsgesetzes erste Schritte zu einer Bodenreform unternommen.

Am 30. September 1919 verlegte die Nationalversammlung ihren Sitz nach Berlin, bevor sie sich am 21. Mai 1920 auflöste. Nach der Reichstagswahl vom 6. Juni trat der erste Reichstag an ihre Stelle. Da war der Weg, der wegen des Deutschland erdrückenden Friedensvertrages und verschiedener Verfassungsmängel zu Diktatur, Krieg und Untergang führen sollte, bereits beschritten.<<

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.

Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte während seiner Antrittsrede am 11. Februar 1919 (x073/97): >>... Freiheit und Recht sind Zwillingsgeschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wieder herzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch kommt, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten. ...

Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.<<

SPD, Zentrum und DDP bildeten am 13. Februar 1919 in Weimar eine Koalitionsregierung. Die sogenannte Weimarer Koalition wählte danach Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten.

Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik in Berlin und in Thüringen nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die gnadenlosen Kämpfe forderten etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

Nach monatelangen schweren Kämpfen - mit über 3.000 Toten - setzten sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlugen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

Die bayerische Landesregierung mußte damals Freikorps - ehemalige Offiziere und Soldaten der deutschen Wehrmacht - einsetzen, weil die Reichswehr nicht über genügend schlagkräftige Truppen verfügte. Die Freikorps wurden damals an vielen Orten des Deutschen Reiches und im Baltikum zur Unterdrückung von kommunistischen Umsturzversuchen oder zur Verteidigung von deutschen Siedlungsgebieten eingesetzt. Diese Freikorps entwickelten sich in den folgenden Jahren zur Belastung für den demokratischen Staat, denn hier sammelten sich zunehmend "verbitterte Landsknechte" und radikale Rechtsradikale, die sich später der rechtsradikalen NSDAP anschlossen und zahlreiche "Fememorde" begingen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Fememorde" (x051/175): >>Fememorde, in Anlehnung an die mittelalterlichen Femegerichte gebildete Bezeichnung für politische Selbstjustiz von Geheimbünden und Untergrundorganisationen.

Fememorde wurden v.a. von Angehörigen der Freikorps und der Schwarzen Reichswehr 1919-23 begangen an angeblichen "Wehrverrätern", die z.B. den Behörden Hinweise auf Waffenverstecke gegeben hatten. Nur wenige der etwa 300 Fememorde wurden von der nationalkonservativen Justiz der Republik mit der sonst üblichen Strenge geahndet. Selbst einer der Haupttäter, Oberleutnant Paul Schultz, wurde nach Verhängung der Todesstrafe 1927 nur in Haft gehalten und gemäß Reichsgesetz vom 24.10.32 amnestiert.

Im Zweiten Weltkrieg kam es vereinzelt zu Fememorden in alliierten Gefangenenlagern durch fanatische Nationalsozialisten an Kameraden, die am "Endsieg" zweifelten und mit der Gewahrsamsmacht kollaborierten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Freikorps" (x051/190-191): >>Freikorps, allgemein militärische Freiwilligenverbände ohne feste Zugehörigkeit zu einem größeren Truppenverband.

Nach der Auflösung des kaiserlichen Heeres 1918 bildeten sich zahlreiche Freiwilligenformationen, meist von nationalistischen Offizieren begründet und nach diesen benannt, in denen sich u.a. Arbeitslose, ostelbische Junker, Berufssoldaten zusammenfanden, die nach der Rückkehr aus dem Krieg im zivilen Alltag orientierungslos waren, als ehemals angesehene Offiziere die soziale Deklassierung nicht hinnehmen wollten und die Republik ablehnten.

Die zeitweise mehr als 200 Freikorps mit über 400.000 Mitgliedern (am bekanntesten "Marinebrigade Ehrhardt") wurden von staatlicher Seite besonders gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt, u.a. bei den Januarstreiks 1919 in Berlin oder der Niederwerfung der Münchener Räterepublik. Sie bekämpften die politische Linke durch Anschläge und Morde (u.a. Luxemburg, Liebknecht, Rathenau) oder wirkten als "Grenzschutz" im Osten.

Die Verfügung zur Auflösung der Freikorps trug 1920 zur Auslösung des Kapp-Putsches bei; viele Freikorps wurden geschlossen in die Reichswehr überführt. Zahlreiche Freikorpsmitglieder schlossen sich SA oder SS an. Sie wurden nach der Machtergreifung mit "Ehrenurkunden" ausgezeichnet zum Ausdruck des "Dankes" für die "bis dahin vorenthaltene Anerkennung".<<

### **Der Versailler Friedensvertrag**

Am 7. Mai 1919 empfing Clemenceau die deutsche Friedensdelegation erstmals im Verhandlungssaal in Versailles (x073/69): >>Meine Herren Delegierte des Deutschen Reiches!

Es ist hier weder der Ort noch die Stunde für überflüssige Worte. Sie haben vor sich die Versammlung der Bevollmächtigten der kleinen und großen Mächte, die sich vereinigt haben, um den fürchterlichsten Krieg auszufechten, der ihnen aufgezwungen worden ist.

Die Stunde der Abrechnung ist da. Sie haben uns um Frieden gebeten. Wir sind geneigt, ihn Ihnen zu gewähren. ... Wir sind aber einmütig entschlossen, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechnete Genugtuung zu erlangen. ...<<

Der deutsche Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Sprecher der deutschen Delegation, antwortete daraufhin (x069/119): >>Wir wissen, daß die Macht der deutschen Waffen gebrochen ist. Wir kennen das Übermaß des Hasses, der uns entgenspringt. Es wird von uns verlangt, daß wir uns als die allein Schuldigen am Kriege bekennen. Ein solches Bekenntnis wäre in meinem Mund eine Lüge.

Wir bestreiten nachdrücklich, daß Deutschland, dessen Volk überzeugt war, einen Verteidigungskrieg zu führen, allein mit der Schuld belastet ist. Das Maß der Schuld aller Beteiligten kann nur eine unparteiische Untersuchung feststellen, eine neutrale Kommission, vor der alle Personen der Tragödie zu Wort kommen, der alle Archive geöffnet werden.<<

Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" war die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" sollte offensichtlich keinen Frieden einleiten. Obgleich alle Beteiligten genau wußten, daß eigentlich kein Staat den Ausbruch des Ersten Weltkrieges bewußt bzw. vorsätzlich verschuldet hatte, wurde in Paris hauptsächlich das Deutsche Reich für den Kriegsausbruch verantwortlich gemacht.

Der SPD-Vorstand rief am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48): >>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<

Reichsminister Erzberger erklärte am 9. Mai 1919 (x069/119): >>... Mit dem Revolver kann man von mir das Versprechen erzwingen, auf den Mond zu klettern. Deshalb fühle ich mich nicht verpflichtet, es auch zu tun.<<

Während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung lehnte die SPD-Fraktion am 12. Mai 1919 die Friedensbedingungen als unannehmbar ab.

Ministerpräsident Philipp Scheidemann erklärte am 12. Mai 1919 im Namen der deutschen Reichsregierung (x092/780): >>Dieser Vertrag ist so unannehmbar, daß ich heute noch nicht zu glauben vermag, die Erde könne solch ein Buch ertragen, ohne daß aus Abermillionen Kehlen aus allen Ländern, ohne Unterschied der Partei, der Ruf erschallt: Weg mit diesem Mordplan! ...<<

Der deutsche Zentrumsolitiker Konstantin Fehrenbach erklärte am 12. Mai 1919 während einer Sitzung der deutschen Nationalversammlung (x063/527): >>... Wir hatten einen Frieden erhofft der Völkerbündnisse und der Völkervereinigung. Das ist keine Einleitung eines solchen Friedens, das ist die Verewigung des Krieges. Wenn die Feinde es mit ihren Kindern und Enkeln gut meinen, dann besinnen sie sich noch einmal!<<

Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimatim innerhalb von 5 Tagen die bedingungslose Anerkennung des Vertrages und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

In dieser Note der Siegermächte hieß es (x056/315, x243/10): >>... Während langer Jahre haben die Regierenden Deutschlands, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt. Sie haben getrachtet, ... ein unterjochtes Europa zu beherrschen und zu tyrannisieren, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten. ...

Sie haben ... beschlossen, ihre Vorherrschaft mit Gewalt zu begründen. Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen in Abhängigkeit gehaltenen Bundesgenossen dazu ermuntert, Serbien innerhalb von 48 Stunden den Krieg zu erklären. Von diesem Kriege ... wußten sie recht wohl, er könne nicht lokalisiert werden und würde den allgemeinen Krieg entfesseln. ... Sie haben sich jedem Versuche der Versöhnung und Beratung entzogen, bis es zu spät war; und der Weltkrieg ist unvermeidlich geworden, ... den sie angezettelt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ... vorbereitet war. ...<<

>>... Deshalb haben die alliierten ... Mächte nachdrücklichst erklärt, Deutschland müsse als grundlegende Bedingung des Vertrags ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Fähigkeit unternehmen; ist doch die Wiedergutmachung des Unrechts, das man verursacht hat, das eigentliche Wesen der Gerechtigkeit. ...<<

Da der Reichskanzler und der Reichsaußenminister sowie alle DDP-Minister die Anerkennung der ungerechten Friedensbedingungen entschieden ablehnten, trat die deutsche Reichsregierung am 20. Juni 1919 zurück. Reichspräsident Ebert blieb trotz seiner ablehnenden Haltung im Amt. Die SPD-Fraktion beschloß danach am 20. Juni 1919, die Versailler Friedensbedingungen anzunehmen.

Am 21. Juni 1919 ließ der deutsche Konteradmiral Ludwig von Reuter (1869-1943) bei Scapa Flow (Bucht in den Orkneyinseln) die von den Briten internierte deutsche Kriegsflotte (6 Schlachtkreuzer, 10 Linienschiffe, 8 kleine Kreuzer und 50 Zerstörer) von den deutschen Besatzungsmitgliedern versenken, obgleich die deutschen Kriegsschiffe an die Siegermächte ausgeliefert werden sollten.

Die Mehrheit der Nationalversammlung war am 22. Juni 1919 unter Vorbehalten - Kriegsschuldfrage und Auslieferung von Deutschen an die Siegermächte - bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. DNVP, DVP und die meisten DDP-Abgeordneten lehnten den Friedensvertrag ab (x149/38).

Vor der entscheidenden Abstimmung der deutschen Nationalversammlung erklärte Reichskanzler Gustav Bauer (1870-1944) am 22. Juni 1919 (x063/528, x191/31): >>Am Montagabend soll der Krieg aufs neue beginnen, wenn nicht unser Ja in Versailles ist!

Ein Krieg, kaltblütig auf Stunde und Minute angesagt, ein Vormarsch zu dem jedes Mordinstrument tausendfach schon am Rhein bereitsteht, gegen ein wehrloses, waffenloses Volk. ...

Ich rufe auf zum Protest gegen die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechtes, gegen die Verknechtung eines großen und guten Volkes, gegen die neue Bedrohung des Weltfriedens unter der Maske eines feierlichen Friedensvertrages! ...

Die Regierung der Deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen! ...<<

>>... Wir stehen hier aus Pflichtgefühl, in dem Bewußtsein, daß es unsere verdammte Schuldigkeit ist, zu retten zu suchen, was zu retten ist. ...

Wenn die Regierung unter Vorbehalt unterzeichnet, so betont sie, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volke einen neuen Krieg, die Zerreißen seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzlicher Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen.<<

Der SPD-Politiker Paul Löbe erklärte vor der Nationalversammlung (x256/72): >>Wenn wir die Annahme des Friedensvertrages billigen, so sind wir bereit, alles zu tun, um die Bedingungen bis an die Grenze des Möglichen durchzuführen. Das ist die unvermeidliche Folge des Kriegsausgangs.

Was aber undurchführbar ist, bleibt auch nach unserer Unterschrift undurchführbar. Ein entrechtetes, verhungertes Volk ist arbeitsunfähig, ein vergewaltigtes Volk ist nicht nur um sein eigenes Lebensglück betrogen, es betrügt auch seine Vergewaltiger.

Deshalb muß, was an den Friedensbedingungen unmöglich ist, in friedlicher Verhandlung durch verständiges Entgegenkommen beseitigt werden. ...<<

Aufgrund der Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag". Angesichts der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung (wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648) der Gewalt beugen. Der deutsche Staat mußte in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

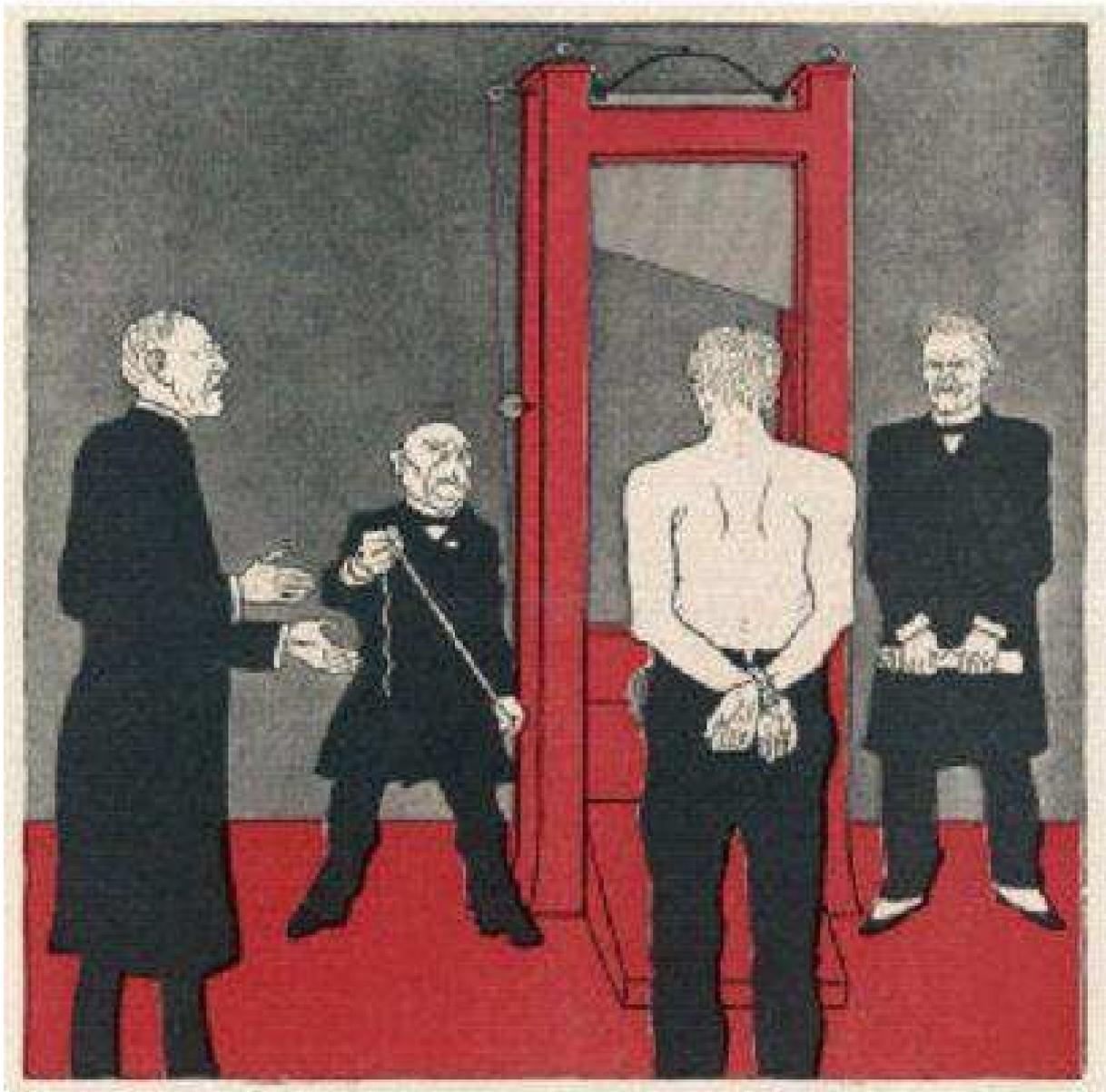


Abb. 55 (x149/38): Karikatur aus dem "Simplicissimus" 1919. Die Überschrift lautet: "Versailles", sie ist unterschrieben: Auch Sie haben noch ein Selbstbestimmungsrecht: Wünschen Sie, daß Ihnen die Taschen vor oder nach dem Tode ausgeleert werden?"

Vor der Unterzeichnung erklärten Hermann Müller (1876-1931, deutscher Außenminister, SPD-Politiker und späterer Reichskanzler) und Johannes Bell (1868-1949, deutscher Reichsminister und Zentrumspolitiker) am 28. Juni 1919 (x065/371): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die (deutsche) Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles am 28. Juni 1919 (x068/199): >>Ich hatte ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Abgeordnete der Zentrumsfraktion rechtfertigten am 9. Juli 1919 die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles (x149/38): >>... Es geschieht nicht aus freiem Willen oder innerer Überzeugung, es geschieht lediglich unter dem harten Zwang der Tatsache, daß es kei-

nen anderen Weg gibt, das Reich vor Anarchie und Zerfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren.

Das Reich wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen; aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen oder wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revision eine unabwiesbare Notwendigkeit.<<

Die Nationalversammlung bestätigte am 9. Juli 1919 mit 208 gegen 115 Stimmen (DNVP, DVP und die Mehrheit der DDP) die Versailler Friedensbedingungen. Die Urkunde wurde danach von Reichspräsident Ebert unterzeichnet und nach Paris geschickt.

Am 12. Juli 1919 hoben die Alliierten die Hungerblockade gegen das Deutsche Reich auf. Im Verlauf der planmäßigen Hungerblockade von November 1918 bis Juli 1919 verhungerten mindestens 300.000 wehrlose deutsche Zivilisten (x063/521).

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Versailler Vertrag" (x051/602-603): >>Versailler Vertrag, am 28.6.19 unterzeichneter Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und seinen Gegnern im Ersten Weltkrieg.

Wie die anderen Pariser Vorortverträge wurde der Versailler Vertrag auf der am 18.1.19 eröffneten Pariser Friedenskonferenz - Teilnehmer 27 alliierte und mit diesen assoziierte Staaten - ausgehandelt; das entscheidende Gremium war dabei der "Oberste Rat" aus den Regierungschefs der USA (Wilson), von Frankreich (Clemenceau), Großbritannien (Lloyd George) und Italien (Orlando).

Deutschland durfte an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Der von Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau geleiteten deutschen Delegation überreichten die Alliierten am 7.5. den fertigen Entwurf des Versailler Vertrages; den deutschen Gegenvorschlägen vom 29.5. stimmten sie am 16.6. nur in wenigen nebensächlichen Punkten zu.

Unter der ultimativen Drohung der Alliierten, den Krieg wieder zu eröffnen, ermächtigte die Nationalversammlung mit 237 gegen 138 Stimmen die Reichsregierung zur Unterzeichnung des Versailler Vertrages, die am 28.6. im Schloß von Versailles - für Deutschland von Außenminister H. Müller und Verkehrsminister J. Bell - vollzogen wurde. Am 10.1.20 trat der Versailler Vertrag in Kraft.

Er enthält in 15 Teilen mit insgesamt 440 Artikeln:

1. Die Satzung des Völkerbundes.

2. Territoriale Regelungen: Das Deutsche Reich mußte abtreten: ohne Volksabstimmung Elsaß-Lothringen an Frankreich, Posen und Westpreußen an Polen, das Hultschiner Ländchen an die Tschechoslowakei, das Memelland an die Alliierten (1923 an Litauen übergeben), Danzig (das zur Freien Stadt erklärt wurde) und alle Kolonien (als Mandatsgebiete der Aufsicht des Völkerbundes unterstellt); aufgrund von Volksabstimmungen das östliche Oberschlesien an Polen, Eupen-Malmedy an Belgien und Nordschleswig an Dänemark (Abstimmungsgebiete). Das Saarland wurde bis zu einer Volksabstimmung (nach 15 Jahren) der Verwaltung des Völkerbundes unterstellt; Elbe, Oder, Memel, Donau, Rhein und Mosel wurden internationalisiert; Österreich wurde der Anschluß an das Deutsche Reich verboten. Deutsche Gesamtverluste: 73.845 qkm mit rund 7,3 Millionen Einwohnern. –

3. Militärische Bestimmungen: Besetzung des linken Rheinufer mit den rechtsrheinischen Brückenköpfen Kehl, Köln, Koblenz und Mainz durch alliierte Truppen, die etappenweise (in fünf, zehn und 15 Jahren) wieder aufgehoben werden sollte; Bildung einer entmilitarisierten Zone auf dem linken und in einem 50 km breiten Streifen auf dem rechten Rheinufer; Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Beschränkung des deutschen Heeres auf maximal 100.000, der deutschen Marine auf 15.000 (Berufs-)Soldaten; Auflösung der deutschen Luft- und Luftseestreitkräfte; Verbot der Herstellung und Verwendung "schwerer" Waffen (z.B. Flugzeuge und Panzer); Auslieferung des deutschen Kriegsmaterials und Kontrolle der deutschen Rüstung und Rüstungsproduktion durch die Alliierten; Auflösung des deutschen Gene-

ralstabs und militärischer Schulen. –

4. Wirtschaftliche Bestimmungen: Verpflichtung Deutschlands zur Leistung von Reparationen sowie zur Lieferung von Sachgütern (u.a. von Kohle, Maschinen, Fabrikeinrichtungen, Untersee-Kabel) und von Tieren (z.B. 140.000 Milchkühe) an die Alliierten; Auslieferung fast der gesamten Handelsflotte; Konfiskation des deutschen Auslandsvermögens (auch des privaten). Die Erhebung von Reparationen wurde begründet mit der alleinigen Schuld des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten am Krieg, die in Artikel 231 festgestellt und von Deutschland anerkannt werden mußte (Kriegsschuldfrage). –

5. Anklage des (ehemaligen) deutschen Kaisers Wilhelm II. und anderer Personen, die gegen das Kriegsvölkerrecht verstoßen hätten, vor einem (zu bildenden) Gerichtshof und deren Auslieferung.

Der in Deutschland fast einhellig als "Diktatfrieden" oder "Schanddiktat von Versailles" abgelehnte Versailler Vertrag stellte eine starke und dauerhafte Belastung für die Weimarer Republik dar und bot den antidemokratischen Kräften, v.a. auch der NSDAP, einen Ansatzpunkt zum Kampf gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Kriegsschuldfrage). Auch unter den Alliierten fand der Versailler Vertrag nicht nur Zustimmung; so ratifizierten z.B. die USA nicht und schlossen 1921 einen Sonderfrieden mit dem Deutschen Reich.<<

Der Versailler Friedensvertrag traf das Deutsche Reich äußerst schwer und belastete die "Weimarer Republik" mit einer verhängnisvollen Hypothek. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch. Die deutschen Vertragsunterzeichner wurden später unentwegt als Volksverräter ("Novemberverbrecher") beschimpft und verunglimpft.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die sog. "Novemberverbrecher" (x051/422): >>Novemberverbrecher, Schimpfwort der politischen Rechten im Kampf gegen die Weimarer Republik.

Mit der zunächst auf die Ausrufer der Republik (9.11.18), die Mitglieder des Rats der Volksbeauftragten und die Unterzeichner des Waffenstillstands vom 11.11.18 (daher die Bezeichnung) gemünzten Verunglimpfung sollte den Demokraten wie Ebert, Erzberger, Scheidemann u.a. die Schuld am deutschen Zusammenbruch gegeben und die Dolchstoßlegende flankiert werden.

Der Begriff wurde daher bald auf alle Repräsentanten der "Novemberrepublik", des "Novembersystems" ausgedehnt, die als "Novembersippschaft" beschimpft wurden. Die Novemberrevolution wurde zur "Revolte" herabgestuft und dem "System" damit die Legitimation bestritten. Die Novemberverbrecher und ihre Erfüllungspolitik spielten leitmotivisch auch in Hitlers Polemiken eine Hauptrolle zur Kettung der Republik an die "Schmach" des Novembers 1918.<<

Aufgrund der vermeintlichen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges (Kriegsschuldparagraph 231 des Versailler Vertrages) verlor das Deutsche Reich insgesamt 13 % seiner bisherigen Gebiete (ohne Kolonien) sowie 10 % der Bevölkerung (Stand: 01.12.1910) und hatte riesige Wiedergutmachungsleistungen zu erbringen.

## Der Vertrag von Versailles

1919



Abb. 56 (x315/118): Grenzen des Deutschen Reiches nach 1919.

Die ungerechtfertigten Demütigungen der "rachsüchtigen Greise von Versailles" provozierten naturgemäß neue Konflikte und die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Deutschen Reiches begünstigten nachweislich Hitlers Aufstieg.

Die willkürlichen Gebietsabtretungen im Osten und die Tatsache, daß mehreren Millionen Deutschen die Selbstbestimmungsrechte sowie wesentliche Menschenrechte vorenthalten wurden, waren bei der deutschen Bevölkerung ungemein verhaßt und erleichterten letzten Endes Hitlers Weg zur gewaltsamen Machtübernahme.

Theodor Heuss (1884-1963, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland) schreibt im Jahre 1932 in seinem Buch "Hitlers Weg" - eine Studie über das Werden des Nationalsozialismus - über den Versailler Vertrag (x024/35): >>... Die Geburtsstunde der nationalsozialistischen Bewegung ist nicht München, sondern Versailles. ...<<

### Gründung der Weimarer Republik

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition

der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Die Weimarer Verfassung wurde am 14. August 1919 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und die neue Verfassung des Deutschen Reiches trat damit in Kraft.

Die Einleitung der Weimarer Verfassung lautete wie folgt (x842/...): >>Präambel:

Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.<<

Die bisherigen deutschen Bundesstaaten blieben als Länder erhalten, aber sie verloren wesentliche Rechte. Die Finanzverwaltung, Zoll, Post, Verkehr, das Heer und die Marine wurden direkt der deutschen Reichsregierung unterstellt.

Alle Bewohner des Reiches waren gemäß der Weimarer Verfassung vor dem Gesetz gleich. Sie hatten das Recht, ihre Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Männer und Frauen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, besaßen das Wahlrecht. Sie wählten den Reichstag, der Gesetze beschloß.

Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Notverordnungen" (x051/422): >>Notverordnungen, nach § 48 der Weimarer Verfassung Anordnungen des Reichspräsidenten mit Gesetzeskraft, die auf Verlangen der Reichstagsmehrheit zurückgenommen werden mußten.

Durch Notverordnungen konnte der Reichspräsident mit der Reichswehr gegen verfassungswidrig verführende Landesregierungen vorgehen und Grundrechte außer Kraft setzen. Die Notverordnungen sollten allerdings auf "nötige Maßnahmen" beschränkt bleiben, deren beabsichtigte gesetzliche Definition aber unterblieb.

So konnten sich die Notverordnungen in der Krise der Republik ab 1930 zum Ersatz für die Gesetzgebung des blockierten Reichstages entwickeln, der auch sein Aufhebungsrecht nicht nutzen konnte, weil die erforderlichen Mehrheiten fehlten und zudem das Gegenmittel des Reichspräsidenten, nämlich die Parlamentsauflösung nach § 25, drohte.

Die Präsidialkabinette regierten nach Verlust auch der Tolerierungsmehrheit weitgehend mit Notverordnungen. 1932 wurden nur noch fünf Gesetze bei 66 Notverordnungen erlassen. Sie ebneten auch den Weg zur Diktatur Hitlers, der mit der "Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.33. die Liquidierung der Republik einleitete.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Gründung der Weimarer Republik (x057/224-225): >>Die Nationalversammlung wählte Ebert zum Reichspräsidenten,

bildete die Regierung der Weimarer Koalition mit Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum und schuf nach den Plänen von Hugo Preuß am 11. August 1919 die Verfassung des Deutschen Reiches. Sie beruhte auf dem Gedanken der Demokratie und machte Deutschland zu einer parlamentarischen Republik mit einem Reichspräsidenten als Staatsoberhaupt, der, vom Volk gewählt, das Reich nach außen vertrat.

Er hatte den Oberbefehl über die Wehrmacht, konnte den Reichstag auflösen, ferner einen

Volksentscheid nach erfolgtem Volksbegehren herbeiführen und besaß nach Paragraph 48 das Recht, die Grundrechte und Grundpflichten teilweise aufzuheben, falls "die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird". Nach diesem Notverordnungsrecht durfte er ohne den Reichstag Gesetze erlassen.

Der Reichstag war die gesetzgebende Körperschaft, nach allgemeinen, gleichen, geheimen Wahlen aller Männer und Frauen von über 20 Jahren gewählt. Die Reichsregierung bedurfte der Mehrheit des Parlaments und stand unter der Leitung des Reichskanzlers.

Der Reichsrat umfaßte die Vertreter der Länder mit eigenen Landtagen und Landesregierungen. So war das Deutsche Reich ein dezentralisierter Einheitsstaat mit den Reichsfarben schwarz-rot-gold von 1848 und der Nationalhymne "Deutschland über alles" und hielt die Mitte zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Der in der Verfassung enthaltene Anschluß Österreichs - ebenfalls in der österreichischen Verfassung enthalten - mußte auf Grund des Versailler Vertrages wieder fallen gelassen werden. ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Entstehung der "Weimarer Republik" (x051/-626-627): >>Weimarer Republik, die 1919-33 bestehende erste (gesamt)deutsche Republik, benannt nach ihrem Gründungsort Weimar.

Die Entstehung der Weimarer Republik war eine Folge des Ersten Weltkrieges (1914-18) und der Niederlage des Deutschen Reiches:

Nach dem Ausbruch der Novemberrevolution (28.10.18) gab Reichskanzler Max v. Baden am 9.11. die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bekannt und übertrug die Geschäfte des Reichskanzlers dem Vorsitzenden der SPD, F. Ebert; der von Ebert geführte "Rat der Volksbeauftragten" übernahm die Aufgaben der Reichsregierung. Am selben Tag rief Philipp Scheidemann (SPD) die "Deutsche Republik" aus.

Am 11.2.19 trat die am 19.1. gewählte Nationalversammlung in Weimar zusammen (dort wegen der revolutionären Unruhen in Berlin). Sie wählte Ebert zum Reichspräsidenten. Am 13.2. bildete Scheidemann eine Reichsregierung aus SPD, DDP und Zentrum (Weimarer Koalition). Am 31.7.19 verabschiedete die Nationalversammlung die Weimarer Verfassung (WV), die am 11.8. vom Reichspräsidenten unterzeichnet wurde und am 14.8. in Kraft trat.

Die Weimarer Republik war eine parlamentarische Republik in Form eines Bundesstaates aus 18 Ländern. Ihre Staatsorgane waren:

1. der Reichstag als Parlament, 2. der Reichsrat als parlamentarische Vertretung der Länder, 3. der Reichspräsident als Staatsoberhaupt und 4. die Reichsregierung aus dem Reichskanzler und den Reichsministern.

Durch die bedeutsamen politischen Rechte des Reichspräsidenten (Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und der Reichsminister, Oberbefehl über die Reichswehr, Auflösung des Reichstages, exekutive und legislative Gewalt im Notstandfall nach Artikel 48) war das parlamentarische Regierungssystem mit Elementen einer präsidentialen, durch die Beteiligungsrechte des Volkes (Wahl des Reichspräsidenten, Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid nach Artikel 73 WV) mit Bestandteilen einer direkten Demokratie verbunden.

Die entscheidenden politischen Kräfte der Weimarer Republik waren die – in der Weimarer Verfassung nicht erwähnten – politischen Parteien, deren große Anzahl wegen des Verhältniswahlrechts und fehlender Sperrklausel zu lähmender Zersplitterung führte. Da auch Verbotmöglichkeiten fehlten, standen den demokratischen Parteien (v.a. SPD, Zentrum und DDP) antidemokratische von links (KPD, USPD) und rechts (DNVP, NSDAP) unversöhnlich gegenüber.

SPD, Zentrum und DDP erhielten zwar bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 zusammen 76,2 %, verloren die Mehrheit aber schon bei den ersten Reichstagswahlen 1920 (44,6 %); bei den Reichstagswahlen im November 32 bekamen sie nur noch 33,3 %, NSDAP, KPD und DNVP dagegen zusammen 58,9 %. Auch die häufigen Auflösungen und Neuwahlen

des Reichstages (1920-32: sieben) und die zahlreichen Wechsel der Reichsregierungen (1919 bis Januar 33: 20 Kabinette mit zwölf verschiedenen Reichskanzlern) wurden von den Mängeln der Weimarer Verfassung begünstigt. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Weimarer Republik (x287/170-173): >>... Im Auftrag des deutschen Volkes verabschiedete die Weimarer Nationalversammlung im August 1919 eine neue Verfassung für das territorial verkleinerte Deutsche Reich, das laut Artikel 1 eine Republik war, in der die Staatsgewalt vom souveränen Volk ausging.

Der Wille des Volkes äußerte sich in der Wahl des Reichstags, wobei durch das Frauenwahlrecht eine staatsbürgerliche Gleichstellung von Männern und Frauen erfolgte. Die nunmehr als Länder bezeichneten Gliedstaaten des Reiches – das reichsunmittelbare Gebiet Elsaß-Lothringen war verlorengegangen – waren im Reichsrat vertreten, der aber als Vertretung der Länderregierungen nur ein beschränktes Mitwirkungsrecht bei der Reichsgesetzgebung besaß. Ein Zweikammersystem sah die Weimarer Verfassung eben nicht vor!

Dem direkt vom Volke gewählten Reichspräsidenten war eine fast monarchische Stellung eingeräumt worden, doch unterschied ihn von einem konstitutionellen Monarchen, daß er unter Anklage gestellt werden konnte. Wie allerdings die nationale Tradition mit der monarchischen noch verknüpft war, zeigte nicht nur die Rolle Hindenburgs als Ersatzkaiser, sondern auch die schwarz-weiß-rote Gesinnung Gustav Stresemanns, der als Reichskanzler und mehrfacher Außenminister der Republik nicht nur an den Idealen der schwarz-rot-goldenen Paulskirche orientiert war, sondern weiterhin Kaiser und König treu bleiben wollte und den Kronprinzen laufend über seine Politik unterrichtete.

Mit der Formulierung von Grundrechten knüpfte die Weimarer Verfassung ausdrücklich an die Frankfurter Verfassung der Paulskirche an. Gleichfalls wie 1849 waren 1919 die Reichsfarben schwarz-rot-gold; 1922 führte Reichspräsident Ebert das Deutschlandlied als offizielle Nationalhymne ein.

Scheidemann, den Ebert zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts der "Weimarer Koalition" ernannt hatte, trat bereits im Juni 1919 zurück, da er den Versailler Friedensvertrag nicht unterzeichnen wollte. Die Hypothek des Ersten Weltkrieges, von der Rechten mit der Dolchstoßlegende abgetan, lastete schwer auf der ersten deutschen Republik und konfrontierte sie mit schwierigen außenpolitischen Fragen.

So sah Artikel 61 der Weimarer Verfassung den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vor, den die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Österreichs schon am 12. November 1918 verkündet hatte.

Die deutschsprachigen Bewohner des alten Österreichs hatten sich auch noch nach 1866 als Deutsche gefühlt. Wenn es nur nach dem Willen des Volkes gegangen wäre, wäre eine Entwicklung zu einem demokratisch-republikanischen Großdeutschland möglich gewesen. Denn nach dem politischen Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates hätten die deutschen Österreicher Deutsche werden können.

Obwohl ... Wilson eine Grenzziehung nach klar erkennbaren Sprachgrenzen im Sinn des Selbstbestimmungsrechtes der Völker versprochen hatte, wurde weder auf die deutsche Volks- und Sprachzugehörigkeit der Südtiroler Rücksicht genommen noch auf die der Sudenten, die sich vielmehr als nationale Minderheit in einem Staate wiederfanden, in dem sich die Tschechen die Rechte eines Mehrheitsvolkes anmaßten.

... Am 6. September 1919 erklärte der Staatskanzler Renner in seinem Bericht über die Ergebnisse von St. Germain vor der Nationalversammlung in Wien: "Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten."

In der gleichen Sitzung legte die Konstituierende Nationalversammlung der Republik

Deutsch-Österreich gegen die Einbeziehung der Deutschen Böhmens und Mährens, deren Siedlungsgebiet von Deutsch-Österreich als eigenes Bundesland reklamiert worden war, in die neue CSR Verwahrung ein. Die Siegermächte von Versailles setzten sich über die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechtes durch die Deutschen hinweg.

Dennoch blieben die dem Versailler Friedensvertrag entgegenstehenden Bestimmungen in Artikel 61 Abs. 2 der Weimarer Verfassung als Bekenntnis zum Ziele der nationalen Weiterentwicklung formell stehen, wurden also nicht aufgehoben, sondern ruhten nur, d.h. sie blieben infolge des Nichtigkeitsprotokolls vom 23. September 1919 unwirksam.

In der Zweiten Republik Österreich, dem Beispiel für das Wiedererstehen eines untergegangenen Staatswesens, hießen die Bewohner nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings nicht mehr Deutsche, sondern Österreicher. Lediglich die deutschsprachigen Bewohner Südtirols, das politisch bis 1919 zu Österreich gehörte, bezeichnen sich heute noch als Deutsche, nicht als Österreicher. ...<<

### **Die ersten Jahre der Weimarer Republik**

Während der österreichisch-ungarische Staat nach dem Ersten Weltkrieg auseinanderbrach, blieb die Einheit des Deutschen Reiches trotz des militärischen und politischen Zusammenbruchs erhalten. Die große Not und das Elend der Kriegs- und Hungerjahre festigten sogar noch den Zusammenhalt des deutschen Volkes. Fast alle bisherigen "Staatsdiener" erfüllten weiterhin pflichtgemäß ihre Arbeit, um die "Weimarer Republik" zu unterstützen.

In den ersten Jahren der Weimarer Republik gab es fortwährend große außen- und innenpolitische Schwierigkeiten, so daß die Regierungen unentwegt scheiterten und wechselten. Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz.

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Geschichte der "Weimarer Republik" (x051/-627-628): >>>Die Geschichte der Weimarer Republik läßt sich in drei Abschnitte einteilen:

1. Die Krisenjahre 1919-23: Revolutionäre Unruhen und Aufstände von "links", so in Berlin (Spartakus-Aufstand 1919), im Ruhrgebiet 1919 und 20, in Bayern (wo 1919 vorübergehend eine Räterepublik bestand), in Mitteldeutschland und Hamburg 1921 und 23, in Sachsen und Thüringen 1923; Putschversuche von "rechts" (Kapp-Putsch 1920, Hitlerputsch 1923) und die rechtsradikale Agitation gegen die Republik (Dolchstoßlegende, Novemberverbrecher); polnische Aufstandsversuche in Oberschlesien 1919, 20 und 21; Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Reichswehrführung; Konflikte zwischen dem Reich und einzelnen Ländern, insbesondere Bayern 1923; der sogenannte Ruhrkampf; zahlreiche politische Morde (z.B. 1919 an den KPD-Führern R. Luxemburg und K. Liebknecht, 1921 an Erzberger, 1922 an Rathenau) und nicht zuletzt die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges, vor allem die Zahlung von Reparationen an die Alliierten, die wesentlich zur seit Mitte 22 galoppierenden Inflation beitrugen, belasteten die junge Republik schwer und ge-

fährdeten ihren Bestand.

2. Die Konsolidierung 1924-29. Der Abbruch des Ruhrkampfes (August 23), die Beendigung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark (November 32) und die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich (Februar 24) leiteten eine Phase der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung und Stabilisierung der Weimarer Republik ein.

Der Dawesplan von 1924 und noch mehr der diesen ablösende Youngplan von 1929 erleichterten die deutschen Reparationslasten. Die von Stresemann 1923-29 geleitete Außenpolitik normalisierte die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern: 1925 Verträge von Locarno, 1926 Berliner Vertrag mit der UdSSR, dem schon 1922 der Rapallo-Vertrag vorausgegangen war, 1925-30 Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, 1926 Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Phase war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925.

3. Die Auflösung 1929-33. Dieser letzte Abschnitt der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, den Übergang vom parlamentarischen zum präsidentialen Regierungssystem und das Anwachsen des politischen Extremismus von links und noch mehr von rechts. Am 25.10.29 leitete der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein, die Deutschland besonders schwer traf und u.a. zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit (Ende 29 über zwei Millionen, Anfang 32 über sechs Millionen Arbeitslose) führte. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die innenpolitische Entwicklung der Weimarer Republik (x057/225-227): >>... Häufige Regierungs- und Koalitionswechsel verschärften das innerparlamentarische Leben, zumal die rechts- und linksradikalen Gruppen und Parteien in steter Opposition zu Regierung und Staat ständig anwuchsen. Nach den Aufständen linksradikaler Elemente in Berlin und München und nach Putschversuchen von rechts, erschütterten zahlreiche politische Morde den neuen Staat: die Kommunistenführer Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Reichsminister Erzberger und Rathenau.

Ende 1923 kam es zu einer Krise zwischen dem Reich und Sachsen sowie Bayern, wo "nationale Kräfte" sich vom Reich lösen wollten und ein Putschversuch des Führers der neuen nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, gegen das Reich scheiterte beim Hitlerputsch am 9. November 1923.

Diese Unruhen waren weitgehend bedingt durch die wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten hervorgerufen durch die Folgen des Krieges und die Belastung des Versailler Friedens. Die Reparationsschuld war ursprünglich auf 226 Milliarden Mark und dann im Jahre 1921 auf 132 Milliarden Mark festgesetzt worden. Über die Durchführung entstanden besonders mit Frankreich wachsende Spannungen. Auf zahlreichen Konferenzen der Alliierten verhandelte man über die Reparationen. Die deutschen Regierungen bemühten sich vergebens, ein für das Wirtschaftsleben und die Zukunft des deutschen Volkes erträgliches Maß zu erreichen. Unter dem drohenden Einmarsch alliierter Truppen mußte man schließlich das Londoner Ultimatum annehmen.

Um dieselbe Zeit begann im Mai 1921 der Währungsverfall: 1 Goldmark = 15 Papiermark, so daß Deutschland eine Stundung beantragte. Diese Stundung scheiterte schließlich an der Haltung Frankreichs, das schließlich im Widerspruch zu England, unterstützt von Italien und Belgien, auf Grund von geringfügigen deutschen Lieferungsrückständen den verhängnisvollen "Weg der produktiven Pfänder" beschritt und das Ruhrgebiet militärisch besetzte.

Der von der deutschen Regierung Cuno durchgeführte "passive Widerstand", begleitet von Sabotageakten einzelner Deutscher und separatistischen Versuchen, durch Frankreich unterstützt, führte zu keinem Erfolg. Aber auch die französische Politik war gescheitert. ...

Nachdem die Diktaturversuche von links in Sachsen und rechts in Bayern gescheitert waren, galt es die Währung zu stabilisieren, da der Markkurs im November 1923 völlig zusammen-

gebrochen war: 1 Goldmark = 1 Billion Papiermark.

So drohte neben der innerpolitischen eine soziale und wirtschaftliche Krise, die das Leben in Deutschland zum Erlahmen brachte und die nackte Existenz des Volkes bedrohte.

Nach den Plänen von Helfferich, Luther und Schacht wurde im November die Rentenmark geschaffen, deren Ausgabe auf 3.200 Millionen beschränkt blieb und die sich auf eine Belastung von Grundbesitz, Industrie, Handel und Banken stützte. So gelang es durch das "Wunder der Rentenmark", die Währung zu stabilisieren und damit die gelähmte Wirtschaft aus eigener Kraft wieder zu beleben.

Die Stabilisierung war aber mit der Zerrüttung des deutschen Volksvermögens verbunden, da die alten Guthaben nur zu einem geringen Prozentsatz "aufgewertet" wurden, was die kleinen Sparer um ihre Erträge brachte und den Mittelstand vernichtete. Damit vollzog sich eine Umbildung der sozialen Struktur, wie sie die Geschichte des deutschen Volkes noch nicht aufzuweisen hatte.

Dennoch bewährte sich in der Not die Lebenskraft des Volkes, das seit einem Jahrzehnt unermessliche Leiden durch Krieg, Revolution und Inflation hatte erdulden müssen.<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den Anfang und die ersten Jahre der Weimarer Republik (x192/428): >>... Drei Monate lang versuchten beide Seiten, die Oberhand zu gewinnen, doch als die Kommunisten im Januar 1919 einen offenen Aufstand in Berlin begannen, gab es den Republikanern die Möglichkeit, die Armee zur Niederschlagung der Revolte zu Hilfe zu rufen. Bald danach trat in Weimar - da die Hauptstadt Berlin nicht sicher schien - eine Nationalversammlung zusammen, die eine Verfassung für den jungen Staat ausarbeitete.

Das Überleben der "Weimarer Republik", wie der neue Staat genannt wurde, war jedoch nie wirklich gesichert. Während ihres kurzen Bestehens mußte sie sich gegen die – häufig gewaltvollen – Attacken extremer Gruppen der Rechten und Linken zur Wehr setzen. 1920 unternahm Monarchisten einen Umsturzversuch; 1923 versuchte eine eigenartige Koalition aus unzufriedenen Offizieren unter Führung Ludendorffs und der rechtsextremen Partei Adolf Hitlers, durch einen Putsch in München die Regierungsgewalt in Bayern an sich zu reißen. Auch sie mußte sich geschlagen geben.

Solange die deutsche Wirtschaft ein einigermaßen hohes Beschäftigungsniveau halten konnte, funktionierte das Weimarer Experiment relativ gut. Doch als sich die materiellen Umstände verschlechterten, stieg die Attraktivität jener Gruppen, die versprachen, mit "fester Hand" und stärkeren staatlichen Eingriffen den Wohlstand zurückzubringen.

Letzten Endes waren es die Siegermächte, welche die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft verursachten. ...

1921 verkündete eine Reparationskommission nach langen Beratungen, daß insgesamt eine Summe von 132 Milliarden Goldmark an die Siegermächte zu zahlen sei. Das war für Deutschland, dessen Wirtschaft durch den Krieg ebenfalls stark geschädigt worden war, eine groteske Forderung, doch katastrophale Dimensionen erreichte das Problem durch den Zusammenbruch der deutschen Währung: Die Mark, die 1914 bei 25 US-Cents stand, fiel bis Juli 1922 auf 2 Cents und wurde danach praktisch wertlos: 4,2 Billionen Papiermark waren Ende 1923 für einen Dollar zu zahlen. Das Bürgertum, das durch Anleihen den Krieg finanziert hatte, war ruiniert.

Großbritannien war der Ansicht, daß der Zusammenbruch der Mark auf die Reparationslasten zurückzuführen sei, und schlug ein Einfrieren der Zahlungen vor. Gleichzeitig forderten die Briten jedoch, daß auch ihre eigenen Schulden und die anderer europäischer Mächte gegenüber den Vereinigten Staaten gestrichen werden sollten. Die Amerikaner lehnten ab.

Statt dessen setzte einen Sachverständigenausschuß unter der Leitung des amerikanischen Bankiers Charles L. Dawes 1924 einen fixen Zeitplan für die Zahlung der vereinbarten Repa-

rationen fest, und das Geld begann schneller denn je in die USA zu fließen. Da immer mehr Reserven aus Europa für die Rückzahlung von Schulden und den Zinsendienst verwendet werden mußten, schrumpfte der Markt für Industriegüter, es entstand ein massives Ungleichgewicht in der internationalen Wirtschaft.

Damit war die Bühne bereitet für die Weltwirtschaftskrise, die schließlich den vom Ersten Weltkrieg begonnenen Prozeß vollenden sollte: die Zerstörung der alten Ordnung Europas.<< Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Geschichte der "Weimarer Republik" (x051/-627-628): >>... Die Geschichte der Weimarer Republik läßt sich in drei Abschnitte einteilen:

1. Die Krisenjahre 1919-23: Revolutionäre Unruhen und Aufstände von "links", so in Berlin - Spartakus-Aufstand 1919, im Ruhrgebiet 1919 und 20, in Bayern - wo 1919 vorübergehend eine Räterepublik bestand, in Mitteldeutschland und Hamburg 1921 und 23, in Sachsen und Thüringen 1923; Putschversuche von "rechts" - Kapp-Putsch 1920, Hitlerputsch 1923 und die rechtsradikale Agitation gegen die Republik - Dolchstoßlegende, Novembervbrecher; polnische Aufstandsversuche in Oberschlesien 1919, 20 und 21; Auseinandersetzungen zwischen Reichsregierung und Reichswehrführung; Konflikte zwischen dem Reich und einzelnen Ländern, insbesondere Bayern 1923; der sogenannte Ruhrkampf; zahlreiche politische Morde - z.B. 1919 an den KPD-Führern R. Luxemburg und K. Liebknecht, 1921 an Erzberger, 1922 an Rathenau - und nicht zuletzt die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des Krieges, vor allem die Zahlung von Reparationen an die Alliierten, die wesentlich zur seit Mitte 22 galoppierenden Inflation beitrugen, belasteten die junge Republik schwer und gefährdeten ihren Bestand.

2. Die Konsolidierung 1924-29. Der Abbruch des Ruhrkampfes im August 23, die Beendigung der Inflation durch die Einführung der Rentenmark im November 23 und die Beilegung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reich im Februar 24 leiteten eine Phase der wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung und Stabilisierung der Weimarer Republik ein. Der Dawesplan von 1924 und noch mehr der diesen ablösende Youngplan von 1929 erleichterten die deutschen Reparationslasten.

Die von Stresemann 1923-29 geleitete Außenpolitik normalisierte die Beziehungen Deutschlands zu seinen ehemaligen Kriegsgegnern: 1925 Verträge von Locarno, 1926 Berliner Vertrag mit der UdSSR, dem schon 1922 der Rapallo-Vertrag vorausgegangen war, 1925-30 Räumung des Rheinlands durch die Alliierten, 1926 Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund. Das wohl wichtigste innenpolitische Ereignis dieser Phase war die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten am 26.4.1925.

3. Die Auflösung 1929-33. Dieser letzte Abschnitt der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Weltwirtschaftskrise, den Übergang vom parlamentarischen zum präsidentialen Regierungssystem und das Anwachsen des politischen Extremismus von links und noch mehr von rechts. Am 25.10.29 leitete der Schwarze Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise ein, die Deutschland besonders schwer traf und ... Anfang 32 zu einer massenhaften Arbeitslosigkeit von über sechs Millionen Arbeitslosen führte. ...<<

### **Die Besetzung des Ruhrgebietes**

Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte, marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein - später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf.

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach nach der Besetzung des Ruhrgebietes ein Sturm der Entrüstung los.

Nach der Besetzung des Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen Paris und Brüssel. Im

Ruhrgebiet versenkte man später vielerorts Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlenlieferungen wurden eingestellt. Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängten außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/204).

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über den "Ruhrkampf" (x051/504): >>Ruhrkampf, deutscher Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes am ... (11.1.23) durch französische und belgische Truppen unter dem Vorwand, Berlin sei mit seinen Reparationslieferungen (Holz, Telegrafpfähle, Kohle) im Rückstand (Politik der "produktiven Pfänder").

Der Ruhrkampf wurde von der Bevölkerung mehrheitlich als "passiver Widerstand" (Einstellung von Reparations- und Dienstleistungen an die Besatzungsmächte, Stilllegung von Gruben, Fabriken, Eisenbahnen), zum geringeren Teil auch mit aktiven Sabotagemaßnahmen (Versenkung von Binnenschiffen, Blockierung von Kanälen, Sprengung von Schienen) geführt und löste zeitweise sogar eine Aktionsgemeinschaft zwischen Nationalsozialisten (Schlageter) und Kommunisten (nationalkommunistischer "Schlageter-Kurs" unter Radek) aus.

Gegenterror, Repressalien und Ausweisungen seitens der Besatzungsmächte führten zu Haß und Verbitterung unter der Bevölkerung; die finanzielle Unterstützung des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung ließ den Kurs der Reichsmark ins Bodenlose fallen (Inflation). Die Franzosen ermutigten separatistische Bewegungen im Rheinland und in der Pfalz.

Die politischen und wirtschaftlichen Gefahren veranlaßten Reichskanzler Stresemann am 26.9.23 zum bedingungslosen Abbruch des Ruhrkampfes; diese Entscheidung löste u.a. am 9.11.23 den Hitlerputsch aus.

Am Ende leitete aber die Wiederaufnahme der Erfüllungspolitik die Durchbrechung der internationalen moralischen Isolierung des Deutschen Reiches und die vermittelnde Tätigkeit Englands und der USA in der Reparationsfrage (Dawesplan) ein. Das Ruhrgebiet wurde bis zum Juli 25 wieder geräumt.<<

Während einer Demonstration gegen die französischen Besatzungstruppen wurden am 31. März 1923 in Essen 13 deutsche Demonstranten erschossen (x034/192).

Am 6. Mai 1923 lehnten die französischen und belgischen Besatzungsmächte ein deutsches Reparationsangebot ab.

Albert Leo Schlageter (1894-1923, deutscher Offizier im 1. Weltkrieg und Freikorpskämpfer im Baltikum) wurde am 26. Mai 1923 wegen Sabotage von den französischen Besatzungstruppen in der Golzheimer Heide (bei Düsseldorf) erschossen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über den aktiven Widerstand des Albert Leo Schlageter (x051/516): >>Schlageter, Albert Leo, geboren in Schönau (Schwarzwald) 12.8.1894, gestorben in der Golzheimer Heide (heute Düsseldorf) 26.5.1923 (erschossen), deutscher Offizier; im 1. Weltkrieg Freiwilliger (zuletzt Leutnant), ausgezeichnet mit dem EK I, 1919-21 Freikorpskämpfer im Baltikum, bei der Niederschlagung eines kommunistischen Aufstands im Ruhrgebiet und in Oberschlesien.

Nach Einsetzen des Ruhrkampfes gegen die französische Besatzung propagierte Schlageter den Übergang vom passiven zum aktiven Widerstand und beteiligte sich an Sabotageakten. Schlageter, der ab 1922 dem NSDAP-Ableger Großdeutsche Arbeiterpartei angehörte, wurde Opfer von Spitzeln in den eigenen Reihen. Nach geglücktem Anschlag auf die Bahnlinie Düsseldorf-Duisburg bei Kalkum verrieten sie ihn den französischen Behörden, die ihm den Prozeß machten und ihn am 8.5.23 zum Tod verurteilten. Trotz massiver deutscher Proteste bestätigte Poincaré zum Zeichen der Unerbittlichkeit das Urteil.

Schlageter wurde von den Rechtsparteien, insbesondere den Nationalsozialisten, zum "Märtyrer" aufgebaut. 1931 setzten sie ihm an der Hinrichtungsstätte ein 31 m hohes Ehrenkreuz,

1933 schrieb Johst ein Schlageter-Drama, das er Hitler widmete.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Oktober 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 19 über Schlageter (x344/22-24): >>"Wanderer ins Nichts"

*\_ von Rüdiger Lenhoff*

Im Frühjahr 1923 exekutierten französische Besatzungstruppen im Rheinland einen deutschen Patrioten und schufen damit einen Märtyrer, der in allen politischen Lagern geachtet wurde. Doch aus dem kollektiven Gedächtnis der Nation ist er verschwunden.

"Grüßen Sie meine Eltern, meine Geschwister und mein Deutschland! Auf Wiedersehen!" - Das soll Albert Leo Schlageter in den Morgenstunden des 26. Mai 1923 gerufen haben, bevor er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf erschossen wurde.

Mit seinen kühnen Sabotageakten hatte er den Abtransport heimischer Kohle nach Frankreich behindert und damit mehr als nur jenen passiven Widerstand geleistet, wie er von der Reichsregierung propagiert wurde.

*"Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch."*

Albert Leo Schlageter

Schlageters Leben war das eines soldatischen Draufgängers, der sich für sein politisch ohnmächtiges und wirtschaftlich ausgeplündertes Vaterland verzehrte. Er gehörte zu jener Sorte von Männern, wie sie nur durch die Zeitumstände des Ersten Weltkrieges und die Not danach geformt werden konnten. Es waren ruhelose Geister, unbürgerliche Existenzen, die der Diktatfriede von Versailles, kommunistische Aufstände, Landraubversuche im Osten und die Ruhrbesetzung zu irregulären Kämpfen des Reiches werden ließen.

### **Kampf um Oberschlesien**

Im August 1894 in Schönau im Schwarzwald als sechstes Kind einer katholischen Bauernfamilie geboren, machte Schlageter nach Kriegsbeginn sein Notabitur und trat im Dezember 1914 als Kriegsfreiwilliger ins 5. Badische Feldartillerieregiment Nr. 76 ein. Im März 1915 berichtete er einem ehemaligen Lehrer: "Ist der Krieg auch schrecklich, seine Schönheiten und Anziehungen hat er doch, besonders für uns junge Leute." Seine christliche Prägung spricht aus vielen Feldbriefen. "Der Krieg fordert nur die besten und tüchtigsten Leute, so daß wir, die wir noch am Leben sind, ... uns fast schämen. Gottes heiliger Wille hat es so beschlossen", schrieb er im April 1916.

Im Mai 1917 bekommt der Soldat das Eiserne Kreuz II. Klasse und im April 1918 das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen. Das Theologiestudium, für das sich Schlageter zwischenzeitlich an der Universität Freiburg eingeschrieben hatte, führte er nach seiner Entlassung nicht fort, sondern besuchte für kurze Zeit Nationalökonomie-Vorlesungen. Der Schriftsteller Ernst von Salomon, damals Freikorpskämpfer, bemerkte dazu rückblickend: "Das Studium vermochte ihm so wenig wie allen Männern der Front in jenen Tagen die Auffassung zu vermitteln, daß die Zeit nach guten Bürgern und auskömmlichen Berufen statt nach Männern und harten Aufgaben verlange."

Tatendurstig trat Schlageter Anfang 1919, kurz nach dem Ende des Krieges, dem Jungdeutschen Orden bei und schloß sich wenig später dem Freikorps des Hauptmanns Walter-Eberhard Freiherr von Medem an, das im Baltikum gegen die Bolschewisten kämpfte. Nach zeitgenössischen Berichten war der Leutnant ein schneidiger Batterieführer. Im Oktober 1919 räumte er in einem Brief an seine Eltern mit Schauergeschichten auf, die schon damals über die Freiwilligenverbände kursierten: "Wir sind zu den Russen übergetreten, trotz all der Einsprüche der deutschen Regierung. Wir werden auch Kurland nicht verlassen, wenn auch der Engländer noch so drängelt.

Denn es gilt wirklich, ein Land zu befreien von den ärgsten Greueln. Daß wir hier plündern und räubern, ist alles von Grund auf erlogen. Bei uns wird der kleinste Diebstahl viel, viel strenger bestraft wie früher. Wir haben eine sehr gute Disziplin."

## **Frankreich verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung"**

Im März 1920 beteiligte sich der patriotische Feuerkopf an der Niederschlagung des linksradikalen Ruhraufstandes und kämpfte unter anderem in den Straßen Bottrops. Im Mai 1921 kam es zu erbitterten Kämpfen zwischen polnischen Freischärlern und deutschen Selbstschutzverbänden in Oberschlesien, obwohl die Volksabstimmung zwei Monate zuvor ein klares Votum für den Verbleib der Provinz bei Deutschland ergeben hatte. In den Reihen des Freikorps von Heinz Oskar Hauenstein war dort auch der Badener wieder dabei. Ernst von Salomon war voll des Lobes:

"Das Bataillon Schlageter war eines der ersten an der sich langsam neu bildenden Front des deutschen Selbstschutzes. Es schob sich im Rahmen des Regiments in dauernden Gefechten bis in die Ausgangsstellung zu jenem entscheidenden Sturm heran, der den Annaberg wieder in deutsche Hand und Oberschlesien in seinen deutschen Teilen wieder zum Reich bringen sollte."

### **Unter französischer Kuratel**

1922 zog es den Freikorpsveteranen nach Berlin, das ein Magnet für Aktivisten und Hasardeure aller politischen Lager war, die Kontakte knüpften und in Lauerstellung auf den großen Knall warteten. Aber Schlageter interessierte sich nicht für Parteiprogramme, sondern für einsatzfrohe Männer gleicher Gesinnung und Haltung. Als die Franzosen ins Ruhrgebiet einmarschierten, setzte auch er sich in Bewegung und wurde am neuen Krisenherd aktiv.

Im Mai 1921 hatten die Siegermächte auf der Londoner Reparationskonferenz von Deutschland die Zahlung von 132 Milliarden Goldmark verlangt und im Weigerungsfall die Besetzung des rohstoffreichen Ruhrgebietes angedroht. 1922 konnte die von Inflation gebeutelte junge Weimarer Republik ihren Zahlungs- und Lieferungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen. Ende des Jahres stellte die alliierte Reparationskommission fest, daß Deutschland mit seinen Holz- und vor allem Kohlelieferungen im Rückstand war. Die französische Regierung unter Raymond Poincaré lehnte jedes Entgegenkommen ab und verfolgte eine aggressive Politik der "produktiven Pfändung". Das bedeutete nichts Geringeres als den Marsch an Rhein und Ruhr.

Am 11. Januar 1923 drangen französische und belgische Truppen in die Herzkammer der deutschen Kohleproduktion ein. Die Reichsregierung unter Wilhelm Cuno rief daraufhin den passiven Widerstand aus und untersagte allen Beamten, einschließlich den Eisenbahnern, die Anordnungen der "Einbruchsmächte" zu befolgen. Von heute auf morgen versiegten alle Kohlelieferungen an das Ausland. Ohne die Mithilfe der deutschen Arbeiter bekamen die Ruhrbesatzer die Kohle weder abgebaut noch ausgeliefert.

Schlageter wollte den passiven Widerstand nun in den aktiven überführen. Ihn schreckte auch nicht, daß die Interalliierte Rheinlandkommission allen mit dem Tod drohte, die sich der Sabotage des Eisenbahnverkehrs und des Anschlags auf Besatzungstruppen schuldig machen. Kämpfernaturen wie Schlageter und Hauenstein erwiesen sich als Männer der Tat, indem sie Bahnschienen und Brücken sprengten, um Kohlentransporte nach Frankreich gänzlich unmöglich zu machen. Aufsehen erregte die von Schlageter für sich reklamierte Beschädigung einer Eisenbahnbrücke bei Kalkum nahe Düsseldorf im März 1923.

Einiges spricht dafür, daß die vielfältigen Sabotageakte mit stillem Einverständnis staatlicher Stellen erfolgten. Unklar und damit Stoff für Verschwörungstheorien ist bis heute, ob Verrat durch eingeschleuste Spitzel oder Unvorsichtigkeit zur Verhaftung Schlageters im April 1923 führte. Schon zwei Monate später wurde er von einem französischen Kriegsgericht wegen Spionage und Sabotage zum Tode verurteilt. Jede Revisionsmöglichkeit wurde ausgeschlossen, Poincaré lehnte ein Gnadengesuch ab.

Schlageters Hinrichtung machte ihn nicht nur in nationalen Kreisen zum Märtyrer, sondern bewegte weite Teile des Volkes. Die Ruhrbesetzung war überall verhaßt, weil sie die Inflation

zur Hyperinflation verschärfte und damit die Massenverarmung verstärkte. Sie wurde auch als demütigend empfunden, weil die französische Regierung gezielt nord- und schwarzafrikanische Besatzungstruppen in die Ruhr-Metropolen entsandte. Im Lande herrschte die einhellige Meinung vor, daß die französische Besatzungsmacht kein Recht habe, einen Deutschen auf unrechtmäßig besetztem Heimatboden vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode zu verurteilen.

### **Ehrung durch Nazis und Kommunisten**

In dieser Gemengelage erkannten die Kommunisten eine Chance, der eigenen Sache durch das Propagieren einer Kampfgemeinschaft aller arbeitenden Deutschen mehr Schubkraft zu verleihen. Am 20. Juni 1923 hielt Karl Radek in einer Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale seine berühmte Rede "Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts", in der er dem von den Franzosen füsilierten Kämpfer gegen die Ruhrbesetzung huldigte und mit den Worten schloß:

"Schlageter kann nicht mehr diese Wahrheit vernehmen. Wir sind sicher, daß hunderte Schlageters sie vernehmen und sie verstehen werden." Das Protokoll des 3. Plenums des Exekutivkomitees vermerkt allgemeinen Beifall. Die Rede erregte viel Aufmerksamkeit, verpuffte aber ohne die erhoffte Mobilisierungswirkung.

Erfolgreicher bei der propagandistischen Indienstnahme Schlageters waren die Nationalsozialisten - und das, obwohl sie den aktiven Widerstand im Ruhrgebiet aus politischem Kalkül nicht unterstützt hatten. Schon im Frühjahr 1923 wurde innerhalb der Münchner SA eine "Kompanie Schlageter" ins Leben gerufen. Am 10. Juni 1923, als der Hingerichtete in einem Ehrengrab auf dem Schönauer Friedhof beigesetzt wurde, hielt die NSDAP in München eine eigene Gedenkveranstaltung unter Beteiligung Hitlers ab.

Anläßlich des zehnjährigen Todestages Schlageters am 26. Mai 1933 sprach der Philosoph Martin Heidegger vor dem Haupteingang der Universität Freiburg auf einer großen Gedenkfeier. Zu Ehren des ehemaligen Freiburger Studenten sagte der Universitätsrektor: "Schlageter starb den schwersten Tod, nicht mehr in der vordersten Front als Führer seiner Infanteriebegleitbatterie, nicht mehr im Drang des Angriffs, auch nicht in der Verbissenheit der Verteidigung, nein, wehrlos stand er vor den französischen Gewehren. Aber er stand und trug das Schwerste.<<

Bei einem Sprengstoffattentat auf der Duisburger Rheinbrücke starben am 30. Juni 1923 neun belgische Soldaten.

Am 30. Juni 1923 verurteilte die französische Besatzungsmacht in Mainz 7 Deutsche wegen Sabotage zum Tod.

Im besetzten Ruhrgebiet wurden am 11. Juli 1923 etwa 80.000 französische und 7.000 belgische Soldaten sowie 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner eingesetzt (x034/199).

Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.

Als der deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Der bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

Oswald G. Villard schrieb im Oktober 1923 über den Abbruch des Widerstandes gegen die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafentangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig.

...

Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.

Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.

Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.

Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zugunsten aller antidemokratischen Kräfte.

Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<

Der deutsche Historiker Wilfried Loth berichtete später über die Besetzung des Ruhrgebietes durch französisch-belgische Truppen (x291/66-68): >>... Im Laufe des Jahres 1921 rückte eine Revision des Versailler Vertrages zugunsten Deutschlands immer näher: Die Deutschen drohten seit dem Vertrag von Rapallo im April mit einer engeren Verbindung mit der Sowjetunion und brachten zugleich unter Hinweis auf ihren Währungsverfall, den sie selbst aktiv förderten, ein Moratoriumsersuchen nach dem anderen vor.

Als im November in Berlin eine Regierung gebildet wurde, die offensichtlich entschlossen war, überhaupt nicht zu zahlen, rang sich das französische Kabinett ... dazu durch, die unter Briand schon einmal vorbereitete Ruhrbesetzung doch noch vorzunehmen: Nur so schien es ihm möglich, den Trend zur allgemeinen Revision noch einmal umzukehren und an die zur Lösung der eigenen Finanzprobleme dringend benötigten Gelder heranzukommen.

Nach einigen diplomatischen Scharmützeln, die nur deutlich machten, daß auch die Deutschen entschlossen waren, die Kraftprobe zu wagen, rückten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein. Die Briten blieben abseits, ließen ihre Verbündeten aber vorerst gewähren.

Die Kraftprobe mündete zunächst in einen Sieg der französischen Seite. Die Reichsregierung inszenierte zwar einen "passiven Widerstand der Ruhrbevölkerung", der das wirtschaftliche Leben in den besetzten Gebieten fürs erste lahmlegte, konnte die Besatzer damit aber nicht zum Aufgeben zwingen und mußte die Finanzierung des Widerstands zudem mit der völligen Zerrüttung der deutschen Währung bezahlen.

Im Sommer begann die Streikfront abzubröckeln; die Unternehmer fanden sich allmählich bereit, mit der Interalliierten Kontrollkommission Verhandlungen über Reparationslieferungen aufzunehmen. Außerdem geriet die Reichseinheit ins Wanken: Die Wirtschaftsgrenzen, die die Besatzer errichtet hatten, wirkten auf eine Umorientierung der Ruhrwirtschaft zum Westen

hin, die massenhafte Ausweisung preußischer Beamter schwächte den administrativen Zusammenhalt; und die Ermunterung separatistischer Aktivitäten durch die Besatzungsbehörden fand unter diesen Umständen verstärkt Resonanz.

Der deutschen Seite blieb schließlich nichts anderes übrig als zu kapitulieren: Am 26. September gab der neue Reichskanzler Gustav Stresemann offiziell das Ende des "passiven Widerstands" bekannt und erklärte sich zu neuen Verhandlungen über ein Reparationsabkommen bereit.

Der französische Ministerpräsident ... wollte sich mit diesem Erfolg aber noch nicht zufriedengeben. Einerseits verfügte er noch nicht über sichere Garantien für künftiges deutsches Wohlverhalten; und andererseits schien sich ihm durch die Lockerung der Bindungen der besetzten Gebiete an das Reich doch noch die Gelegenheit zu ergeben, in der Rheinlandpolitik weiterzukommen, als dies 1919 möglich gewesen war.

So schlug er die deutschen Verhandlungsofferten aus, ließ die Besatzungstruppen weiter separatistische Aktivitäten fördern und verhandelte schließlich im November mit Adenauer und dessen Freunden, die sich dazu von der Reichsregierung hatten ermächtigen lassen, über die Bildung einer Rheinischen Republik.

Damit aber ging er über Frankreichs Möglichkeiten hinaus: Während Adenauer die Verhandlungen in die Länge zog, bis sich die Finanzen des Reiches nach der Einführung der Rentenmark wieder erholten, nahm der Kursverfall des Franc, der durch die Kraftanstrengung an der Ruhr ebenfalls mitgenommen war, dramatische Ausmaße an. Im Januar 1924 kamen die Banken der Londoner City den Deutschen zu Hilfe; die Franzosen aber mußten, um ebenfalls finanzielle Unterstützung von britischer und amerikanischer Seite zu erlangen, ihre Separierungspläne aufgeben. ...<<

### **Die Inflation nach dem Ersten Weltkrieg**

Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachte, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung. Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100,0 % (x149/42).

Im November 1923 erreichten die Preise unfassbare Summen und stiegen immer rasanter (1 Brot kostete z.B. 1917 = 50 Pfennig, 1921 = 5 Mark und im November 1923 = 500 Milliarden Mark).

1919 kostete 1 US-Dollar = 8,57 Mark. Im November 1923 kostete 1 US-Dollar = 4,2 Billionen Mark.

Die Einführung der Rentenmark im November 1923 machte der Inflation zwar ein Ende, beendete aber nicht die Armut. Während der Inflation wurde das gesamte deutsche Geldvermögen wertlos, denn im November 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 immer noch 100 % (x149/42).

Die Eigentümer von Sachwerten wurden damals entschuldet, während die Eigentümer von Sparguthaben ihre gesamten Ersparnisse verloren. Der wirtschaftliche und soziale Abstieg erfaßte große Bevölkerungsschichten. Die deutsche Regierung entließ damals auch über 372.000 ihrer rund 1,59 Millionen Beamten und Angestellten (x090/264).

Die Massenverelendung förderte naturgemäß auch den Einfluß der linksradikalen Kommunisten und rechtsradikalen Nationalsozialisten. Infolge der Inflation und der Massenarbeitslosigkeit herrschten überall Aufruhr und Chaos. In Sachsen und Thüringen stellten sogenannte "sozialdemokratisch-kommunistische Regierungen" proletarische Kampfverbände auf. In

Hamburg und in Küstrin mußten bewaffnete Aufstände der linksradikalen Kommunisten und der rechtsradikalen "Schwarzen Reichswehr" niedergeschlagen werden.

Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wurden mit einem Schlag bettelarm. Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten (darunter waren auch zahlreiche Juden) und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Inflation" (x051/276-277): >>Inflation, allgemeine Bezeichnung für anhaltende Zunahme des Preisniveaus in einer Volkswirtschaft, insbesondere die durch Kreditfinanzierung des Krieges, Reparationen, Kriegsfolgelasten, Geldschöpfung, Devisenspekulationen, Kapitalflucht u.a. ausgelöste Entwertung der Reichsmark in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Aus schleichender Inflation 1918-21 wurde 1922 trabende und 1923 galoppierende, weil die Belastung des Ruhrkampfes die Wirkung der auslösenden Faktoren potenzierte und Regierung wie Reichsbank den Entschuldungseffekt der Inflation begrüßten.

Der Dollar, der 1914 mit 4,20 RM bewertet wurde, kostete im Juli 19 schon 14,0 RM, im Juli 21 76,7 RM, im Juli 22 fast 500 RM, ein Jahr später 353.412 RM und erreichte mit 4,2 Billionen RM am 15.11.23 den Gipfel.

Diese Inflation vernichtete sämtliche Sparguthaben und große Teile der Betriebskapitalien, begünstigte Verschuldung und Sachwertbesitz und führte zu einer tiefgreifenden Umverteilung der Vermögen und zur Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der deutschen Wirtschaft. Für weite Kreise, insbesondere des Mittelstands, bedeutete die Inflation Deklassierung, ja Proletarisierung, und wurde zum traumatischen Erlebnis, das später in der Weltwirtschaftskrise die politische Radikalisierung förderte und den Boden für die Agitation des Nationalsozialismus bereitete. ...<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtete später über die Auswirkungen der Inflation (x243/26): >>Die Nutznießer der Inflation, die Finanzspekulanten, Großindustriellen und Großgrundbesitzer, hatten goldene Zeiten. Da die deutschen Unternehmen mit ... geringen Unkosten produzieren konnten, waren auf dem Weltmarkt die deutschen Preise niedriger als die Angebote jeder Konkurrenz. Darum wurde in Deutschland im Jahre 1923 ziemlich viel produziert. ...

Die Opfer der Inflation waren die deutschen Mittelschichten, die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die deutschen Sparer verloren nun das Letzte. ...<<

Der britische Botschafter in Berlin ... berichtete am 31. Dezember 1923 (x256/82): >>Nun geht das Krisenjahr zu Ende. Die inneren und äußeren Gefahren waren so groß, daß sie Deutschlands ganze Zukunft bedrohten. Eine bloße Aufzählung der Prüfungen, die das Land zu bestehen hatte, wird einen Begriff davon geben, wie schwer die Gefahr, wie ernst der Sturm war. ...

In zwölf Monaten, von Januar bis heute, hat Deutschland die folgenden Gefahren überstanden: die Ruhrinvasion,

den kommunistischen Aufstand in Sachsen und Thüringen,

den Hitlerputsch in Bayern,

eine Wirtschaftskrise ohnegleichen,

die separatistische Bewegung im Rheinland.

Jeder einzelne dieser Faktoren, falls er sich ausgewirkt hätte, würde eine grundlegende Verän-

derung entweder in der inneren Struktur des Landes oder in seinen Beziehungen nach außen herbeigeführt haben. Jeder dieser Gefahrenmomente, falls er nicht abgewendet worden wäre, hätte jede Hoffnung auf eine allgemeine Befriedung vernichtet.

Politische Führer in Deutschland sind nicht gewohnt, daß ihnen die Öffentlichkeit Lorbeeren spendet, und doch haben diejenigen, die das Land durch diese Gefahren hindurchgesteuert haben, mehr Anerkennung verdient, als ihnen zuteil werden wird. ...<<

### **Hitlers Weg zur Macht**

Im Oktober 1918 geriet Hitler in einen britischen Gasangriff und erblindete vorübergehend. Hitler beendete den Ersten Weltkrieg als Gefreiter in einem Lazarett in Pasewalk/Pommern.

Am 18. September 1919 wurde Hitler DAP-Mitglied (Nr. 55) und fiel schon bald durch sein erstaunliches Rednertalent auf. Hitler verfügte über ein äußerst jähzorniges Temperament. Oft steigerte er sich während seiner hemmungslosen Reden und Diskussionen in einen regelrechten Rauschzustand. Gegner und Kritiker, die Hitlers Meinung nicht akzeptierten, schrie der maßlose, selbstherrliche Egozentriker nicht selten regelrecht nieder. Der begabte, fanatische Volksverführer, der unter krankhaften Minderwertigkeitskomplexen litt, feilte ständig besessen an seinen dramatischen, leidenschaftlichen und hetzerischen Reden.

Da Hitler nichts dem Zufall überließ, trainierte er in den folgenden Jahren, mit Hilfe seines Fotografen (Hoffmann), unentwegt neue Rednerposen.

Am 24. Februar 1920 wurde die DAP in München in NSDAP umbenannt. Hitler zählte damals bereits zu den unentbehrlichen Organisatoren und führenden Propagandarednern der DAP bzw. NSDAP. In Österreich gab es schon seit Mai 1918 eine Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei (Parteisymbol = Hakenkreuz).

Mathias Forster berichtete später über die "Deutsche Arbeiterpartei" (x051/113-114): >>Deutsche Arbeiterpartei (DAP), am 5.1.19 in München, das während der Nachkriegswirren das Zentrum gegenrevolutionärer Vereinigungen war, von dem Werkzeugschlosser Drexler, 2. Vorsitzender, und dem Sportjournalisten Harrer, 1. Vorsitzender, ins Leben gerufene Partei.

Das politische Leitmotiv war die Beseitigung der Entfremdung zwischen radikaler Rechten und den Massen, Ziehmutter der Partei war die sich im Hintergrund haltende Thulegesellschaft, ein völkisch-antisemitischer Geheimbund mit ca. 1.500 einflußreichen Mitgliedern, die die DAP als Plattform ihrer politischen Propaganda ansah (Symbol: das Hakenkreuz, Organ: "Münchener Beobachter", Vorläufer des "Völkischen Beobachters").

Die DAP entwickelte sich zu einem Sammelbecken nationalistischer, antibolschewistischer und rassistischer Ideen (insbesondere von Eckart eingebracht) sowie sozialrevolutionärer Strömungen (die von Feder, später auch von Röhm repräsentiert wurden), vermochte sich aber nicht aus dem Dunstkreis eines Bierkeller-Debattiervereins zu lösen. Statt eines Programms gab es von Drexler erlassene Richtlinien: Neben konkreten Forderungen (Begrenzung der Jahresgehälter auf 10.000 Mark, paritätisch landsmannschaftliche Besetzung des Auswärtigen Amtes, Erweiterung des Mittelstands um die gelernten Arbeiter) waren weltanschauliche Gemeinplätze (klassenloser Führerstaat, Versöhnung von Nation und Sozialismus) und unverbindliche Versprechungen formuliert ("gute Arbeit", "voller Kochtopf", "vorwärts kommende Kinder").

Der nationale Sozialismus der DAP war der Ausdruck einer Sehnsucht nach umfassender Geborgenheit: Statt Klassenkampf wurde die Versöhnung aller Schichten in der Volksgemeinschaft beschworen, als Feindbild von globalem Format diente das Judentum, das die Klammer zwischen Internationalistischem Bolschewismus (= "Demütigung der Nation") und Kapitalismus (= "Demütigung der Person") herstellte.

Der Anspruch der Partei, keine einzelnen Schichten oder Klassen zu vertreten (sondern das Volk), fand taktisch, manche Parole (z.B. "Brechung der Zinsknechtschaft") programmatisch

Eingang in die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei).

Von historischer Bedeutung ist die DAP als Vorläuferin der NSDAP und Sprungbrett der Karriere Hitlers. Am 12.9.19 besuchte Hitler auf Anordnung von Hauptmann Mayr, seinem Vorgesetzten, als V-Mann der Reichswehr eine Versammlung der DAP im "Sterneckerbräu". Nach seinem ersten spontanen Auftritt als Redner (verbürgt ein Zitat Drexlers: "Mensch, der hat a Gosch'n, den könnt ma brauchn!") wurde Hitler in die Partei (Mitgliedsnummer 555 = 55, die Hunderter sind aus Prestige Gründen davor gestellt) und in den siebenköpfigen Parteiausschuß (Nummer 7) aufgenommen.

Zuständig für Propaganda, baute er im Hinterzimmer des "Sterneckerbräu" die Parteibürokratie auf, gewann den bayerischen Presseoffizier der Reichswehr Röhm und ging daran, die DAP zu einer publikumswirksamen Kampforganisation zu machen, die den Protest gegen den Versailler Vertrag und gegen den zunehmenden Einfluß des Judentums ins Zentrum ihrer Agitation rückte.

Am 16.10.19 fand vor 111 Personen die erste öffentliche Versammlung statt, auf der Hitler sein Schlüsselerlebnis hatte, zum Redner geboren zu sein: "Ich konnte reden!" ("Mein Kampf").

Die Partei trug der Hitlerschen Strategie Rechnung und löste Harrer im Vorsitz durch Drexler ab. Die erste Großveranstaltung der DAP am 24.2.20 im Festsaal des Hofbräuhauses nahm Hitler zum Anlaß, ein ausgearbeitetes Programm vorzustellen, das neben den bekannten anti-kapitalistischen, antimarxistischen und antisemitischen Thesen einige neue Punkte enthielt, die den sozialistischen Charakter der Partei betonten: Einziehung aller nicht durch Arbeit erworbenen Einkommen, Konfiszierung der Kriegsgewinne, Verbot der Bodenspekulation, Gewinnbeteiligung der Arbeiter in Großbetrieben; in der Parteilegende wurde diese Rede Hitlers mit dem Thesenanschlag Luthers verglichen.

Dabei ist Hitlers persönlicher Einfluß auf die Formulierung der einzelnen Programmpunkte nicht genau auszumachen. Eine Woche später wurde die DAP in NSDAP umbenannt, am 29.6.21 übernahm Hitler den Parteivorsitz.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" (x051/407-408): >>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP), Staatspartei in der nationalsozialistischen Diktatur.

Am 5.1.19 gründeten Drexler und K. Harrer in München die Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Am 24.2.20 wurde sie in NSDAP umbenannt. Am 29.7.21 wählte sie Hitler, der sich ihr im September 19 angeschlossen hatte, zu ihrem mit fast unbeschränkten Vollmachten ausgestatteten Vorsitzenden (u.a. Recht zur Ernennung aller Parteifunktionäre).

Nach dem von ihr (mit-)getragenen Hitlerputsch (8./9.11.23) wurde die NSDAP verboten, bestand aber in Form der "Großdeutschen Volksgemeinschaft" und der "Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands" weiter und wurde am 27.2.25 neu gegründet.

Parteiemblem der NSDAP war ab Frühjahr 20 das Hakenkreuz, ihr Organ ab Dezember 20 der "Völkische Beobachter".

Die NSDAP war eine rechtsradikale Partei mit einer im "25-Punkte-Programm" (Parteiprogramm) vom 24.2.20 enthaltenen nationalistischen und großdeutschen, imperialistischen und militaristischen, völkischen und antisemitischen, antiliberalen und antiparlamentarischen, mittelständischen und antikapitalistischen Programmatik (Nationalsozialismus). In gewollter Abgrenzung von den "Systemparteien" der Weimarer Republik verstand sich die NSDAP als Partei "neuen Typs", "Sammlungspartei" und "Bewegung".

Ihre Struktur und Organisation war antidemokratisch, zentralistisch und autoritär, ganz ausgerichtet auf den (ab 1922 so bezeichneten) "Führer" Hitler (Führerprinzip).

Oberstes Organ der Partei war die Reichsleitung mit dem Führer und der Kanzlei des Führers bzw. (ab 1941) der Parteikanzlei an der Spitze und den einzelnen Reichsleitern: dem Stellver-

treter des Führers (1925-32 G. Strasser, 1933-41 Heß) bzw. (ab 1941) dem Sekretär des Führers (Bormann), dem Reichspropagandaleiter, dem Reichsschatzmeister, dem Reichspressechef u.a.

Als Hauptämter bestanden die Reichsorganisationsleitung, die Reichspropagandaleitung (ab 1929 unter Goebbels), das Außenpolitische Amt (unter Rosenberg), das Kolonialpolitische Amt, die Reichsleitung für die Presse (unter Amann) sowie von 1931 an die Auslandsabteilung der NSDAP.

Regional war die NSDAP in Gauen (1935: 35, 1940: 41), Kreise, Ortsgruppen, Zellen und Blocks gegliedert; ihre Leiter (Gau-, Kreis-, Ortsgruppen-, Zellenleiter und Blockwarte) bildeten zusammen das "Korps der Politischen Leiter". Angeschlossen waren der Partei die paramilitärischen Verbände der Sturmabteilung (SA), der Schutzstaffel (SS), des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK) und des Nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK), die Hitler-Jugend (HJ) und die Nationalsozialistische Frauenschaft (NSF) sowie zahlreiche berufsständische Organisationen; die Deutsche Arbeitsfront (DAF) galt als "betreute Organisation".

Nach ihrer Mitgliederstruktur war die NSDAP eine mittelständische, (klein-)bürgerliche Partei, in der Angestellte, Selbständige (Handwerker, Gewerbetreibende) und Beamte überproportional vertreten waren.

In den 20er Jahren war die NSDAP, trotz steigender Mitgliederzahlen (1922: 6.000, 1923: 55.000), eine politisch unbedeutende Splitterpartei: Bei den Reichstagswahlen 1924 erhielt die "Nationalsozialistische Freiheitsbewegung" nur 3,0 %, 1928 die NSDAP nur 2,6 % der Stimmen. Erst in der Endphase der Republik erwies sich Hitlers Legalitätstaktik (Erringung der Macht nicht durch Revolution oder Putsch, sondern auf legalem, parlamentarischem Weg), mit der er sich gegen seine "linke" innerparteiliche Opposition (um die Brüder O. und G. Strasser) durchsetzte, als wirkungsvoll:

Bei den Reichstagswahlen vom 14.9.30 erhielt die NSDAP 6,4 Millionen (= 18,3 %) Stimmen und 107 Sitze, am 31.7.32 schon 13,8 Millionen (= 37,4 %) und 230 Sitze, war damit die mit Abstand stärkste deutsche Partei und blieb dies, trotz Stimmverlusten bei den Wahlen vom 17.11.32 (11,7 Millionen = 33,1 % und 196 Sitze).

Schon im Januar 30 war Frick als erster Nationalsozialist Mitglied einer Landesregierung (in Thüringen) geworden. Im Mai 1932 hatte die NSDAP erstmals bei einer Landtagswahl (in Oldenburg) die absolute Mehrheit errungen.

Gleichzeitig stieg auch die Zahl ihrer Mitglieder: von rund 400.000 (1930) über rund 800.000 (1931) auf knapp eine Million (Januar 33). Diese Erfolge hatte die NSDAP weniger ihrer Programmatik zu verdanken (v.a. ihre antikapitalistischen Programmpunkte gerieten völlig in den Hintergrund) als - nebst den Schwächen und Fehlern ihrer politischen Gegner - ihrer massenpsychologisch äußerst geschickten und wirkungsvollen Propaganda, dem die politischen Gegner einschüchternden Terror der SA und nicht zuletzt ihrem Bündnis mit der "nationalen" Rechten (Harzburger Front). ...<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Nationalsozialismus" (x051/403-405):  
>>Nationalsozialismus, der Begriff Nationalsozialismus meint sowohl die Ideologie der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) als auch ihr Herrschaftssystem in Deutschland 1933-45.

Das Wort stammt aus (dem damals zu Österreich gehörenden) Böhmen; dort hatten sich 1904 mehrere politische Vereinigungen mit zugleich deutsch-nationaler und sozialistischer Programmatik zur "Deutschen Arbeiterpartei" zusammengeschlossen, die sich im Mai 18 in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" umbenannte. Von ihr übernahm die am 5.1.19 in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei ihre Parteisymbole (u.a. Hakenkreuz) und ihren Namen: Ab dem 24.2.20 nannte sie sich NSDAP. In der Bezeichnung Nationalso-

zialismus kommt der Anspruch zum Ausdruck, eine Synthese der beiden bestimmenden Ideologien und politischen Kräfte des 19. Jahrhunderts, des Nationalismus und des Sozialismus, verwirklichen zu können.

Der Nationalsozialismus ist eine Form des Faschismus. Wie andere faschistische Organisationen in Europa begriff sich auch die NSDAP nicht als politische Partei im herkömmlichen Sinn, sondern als eine neue soziale und politische "Bewegung". Und wie jene fand sie ihre gesellschaftliche Basis v.a. im mittelständischen Kleinbürgertum: Dieses war durch die Industrialisierung und deren gerade nach Ende des Ersten Weltkrieges negativ deutlich gewordenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen sozial verunsichert und ökonomisch in ihrer Existenz gefährdet.

Dazu durch den Sturz der Monarchie ihrer traditionellen politischen Bindung beraubt, sah dieses Kleinbürgertum im Nationalismus eine neue politische Heimat. Denn wie der gesamte Faschismus war auch der Nationalsozialismus eine antimodernistische Protestbewegung: gegen die Repräsentative Demokratie und ihre politischen Institutionen (Parteien, Parlamente, Bürokratien), gegen die moderne Gesellschaft und ihre pluralistische Struktur, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und seine großindustrielle Produktionsweise und gegen die Ideologie des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus; in Deutschland darüber hinaus gegen die Niederlage des Deutschen Reiches im Weltkrieg, das Ende einer europäischen Großmachtstellung und Weltmachtpläne und den als "nationale Schande" empfundenen Versailler Vertrag.

Anders als der Kommunismus, die andere große antidemokratische Bewegung des 20. Jahrhunderts, vermochte der Faschismus aber keine geschlossene, in sich folgerichtige Ideologie zu entwickeln. Auch die "Ideologie" des Nationalsozialismus besteht vielmehr aus einem Konglomerat weltanschaulicher Überzeugungen, sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen und Forderungen, die zum Großteil im Irrationalismus des 19. Jahrhunderts wurzeln, wie das Anknüpfen an vordemokratische, autoritäre Staats- und Gesellschaftstheorien ebenso zeigt wie das Aufgreifen irrationaler Mythen (z.B. von der weltweiten "Verschwörung" des Judentums), der Gebrauch mythischer Symbole (z.B. des Hakenkreuzes) und die Entfaltung pseudoreligiöser Rituale (etwa auf Parteitag) und Kulte.

Die gemeinhin als seine "Ideologie" bezeichnete politische Programmatik des Nationalsozialismus, die teilweise schon im "25-Punkte-Programm" der NSDAP vom 24.2.20 (Parteiprogramm), v.a. aber in zahlreichen nationalsozialistischen Schriften, insbesondere in Hitlers "Mein Kampf" (1925), enthalten ist, weist folgende Bestandteile auf:

1) Antiliberalismus und Antiparlamentarismus: Auf der Grundlage ihrer Gegnerschaft gegen die liberale parlamentarische Demokratie opponierte die NSDAP prinzipiell gegen die Ergebnisse der Novemberrevolution und die angeblich für diese Verantwortlichen (die "Novemberverbrecher"), gegen die Weimarer Republik (die "Novemberdemokratie"), ihr parlamentarisches "System" und ihre politischen Institutionen, v.a. die "Systemparteien".

Der Kampf der NSDAP gegen den "Irrsinn der Demokratie" (Hitler 1928) schloß freilich nicht aus, daß sie sich nach dem gescheiterten Hitlerputsch von 1923 der politischen Verfahren der parlamentarischen Demokratie bediente (sogenannte Legalitätstaktik). "Die nationalsozialistische Bewegung ist antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen" ("Mein Kampf").

Der Antiliberalismus des Nationalsozialismus richtete sich auch gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem; doch spielte die antikapitalistische, v.a. gegen die Großindustrie gerichtete Programmatik der NSDAP, die im Parteiprogramm von 1920 noch erheblichen Raum einnahm, spätestens ab 1926, als sich Hitler gegen die "Linke" der Partei (um die Brüder Otto und Gregor Strasser) durchsetzte, in ihrer politischen Praxis keine Rolle mehr; sie hinderte

weder Teile der Industrie daran, die NSDAP schon vor 1933 finanziell zu unterstützen, noch stand sie nach 1933 einer engen Zusammenarbeit zwischen der nationalsozialistischen Diktatur und der Großindustrie, v.a. der Produktionsmittel- und der Rüstungsindustrie, und deren Privilegierung im Weg. Den Anspruch, eine zugleich nationale und sozialistische Politik zu betreiben, hat der Nationalsozialismus zu keiner Zeit verwirklicht. -

2) Antikommunismus und Antisozialismus: Von Anfang an war die Programmatik und noch mehr die Propaganda des Nationalsozialismus von einem aggressiven Antikommunismus und Antisozialismus geprägt, der sich sowohl gegen die KPD, die SPD und die Gewerkschaften richtete, als auch gegen die Sowjetunion und den von ihr geführten Bolschewismus und "Weltkommunismus". Doch ordnete die NSDAP das Ziel der "Vernichtung des Marxismus" (Hitler in einem Aufruf am 10.3.33) ihren politischen Hauptzielen unter: Zur Zerstörung der Republik arbeitete sie vor 1933 zeitweilig auch mit der KPD zusammen; zur Vorbereitung eines Eroberungskrieges schloß die nationalsozialistische Diktatur 1939 den Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffsvertrag ab. -

3) Das Führerprinzip: Der Nationalsozialismus wollte die parlamentarische Demokratie durch eine hierarchisch aufgebaute, straff autoritär geführte, auf den Grundsätzen von Führer und Gefolgschaft, Befehl und Gehorsam beruhende Diktatur ersetzen, mit einem Führer an der Spitze, der, ausgestattet mit umfassender Herrschaftsgewalt, unterstützt von der Staatspartei (der NSDAP) als politische Elite und (schein-)demokratisch legitimiert durch die plebiszitäre Zustimmung des Volks, die Gesellschaft total erfassen, in einer "Volksgemeinschaft" einen und völlig auf die von ihm autoritär gesetzten politischen Ziele ausrichten und für sie mobilisieren sollte. -

4) Nationalismus: Wie alle Weimarer Parteien forderte auch die NSDAP die Revision des Versailler Vertrages, darüber hinaus aber die Schaffung eines "großdeutschen" Nationalstaates, der über die Grenzen des Deutschen Reiches von 1914 hinausreichen und "alle deutschen Stämme" umfassen sollte. -

5) Rassismus: Der traditionelle großdeutsche Nationalismus ist in der Programmatik des Nationalismus "völkisch" geprägt und zum Rassismus gesteigert. Die nationalsozialistische Rassenlehre griff Rassen Theorien auf, wie sie insbesondere Gobineau und H. S. Chamberlain im 19. Jahrhundert entwickelt hatten, und ist außer in "Mein Kampf" v.a. in Rosenbergs "Der Mythos des 20. Jahrhunderts" (1930) enthalten. Sie behauptete eine Stufenleiter der menschlichen Rassen mit der "nordisch-arisch-germanischen" Rasse als der "Herrenrasse" und einzig "kulturschaffenden" Rasse auf der obersten und der "kulturzersetzenden" jüdischen Rasse, die kein Lebensrecht habe, auf der untersten Stufe.

Oberstes Ziel der deutschen Innenpolitik müsse die "Reinhaltung" der "arischen" Rasse sein und die Durchsetzung und Sicherung ihrer Herrschaft über die anderen, minderwertigen Rassen; Hauptziel der deutschen Außenpolitik die Vorherrschaft der "arischen" Rasse und ihres deutschen "Vorvolkes" zumindest in Europa, letztlich aber deren Weltherrschaft. -

6) Antisemitismus: Der rassistisch begründete Antisemitismus stand im Mittelpunkt der Weltanschauung Hitlers. Sein Judenhaß bildete die wohl entscheidende Antriebskraft seines politischen Wollens und Handelns, den zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen "Ideologie" und ab 1933 gleichsam die Staatsdoktrin des Dritten Reiches.

Der Nationalsozialismus verband, propagandistisch äußerst wirksam, den Antisemitismus mit dem Antikommunismus (weil Marx Jude war!), den Mythos vom jüdischen "Rassenfeind" mit dem vom bolschewistischen Klassenfeind, die in der deutschen politischen Kultur traditionell verwurzelte Judenfeindschaft mit der in Deutschland verbreiteten Kommunistenfurcht - eine Verbindung, die in der These von der angeblich weltweiten "Verschwörung" des vom bolschewistischen Rußland unterstützten "Weltjudentums" ihren Ausdruck fand und durch Fälschungen wie die der "Protokolle der Weisen von Zion" untermauert wurde.

Hauptziel der nationalsozialistischen Politik war nicht nur die völlige Entrechtung der deutschen Juden, sondern darüber hinaus die physische "Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" (Hitler am 30.1.39). -

7) Imperialismus: Aus dem Rassismus des Nationalsozialismus folgt sein Imperialismus, die Forderung nach Schaffung eines weit über die Grenzen der deutschen Nation hinausreichenden deutschen Großstaates, der dem deutschen Volk den angeblich für sein Überleben notwendigen "Lebensraum" bieten sollte. Ziel der deutschen Außenpolitik müsse "Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" sein, wobei "wir in erster Linie nur an Rußland und die ihm untertanen Randstaaten denken" ("Mein Kampf").

Dieses Ziel, daran ließen Hitler und andere Nationalsozialisten keinen Zweifel, konnte nur durch einen Krieg verwirklicht werden. Überhaupt gehörte zum Rassismus des Nationalsozialismus ein primitiver Darwinismus, die Vorstellung, "das allgemeinste unerbittliche Gesetz des Lebens" sei der "Kampf (eines Volkes) um sein Dasein, ... wenn es sein muß, mit anderen Völkern, die der eigenen völkischen Lebensentfaltung entgegenstehen". Der Eroberungskrieg zur Gewinnung von Lebensraum für das deutsche Volk sollte darüber hinaus zur Erringung der Herrschaft des "arischen" deutschen Volkes und seines Staates über die rassistisch angeblich minderwertigen slawischen Völker und Staaten Ost- und Ostmitteleuropas, letztlich zur Errichtung einer deutschen Weltherrschaft führen. -

8. Militarismus: Voraussetzung für eine imperialistische Politik war die Militarisierung der deutschen Gesellschaft, ihre psychologische Vorbereitung auf einen Krieg, die Erziehung v.a. der Jugend nach den militärischen Grundsätzen von Befehl und Gehorsam und zur Hochschätzung der Gewalt als (angeblich) notwendiges Mittel politischer Auseinandersetzungen im Innern wie nach außen und die Bekämpfung tatsächlicher oder vermeintlicher pazifistischer Gesinnungen und Haltungen.

Jahrelang war die NSDAP nur eine politisch unbedeutende, über Bayern hinaus kaum bekannte Splitterpartei. Erst seit 1929, während und in ursächlichem Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise, konnte sie die zur Erringung der staatlichen Macht notwendige "Massenbasis" gewinnen. ...<<

### **Deutsche Ostpolitik (1919-1933)**

Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte.

Obgleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.

Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen polnischen Gebieten müßte man die fremden Elemente auf 1,5 % herabdrücken - die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung (x025/42).

Der polnische Staatsrechtler Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüd-

lich, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte. Die deutsche Regierung mußte außerdem wegen der gewaltigen finanziellen Probleme mit allen politischen Mitteln versuchen, Massenabwanderungen der Volksdeutschen zu vermeiden. Nach dem Ersten Weltkrieg war das ruinierte und hochverschuldete Deutsche Reich wirtschaftlich nicht in der Lage, mehrere Millionen vertriebene Volksdeutsche zu integrieren.

Das Deutsche Reich konnte den harten Existenzkampf der Volksdeutschen in Posen, Westpreußen, Polen und Oberschlesien nur inoffiziell bzw. verdeckt unterstützen, denn nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg waren direkte bzw. offene Unterstützungsmaßnahmen aus politischen Gründen völlig unmöglich.

Da die staatlichen Stellen keine offiziellen Hilfsmaßnahmen durchführen konnten, gründete die deutsche Regierung private Organisationen, die diese Aufgaben übernahmen. Die deutsche Reichsregierung gründete 1919 den "Ostausschuß", der 1920 von 2 privaten Organisationen ("Deutsche Stiftung" und "Konkordia Literarische GmbH") abgelöst wurde. Diese Organisationen waren wie eingetragene Vereine organisiert und unterstützten die deutsche Industrie, das Bankwesen, die Presse, Schulen, Büchereien, Vereine und sonstige kulturelle Einrichtungen, die in den Abtretungsgebieten um ihre Existenz kämpften.

Der "Deutschtumsbund" förderte überwiegend die deutschen Bauern und Handwerksbetriebe durch zinslose Kredite. Weitere Beihilfen, Subventionen und Beistand gewährten außerdem verschiedene deutsche Wirtschaftsverbände, die Kirchen und Gewerkschaften, die auch für die gesamte Abwicklung der Arbeitslosenunterstützung zuständig waren.

Der schlesische Dichter Gerhart Hauptmann rief z.B. im Jahre 1919 in der Wochenzeitschrift "Berliner Illustrierte Zeitung" zu Spenden für die von der Abtrennung bedrohten deutschen Reichsgebiete auf (x269/203-204): >>Aufruf.

Deutsche, wenn Ihr nicht müßig zusehen wollt, wie Euer blutendes Land noch weiter zerstückelt wird, so verhindert es.

Ihr braucht darum nicht zu den Waffen zu greifen, es ist auf friedlichem Wege möglich, Große und lebensnotwendige Gebiete, an unserer nördlichen, östlichen und südöstlichen Grenze haben durch Stimmenmehrheit ihrer Eingeborenen zu entscheiden, ob sie beim Reich verbleiben oder sich davon losreißen wollen. ... Alle müssen sie persönlich an die Wahlurne ihres Geburtsortes treten, wenn ihre Stimmen gezählt werden sollen. ...

Denen, die unbemittelt sind, muß die Reise ermöglicht werden. Darum, Deutsche, wenn ihr nicht zusehen wollt, wie Euer blutendes Land noch weiter zerstückelt wird, so sammelt Geld für die Reise sowie den Unterhalt derer, die durch ihre Stimmabgabe in der Heimat das schwerste Unglück verhindern können.

Es gibt keinen Deutschen, Mann oder Weib, der diese einfache Sprache der Not nicht versteht. Es darf keinen solchen Deutschen geben. Es ist die Not, die uns wieder stark, und wenn auch in einem ganz anderen Sinne als früher, wieder groß machen muß. Es kann keinen Deutschen geben, der den Gewinn seiner Hilfeleistung in diesem Falle nicht sehen sollte: die Rettung und Erhaltung einer deutschen Einheit, die kraftvoll und lebensfähig ist. ...

Wir bitten nicht, wir betteln nicht. Wir sind nur das Sprachrohr der deutschen Not, des deutschen Bewußtseins, des deutschen Herzens. Durch uns spricht unser Volk zu sich selbst: Gib! Schenke her! Erfülle mit klarem Blick und schneller Hand das unbedingte Gebot der Pflicht gegen dich selbst! (Spenden auf Postscheckkonto Berlin ... Deutscher Schutzbund oder unter "Grenz-Spende" an jede Bank).<<

Reichskanzler Wirth teilte dem deutschen Botschafter in Moskau im Juli 1922 mit (x149/45): >>... Polen muß erledigt werden ... Ich schließe keine Verträge, durch die Polen gestärkt werden könnte.<<

Die ungeschützten Ost-Grenzen des Deutschen Reiches wurden damals ständig durch polnische Nationalisten bedroht. Vor allem in den preußischen Provinzen Ostpreußen und Schlesien rechnete man im Winter 1922/23 mit dem polnischen Einmarsch.

Am 10. Januar 1923 drangen litauische Truppen in das unter französischer Besatzung stehende Memelland ein und besetzten gewaltsam diese ostpreußischen Gebiete, denn die hilflose deutsche Republik war nicht in der Lage, die schwachen Freikorpsverbände der Litauer (verkleidete Soldaten der litauischen Armee) zu vertreiben (x090/262).

Der deutsche Zentrumspolitiker Joseph Wirth berichtete später über die ungeschützten Grenzen des Deutschen Reiches (x309/83-84): >>Alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches be-seelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen.

Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebiets gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen. ... Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. ... Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Gröner beschlossen daher Anfang 1930, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. ...<<

In den Jahren 1923/24 gründete man mehrere ostdeutsche Jugendbewegungen, wie z.B. die "Ostlandscharen" ("Nach Ostland wollen wir fahren!"), die die ukrainischen und polnischen Saisonarbeiter in Ostpreußen, Ostpommern und in Ostbrandenburg verdrängen sollten. Bei diesen "Ostaktivitäten" handelte es sich in erster Linie um die "Wiedereroberung der deutschen Scholle" und um die Sicherung der "deutschen Ostlandzukunft".

Die materielle Unterstützung und der seelische Beistand konnten die Abwanderung der zermürbten deutschen Minderheiten selbstverständlich nicht in allen Gebieten vermeiden, aber man verhinderte vielerorts massive Verdrängungen der Volksdeutschen. Obwohl in Polen fast ständig politische Prozesse gegen Volksdeutsche stattfanden, konnte man den Deutschtum-Organisationen nie antistaatliche Handlungen nachweisen.

Aufrechte Vorkämpfer für Völkergemeinschaft und Frieden, wie z.B. der französische Politiker Leon Blum und viele andere französische Politiker, Schriftsteller und Wissenschaftler kritisierten im Jahre 1924 die völkerrechtswidrige Behandlung der Minderheiten in Polen.

Der deutsche Außenminister Gustav Stresemann erklärte am 12. März 1925 in der "Kölnischen Zeitung" (x064/132): >>Es gibt keine Partei in Deutschland von den Deutschvölkischen bis zu den Kommunisten, die von ihrem Gewissen anerkennen könnte, daß die Ziehung der deutschen Grenze im Osten dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker entspreche. Deutschland hat nicht die Gewalt, eine Änderung seiner Grenzen zu ertrotzen, und nicht den Willen, es zu tun.

Wenn aber Artikel 19 der Völkerbundsatzung ausdrücklich davon spricht, daß unabwendbare Verträge geändert werden können, so kann niemand von Deutschland erwarten, daß es endgültig darauf verzichtet, dieses Refugium einer Entwicklung in Zukunft in friedlichem Sinne auch seinerseits für sich in Anspruch zu nehmen.<<

Der Deutsche Ostbund verlangte am 29. November 1925 in Berlin eine friedliche Zurückgewinnung der verlorenen deutschen Ostgebiete.

Julius Leber, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer, erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... Nie werde es eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

In den breitgefächerten Streusiedlungen und vor allem in den polnischen Städten gelang es verhältnismäßig rasch, die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, Angestellten und der Be-

amenten zu brechen. Dort kamen die Abwanderungsbewegungen der entnervten Volksdeutschen trotz eindringlicher Durchhalteappelle nicht zum Stillstand. Viele Volksdeutsche konnten die systematischen Diskriminierungen nicht lange ertragen und kehrten in die deutschen Reichsgebiete zurück, so daß in den "neuen" polnischen Städten der deutsche Bevölkerungsanteil allmählich drastisch zurückging.

Von 1910-31 verminderte sich der deutsche Bevölkerungsanteil z.B. in Graudenz von 85 % auf 7,5 %, in Bromberg von 77,5 % auf 8,5 %, in Thorn von 66 % auf 4 % und in Posen von 42 % auf 2 %.

Von 1919-25 kehrten insgesamt 873.000 Volksdeutsche "freiwillig" in das Deutsche Reich zurück. Diese Rückkehrer kamen aus Posen und Westpreußen = 700.000 (x001/124E), Ostoberschlesien = 90.000 und aus Kongreßpolen = 83.000 (x035/327).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Minderheiten" nach der europäischen Neuordnung (x051/385): >>Minderheiten, Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Staates, die sich von der Mehrheit der übrigen Staatsangehörigen durch ein auf ihrer Sprache, ihrer rassischen oder ethnischen Herkunft, ihrer kulturellen oder geschichtlichen Tradition beruhendes nationales Sonder- und Eigenbewußtsein unterscheiden.

Die Minderheiten bildeten bei der europäischen Neuordnung nach dem Ersten Weltkrieg ein erhebliches Problem, da die Eingliederung fremder Volksgruppen in die neuen oder erweiterten Staaten Ost- und Südosteuropas eigentlich dem schon in den Vierzehn Punkten Wilsons geforderten Selbstbestimmungsrecht der Völker widersprach.

Die machtpolitischen (Gebietsabtretungen des geschlagenen Deutschen Reiches) und ökonomischen Zwänge (Lebensfähigkeit der Nachfolgestaaten der Donaumonarchie) wiesen jedoch keinen anderen Weg und führten 1919/20 zu multilateralen Minderheitenschutzverträgen zwischen den Siegermächten und Polen, Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien, Griechenland, Bulgarien, Jugoslawien, Ungarn und der Türkei. Hinzu kamen bilaterale Abmachungen wie etwa das Oberschlesienabkommen vom 15.5.22 zwischen Polen und Deutschland.

Der Schutz der Minderheiten wurde in erster Linie durch Garantie und Ausweitung der individuellen Grundrechte angestrebt: Gebrauch der Muttersprache, Meinungs- und Religionsfreiheit, kulturelle Koalitionsfreiheit, Zugang zu öffentlichen Ämtern u.a. Dagegen vermied man kollektive Volksgruppenregelungen, um den Integrationsprozeß in den jungen Staaten nicht zu belasten.

Appellationsinstanz für die Minderheiten war der Völkerbund, in dessen Satzung allerdings der Minderheitenschutz nicht verankert war. Wegen der divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten wurden Beschwerden meist schon im Vorfeld der Beratungen blockiert, so daß einzelne Staaten ungestraft die Minderheitenrechte aushöhlen konnten. Sie wurden daher zu einem wirksamen Hebel der nationalsozialistischen Außenpolitik, die in der ersten Phase auf eine Revision des Versailler Vertrages zielte und als ersten Schritt zur Destabilisierung der kleinen Randstaaten volksgruppenrechtliche Lösungen für die deutschen Minderheiten forderte.

Dahinter stand auch eine ideologische Stoßrichtung: Nach nationalsozialistischer Auffassung war der individualrechtliche Minderheitenschutz eine jüdische Erfindung, da er zur Umvolkung und damit Schwächung des Volkstums führe. Zudem begünstige er die Assimilation, die "das Judentum" zur Tarnung seiner Rolle als "Völkerparasit" brauche.

Die nationalsozialistische Minderheitenpolitik im Zweiten Weltkrieg war denn auch gekennzeichnet von Deportationen, Um- und Aussiedlung, Vertreibung und Vernichtung. Dies und die Völkerverschiebungen im Gefolge der deutschen Niederlage machten die ursprünglichen Schutzverträge für die nationalen Minderheiten nach 1945 in Europa gegenstandslos. Die Vereinten Nationen vermochten sich bisher auf keine neue Konvention zum Schutz der Minderheiten zu einigen.<<

## **Reparationszahlungen nach dem Ersten Weltkrieg**

Während der Konferenz von Paris im Januar 1921 forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten. Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfassbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über die nach dem Ersten Weltkrieg zu zahlenden Reparationen (x286/41-42): >>... Womit hätten die Deutschen zahlen sollen? Nachdem ihnen Land und der Rest ihrer Schätze, das Gold war im Krieg draufgegangen, genommen waren, konnten sie nur mit Hilfe von Waren leisten. Diese Waren aber wollten die Alliierten nicht abnehmen.

Deutschland hatte - wie immer – eine passive Handelsbilanz - importierte also mehr als es exportieren konnte. Wie sollte es aus einem Überschuß seine Schulden tilgen?

Der englische Ökonom John Maynard Keynes erkannte mit seinem in Cambridge und mit langer Lektüre der "Times" geschulten Intellekt, daß das nicht funktionieren konnte. Er wurde als Berater des englischen Schatzamtes Mitglied der Friedensdelegation und schrieb 1919 ein Buch über die "Wirtschaftlichen Folgen des Friedens". Sein Gedanke "Deutschland kann nicht bezahlen, da die Sieger ihm verwehren, Überschüsse zu erwirtschaften". Mit dem Buch wurde Keynes weltberühmt – ein Beweis, daß gesunder Menschenverstand damals noch in Ehren stand. Genutzt hat es nichts.

Die deutschen Reparationen wurden 1920 auf 226,4 Milliarden Goldmark festgesetzt. Das war 36mal soviel, wie die Deutschen im letzten großen Krieg, den gegen Frankreich 1871, als Kontribution kassiert hatten. ...

1921 wurden die Deutschen angewiesen, über 42 Jahre hin zu zahlen, und zwar in steigender Summe. Pro Jahr war das nun eine erträglichere Zahl. Aber der Denkfehler war der gleiche: Deutschland konnte nicht zahlen, da es nichts hatte und es ihm verwehrt war, Geld zur Zahlung zu verdienen. Der Zahlmeister war gar keiner.

Es bleibt bis heute ein Rätsel, wieso das mit den Reparationen niemand früher durchschaut hatte. Immer hatte Deutschland mehr importiert als exportiert:

1900 war das Verhältnis Export zu Import: 4,6 zu 5,8 Milliarden, 1905: 5,7 zu 7,1 Milliarden, 1910: 7,5 zu 8,9 Milliarden. Nur 1913 glich sich die Handelsbilanz beinahe aus. Deutschland exportierte für 10,097 Milliarden und importierte für 10,770 Milliarden Mark. ...<<

Die deutsche Reichsregierung bat die US-Regierung am 20. April 1921 um Hilfe, da man die geforderten Reparationen nicht bewältigen könnte.

Die US-Regierung schlug am 21. April 1921 eine Reparationskonferenz - mit Beteiligung der USA - zur Lösung der deutschen Finanzierungsprobleme vor.

Am 29. August 1924 nahm der Reichsrat gemäß den Beschlüssen der deutschen Reichsregierung den Dawes-Plan an, um das Reparationsproblem zu bewältigen. Das Deutsche Reich sollte bis August 1928 jährlich 1,0-1,75 Milliarden Mark und danach ab September 1928 für unbestimmte Zeit jährlich 2,5 Milliarden Mark zahlen (x041/88). Als Starthilfe erhielt das zahlungsunfähige Deutsche Reich im Jahre 1924 erstmalig US-Darlehen in Höhe von 800 Millionen Goldmark, um fällige Reparationszahlungen zu leisten. Der Dawes-Plan sah vor, daß die vom Deutschen Reich zu leistenden Reparationen an die Alliierten vor allem durch Kredite aus den Vereinigten Staaten von Amerika finanziert werden sollten.

Mit Hilfe des Dawes-Planes sollten die deutsche Wirtschaft unterstützt und die Reparationszahlungen für die nächsten 5 Jahre gesichert werden. Das Deutsche Reich mußte die gesamten Zolleinnahmen und verschiedene Steuern an die alliierten Siegermächte verpfänden (x149/-44). Die deutsche Reichsbank wurde außerdem vom 4. Oktober 1924 bis zum Ende des Da-

wes-Planes (1929) unter internationale Aufsicht gestellt, um die deutsche Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten (x175/212).

Charles G. Dawes (1865-1951, nordamerikanischer Bankier und Politiker, "Business, not politics") erhielt für die Leitung des internationalen Ausschusses im folgenden Jahr den Friedensnobelpreis.

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Dawes-Plan" (x286/42-43): >>... Nach der großen Inflation von 1920/23 und einem Moratorium wurde 1924 ein neuer Plan ausgeheckt. Diesmal unter Federführung eines Profis, des amerikanischen Bankiers Charles Dawes. Der argumentierte wie ein Bankier: Erst die Sau mästen, bevor sie abgestochen wird. So bekam Deutschland gleich einen "Stabilisierungs-Kredit" über 800 Millionen, der zog weitere Gelder ins Land. Aus diesen Geldern konnten auch zunächst die Zahlungen geleistet werden: jährlich bloß noch 2,4 Milliarden Goldmark. Dawes bekam für sein Kunststück den Friedensnobelpreis.

Deutschland war Zahlmeister geworden, aber einer, der den Leuten nur jenes Geld wiedergab, das man dem Zahlmeister geliehen hatte.

Das ging schief ... Die deutsche Handelsbilanz war passiv wie eh und je. Zwischen 1924 und 1928 stiegen die Exporte von 10 auf 12,3 Milliarden Mark. Die Importe aber stiegen von 9 auf 14 Milliarden. 1929 sah es wieder mal nach einer ausgeglichenen Handelsbilanz aus – aber die Freude war kurz. Die Weltwirtschaftskrise startete, die deutsche Wirtschaft, basierend auf kurzfristigen Krediten, schrumpfte wie ein alter Apfel. Die bangen Fragen der Kreditgeber wurden drängender, die Kredite schließlich abgezogen. Das Ende war die Pleite.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den "Dawes-Plan" (x068/216): >>Die Amerikaner schätzten uns richtig ein durch das ganze Jahrhundert. Sie wußten auf die Deutschen ist Verlaß. Erst konnten sie die Nation 1917/18 kaputt-schießen, danach, in den goldenen zwanziger, den braunen dreißiger Jahren, sie wieder auferstehen lassen, in den vierziger Jahren ihr erneut den Rest geben, recht kräftig sogar und endlich in den fünfziger Jahren sie abermals aufrüsten – ein wahrhaft wundervolles Geschäft, das Geschäft des Jahrtausends.

... Im ... Jahr 1924 ist es bezeichnenderweise ein Bankier, Charles G. Dawes, der ... für eine Reorganisation der Deutschen Reichsbank und die Stabilisierung der deutschen Währung eintritt durch eine Anleihe von nicht weniger als 800 Millionen Goldmark.

Eine mildtätige Aktion? Ein karitativer Anflug? Ein Samariterdienst? Nun, man brauchte eine gewisse wirtschaftliche Gesundung, eine aktive Handelsbilanz, um weitere Reparationsleistungen zu bekommen, um Deutschland auch künftig auspowern zu können.

Dabei mußte es auf die endgültige Festsetzung der Höhe der Reparationen freilich verzichten. Doch ermöglichte die gewaltige Geldspritze die Rückkehr der deutschen Währung zum Goldstandard. Und da die deutsche Wirtschaft nun wieder in Schwung kommt, die deutsche Tüchtigkeit floriert, der innerdeutsche Markt sich förmlich bläht, zieht die erste Anleihe die nächste nach sich, dann immer neue mit hohen Zinssätzen natürlich, auch für langfristige Projekte, und bald sind die ausländischen, meist US-Anleihen auf 16 Milliarden geklettert.

Hatte Arthur Rosenberg, der marxistische Historiker, so unrecht, als er schrieb, Deutschland sei damals zu einer Kolonie der New Yorker Börse geworden? Jedenfalls wuchs Deutschlands Verschuldung infolge dieser Kredite immer mehr. ...<<

Am 24. Februar 1928 machte der nordamerikanische Finanzpolitiker und US-Reparationsagent Parker Gilbert in seinem Bericht ausdrücklich auf die schnell wachsende deutsche Auslandsverschuldung aufmerksam und empfahl eine sofortige Überprüfung der Reparationspläne (x034/363).

Die deutsche Reichsregierung verlangte am 30. Oktober 1928 in London, Paris und Brüssel eine sofortige gründliche Überprüfung der geforderten Reparationszahlungen, da die finanzi-

ellen Möglichkeiten des Deutschen Reiches erschöpft seien.



Abb. 57 (x065/371): "Statt der 14 Punkte 440 unerfüllbare Paragraphen". Karikatur von E. Schilling auf den Versailler Vertrag.

Außenminister Gustav Stresemann warnte am 14. November 1928 während einer Pressekonferenz vor den Folgen der zu hohen Auslandsverschuldung (x149/51): >>Ich möchte Sie bitten, bei Ihren Beurteilungen der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und auch der anderen hiermit zusammenhängenden Fragen den Gedanken zugrunde zu legen, daß wir in Deutschland in den letzten Jahren von gepumptem Gelde gelebt haben. Wenn einmal eine Krise bei uns kommt und die Amerikaner ihre kurzfristigen Kredite abrufen, dann ist der Bankrott da.

...<<

Im Verlauf der Pariser Sachverständigenkonferenz wurde am 7. Juni 1929 der Young-Plan veröffentlicht. Das Deutsche Reich sollte danach noch Reparationen von 113,9 Milliarden RM in 68 Raten zahlen (x034/410).

Der Reichsausschuß für das Deutsche Volksbegehren gegen den Young-Plan veröffentlichte am 11. August 1929 in Berlin den Entwurf des sogenannten "Freiheitsgesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" (x034/418): >>Das Deutsche Volk hat auf Volksbegehren im Volksentscheid das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1 Die Reichsregierung hat den auswärtigen Mächten unverzüglich in feierlicher Form Kenntnis davon zu geben, daß die erzwungene Kriegsschuldenerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspricht, auf falschen Voraussetzungen beruht und völkerrechtlich unverbindlich ist.

§ 2 Die Reichsregierung hat darauf hinzuwirken, daß die Kriegsschuldenerkenntnis des Artikels 231 sowie die Artikel 429 und 430 des Versailler Vertrages förmlich außer Kraft gesetzt werden.

Sie hat ferner darauf hinzuwirken, daß die besetzten Gebiete nunmehr unverzüglich und bedingungslos, sowie unter Ausschluß jeder Kontrolle über deutsches Gebiet geräumt werden, unabhängig von Annahme oder Ablehnung der Beschlüsse der Haager Konferenz.

§ 3 Auswärtigen Mächten gegenüber dürfen neue Lasten und Verpflichtungen nicht übernommen werden, die auf der Kriegsschuldenerkenntnis beruhen. ...<<

Während der Konferenz in Den Haag kam es im August 1929 zu einer Festlegung der endgültigen Reparationen, Der Young-Plan sah eine Restzahlung von 34,5 Milliarden Reichsmark in 59 Jahren vor. Danach sollte die letzte Zahlung im Jahre 1988 erfolgen (x041/90).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den "Young-Plan" (x068/216-219): >>... Man kam den Deutschen noch weiter entgegen durch eine Revision des Dawes-Planes, im sogenannten Young-Plan, benannt wiederum nach einem amerikanischen Finanzmagnaten, dem Industriellen und Direktor der New Yorker Federal Reserve Bank, Owen D. Young. Man reduzierte die deutschen Reparationszahlungen im Jahr 1929 auf 37 jährliche Zahlungen in Höhe von 2,05 Milliarden Reichsmark, danach noch auf 22 Jahresraten bis 1988 in Höhe von 1,65 Milliarden Reichsmark. Und zur Sicherung der Interessen des internationalen Finanzkapitals, besonders des amerikanischen, gründete man in Basel die "Bank für internationalen Zahlungsausgleich".

Freilich erwies sich auch der Young-Plan rasch als undurchführbar. So sah bereits das Hoover-Moratorium vom 20. Juni 1931, angeregt durch den Präsidenten Hoover, eine vorübergehende Schuldensistierung vor, eine einjährige Aussetzung interallierter Kriegsschulden und Reparationszahlungen im Interesse der US-Bankiers, die um die Sicherheit ihrer Investitionen in Deutschland bangten. Nicht genug. Im Juni/Juli 1932, ein halbes Jahr vor Hitlers Machtantritt, streicht man auf der Konferenz von Lausanne mehr als 90 % der noch im Young-Plan geforderten Zahlungen.

Nun war das Motiv für all diese ja in nur wenigen Jahren Deutschland gewährten Milliarden-Kredite selbstverständlich nichts als politische und vor allem wirtschaftliche Spekulation, nichts als nackte Profitsucht. Ausschließlich deshalb versuchte man den ruinierten Weltkriegsgegner vor einer zu starken Schwächung zugunsten Frankreichs, vor dem völligen finanziellen Fiasko, aber auch vor einer drohenden sozialistischen Revolution zu retten.

Eine gewisse Stärke Deutschlands, wirtschaftlich und sogar militärisch, hatte gerade Präsident Wilson seit der deutschen Niederlage angestrebt. Und länger als ein Jahrzehnt wurde diese "amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland" fortgesetzt. Noch 1931 sagte Außenminister Henry Stimson zu Präsident Hoover, daß "wir fest an die Situation Deutschlands gebunden sind".

Sofort nach dem Waffenstillstand begannen amerikanische Militärbeauftragte, "ein sehr enges und sogar herzliches Verhältnis zur deutschen Reichswehr aufzubauen, die uneingeschränkt pro-amerikanisch zu sein schien." Ebenfalls engagierten sich alsbald amerikanische Geschäftsleute in der Weimarer Republik und bauten "systematisch ihren Anteil an der deutschen Wirtschaft aus", durch Kredite, durch Fusionen. Und indem Amerika Deutschland stabilisieren half, "steigerte es natürlich dessen militärische Möglichkeiten".

Der ganze Geldfluß kam, gewollt oder nicht, auch der insgeheim betriebenen Wiederaufrüstung zugute. Denn schon lange vor Hitlers Machtergreifung war diese Wiederaufrüstung geplant, hatte das Militär projektiert, die Armee von sieben auf 21 Divisionen zu erweitern. Das dürfte den USA schwerlich unbekannt geblieben sein, zumal man es schon Ende der zwanziger Jahre relativ weit gebracht hatte. Von 8 1/3 Millionen Reichsmark Gesamtausgaben des Deutschen Reiches - abzüglich der Überweisungen an die Länder - entfielen bereits 1928/29 nicht weniger als 63,5 % zur Deckung der Folgen des letzten Krieges und zur Vorbereitung eines neuen, nämlich 5 1/3 Milliarden RM; während aus den restlichen 3 Milliarden RM sämtliche andere Ausgaben bestritten werden mußten.

Wenn sich Hitler 1931 von dem katholischen Reichskanzler Heinrich Brüning "tief beeindruckt" zeigte, so offenbar nicht wegen seines Glaubens, sondern wegen seines enormen Rüstungsprogramms. Betrieb der katholische Kanzler, ein im Weltkrieg mehrfach ausgezeichnete Infanterieoffizier, doch insgeheim die deutsche Wiederbewaffnung, besonders die Förderung der Luftstreitkräfte. Die "Luftfahrtabteilung" seines Verkehrsministeriums leitete jener Hauptmann Brandenburg, der ein Jahrzehnt später maßgebend an der Leitung der Fliegerangriffe auf London beteiligt war. Flugzeugfirmen wie Junkers und Heinkel wurden bereits stark staatlich subventioniert. Militärflieger in 44 illegalen Ausbildungslagern geschult, und in den Tresoren lagen detaillierte Pläne für die Bombardierung von London, Paris und der Maginotlinie.

Die Staatsausgaben des Deutschen Reiches für Kriegsfolgen und Kriegsvorbereitungen betragen damals, beispielsweise, das Hundertfache seiner Ausgaben für Bildung! Denn warum Leute bilden lassen, die man doch wieder - und immer wieder! - abschlachten läßt? Oder anders gesagt: Würden sich Menschen für Hasardeure und Gangster noch umbringen lassen, wären sie gebildet? Kritisch aufgeklärt?

Das Verfassungs- und Außenpolitische Ziel des katholischen Zentrumskanzlers Brüning war weniger Erhaltung der Demokratie als vielmehr die Wiederherstellung der Monarchie, und zwar in ihrer alten Machtfülle; nicht nur militärische Gleichberechtigung Deutschlands, sondern, visionäre Endziele freilich vorerst, Revision der deutschen Ostgrenze, vielleicht gar eines Tages, als Erbe der einstigen Donaumonarchie, die Führung Südosteuropas. "Diese Außenpolitik hat zur innerpolitischen Faschisierung Deutschlands, wenngleich ungewollt, einen kräftigen Beitrag geleistet, die internationalen Voraussetzungen für ein Kabinett Hitler geschaffen und die ersten außenpolitischen Schritte des nationalsozialistischen Deutschland ermöglicht".

Nun wurde Deutschland aber nicht nur offiziell von den Vereinigten Staaten unterstützt. Es gab eine zusätzliche inoffizielle, eine geheime Unterstützung, von der die deutsche Öffentlichkeit - und nicht nur sie - bis heute nichts ahnt. Diese Unterstützung leistete die internationale Hochfinanz, ganz besonders die der USA.<<

Der deutsche Wirtschaftsjournalist Paul C. Martin berichtete später über den "Young-Plan" (x286/43-44): >>... 1929 einigt man sich auf einen weiteren Reparationsplan, den der US-Manager Owen Young ausgeheckt hatte. Wieder gab es erstmal eine Anleihe, 300 Millionen \$ zu 5,5 %. Danach sollte Deutschland weniger zahlen: 2 Milliarden Goldmark im Schnitt, und das länger gestreckt: auf 59 Jahre. Die letzte Rate wäre 1988 fällig gewesen.

Der Meister John Maynard Keynes meldete sich wieder zu Wort. Diesmal meinte er, Deutsch-

land könne zahlen. Es müsse halt nur den Gürtel enger schnallen, Löhne kürzen, die Binnenkaufkraft vermindern. Dann würde genug übrig bleiben. Ein Exportüberschuß müßte automatisch entstehen, aus dem sich die Sieger bedienen könnten. Weder die Rückzahlung der Kredite noch die Bedienung der Reparationen sei dann noch ein Problem.

Was Keynes verzapfte, trat prompt ein. Deutschland schnallte den Gürtel enger und kriegte 6 Millionen Arbeitslose. Hitler kam und das Elend des Nationalsozialismus ...

Keynes hatte bewiesen, daß nichts leichter ist, als sich in wirtschaftlichen Debatten interessant zu machen. Dazu muß man nur alle paar Jahre das Gegenteil von dem behaupten, was man früher gesagt hat. Bekanntlich hat Keynes dann 1936 ein Buch zur Beschäftigungstheorie geschrieben, mit der er sich wieder einmal um 180 Grad drehte: Er favorisierte wieder Geldverplempern statt Gürtelschnallen und macht sich zum Anwalt von ausschweifender Staatsverschuldung, was genau das Gegenteil von Rückzahlung war. ...<<

Da das Volksbegehren gegen den Young-Plan bis zum 2. November 1929 die erforderliche Anzahl der Eintragungen erhielt (notwendig waren 10 % von 41.278.897 Wahlberechtigten), mußte der vorgeschlagene "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" durch den Reichstag geprüft werden.

Der Reichstag lehnte am 30. November 1929 im Verlauf der 2. Lesung den "Gesetzentwurf gegen die Versklavung des deutschen Volkes" nach einer Abstimmung ab.

Am 12. März 1930 stimmte der Reichstag mit 270 gegen 192 Stimmen für die Annahme des Young-Plans.

Die NS-Zeitung "Völkischer Beobachter" berichtete am 12. März 1930 über die Annahme des Young-Plans (x034/450): >>... Wir erklären als Spitzenorganisation des kommenden Reiches, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis mit den Novemberverbrechern auch die Verbrecher vom 12. März 1930 von einem deutschen Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.<<

Als Reichspräsident Hindenburg den nordamerikanischen Präsidenten am 20. Juni 1931 telegrafisch um Hilfe bat, ließ US-Präsident Hoover am 6. Juli 1931 - nach zähen Verhandlungen zwischen USA und Frankreich - den größten Teil der Reparationszahlungen vorübergehend stoppen - Zahlungsaufschub für 1 Jahr. Durch die große Massenarbeitslosigkeit - April 1931 = 4,4 Millionen Arbeitslose, Dezember 1931 = 5,3 Millionen Arbeitslose - verschärfte sich die deutsche Wirtschaftskrise aber trotzdem weiter.

Am 18. Januar 1932 veröffentlichte die Reichsregierung die bisher gezahlten Reparationsleistungen. Danach zahlte das Deutsche Reich von 1921-1931 Sach- und Finanzleistungen (jedoch ohne Gebietsverluste) in Höhe von 53,155 Mrd. Gold- bzw. Reichsmark an die Siegermächte (x034/573).

Im Verlauf der "Reparationskonferenz" von Lausanne im Juni/Juli 1932 erließen die Siegermächte dem Deutschen Reich schließlich die restlichen Reparationszahlungen - bis auf einen Restbetrag von 3,0 Milliarden Goldmark (x063/565). Der Forderungserlaß der Siegermächte war keine deutschfreundliche Geste, denn es handelte sich ausschließlich um wirtschaftliche Interessen. Nach 13 Jahren erkannten die Franzosen und Briten endlich, daß eine weitere Schwächung der deutschen Volkswirtschaft auch die meisten westeuropäischen Länder nachhaltig schädigen würde. Während dieser Reparationskonferenz wurde der berüchtigte Kriegsschuldparagraph nicht gestrichen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Reparationen" (x051/-491): >>Reparationen, 1918/19 eingeführte Bezeichnung für Wiedergutmachungsleistungen, die nach einem Krieg dem Verlierer auferlegt werden.

Aus der Alleinschuld am Ersten Weltkrieg, wie sie der Versailler Vertrag in Artikel 231 dem Deutschen Reich anlastete, folgerten die Siegermächte auch die alleinige deutsche Verpflichtung zur Leistung von Reparationen für die alliierten Kriegskosten und -schäden. Diese Reparationen waren zugleich als Bestrafung gedacht und sollten Deutschland empfindlich schwä-

chen, damit es nicht wieder zu den Waffen greifen könnte.

Über die Höhe der Reparationen bestand selbst unter den Siegern keine Einigkeit: Zunächst wurde eine vorläufige Leistung von 20 Milliarden Goldmark für die Jahre 1919-21 festgelegt, auf einer Reihe von Konferenzen ergab sich dann eine Gesamtforderung von 226 Milliarden Goldmark im Januar 21, dem von deutscher Seite nur ein Angebot von 30 Milliarden gegenüberstand. Der Konflikt eskalierte im Ruhrkampf und konnte auch durch ein alliiertes Ultimatum vom 5.5.21 auf der 2. Londoner Konferenz ... nicht bereinigt werden. ...

Am 1.7.31 trat das einjährige sogenannte Hoover-Moratorium für alle interalliierten Kriegsschulden wie für die Reparationen in Kraft, die dann mit dem Lausanner Abkommen vom 9.6.32 ... ganz gestrichen wurden.

Nach deutschen Angaben hatte das Reich bis dahin Reparationsleistungen im Wert von 53 Milliarden Goldmark erbracht, ein Aderlaß, dessen politischer Preis eine wachsende Radikalisierung war. Die Reparationen als sichtbarste und schmerzhafteste Folge des Versailler Vertrages trugen damit wesentlich zur Ablehnung des republikanischen Systems in Deutschland bei und nährten insbesondere die nationalsozialistische Agitation.<<

Das "Handelsblatt" berichtete am 1. Oktober 2010 über die letzten deutschen Reparationszahlungen für den Ersten Weltkrieg: >>Letzte Zahlungen

### **Das späte Ende des Versailler Vertrags**

Am 3. Oktober sind die letzten deutschen Reparationszahlungen für den 1919 geschlossenen Friedensvertrag fällig. Damit läßt das wiedervereinigte Deutschland die Schrecken der Vergangenheit hinter sich, ohne sie zu vergessen. ...

Am kommenden Sonntag enden die Zahlungen für den Versailler Vertrag. Die meisten Deutschen dürften davon nichts wissen, schließlich ist der Friedensvertrag von 1919 ein längst abgeschlossenes Kapitel. ...

Es ging dabei unter anderem auch um die Dawes- und Young-Anleihen, zwei Bonds, mit denen den Deutschen in den 20er-Jahren die Reparationszahlungen durch zeitliche Streckung etwas erleichtert werden sollten. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war.

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlablieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung. Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. ...<<

Herbert Ludwig berichtete später (am 30. April 2015) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Reparationszahlungen und den Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie nach dem 1. Weltkrieg (x943/...): >>Von der Wegbereitung des Nationalsozialismus durch britisch-amerikanische Finanzkreise

### **... Die Finanzelite formiert sich**

Nach G. Preparata gingen wesentliche Impulse von Montagu Norman aus, dem Gouverneur der Bank von England, von Benjamin Strong, dem Gouverneur der Federal Reserve Bank von New York und den "Mandarinen des amerikanischen Bankennetzes" J. P. Morgan & Co. Deutscher Vermittler war Hjalmar Schacht, enger Freund Montagu Normans und auch von den Amerikanern sehr geschätztes Mitglied der internationalen Bruderschaft der Banker, der 1923 zum Reichswährungskommissar und Präsidenten der deutschen Reichsbank lanciert wurde.

Er wurde eingebettet in einen "Generalrat" der Reichsbank von vierzehn Mitgliedern, "von denen die Länder der Alliierten die Hälfte stellten." Die Reparationszahlungen von 132 Milliarden Goldmark, die das ausgeblutete Deutschland unmöglich leisten konnte, worauf die Alliierten aber bestanden, boten den Ansatzpunkt. Sie setzten voraus, daß die deutsche Wirtschaft wieder in Gang kam.

Die dazu benötigten Kredite sollten aber ausschließlich angloamerikanische sein, um die Deutschen unter ihre vollständige Kontrolle zu bringen. Schacht sorgte im Zusammenhang mit der Währungsreform zur Stabilisierung der neuen Reichsmark für einen Kreditstopp im Inneren und stieß damit die Tür für die westliche Geldversorgung Deutschlands auf, in deren Verlauf schließlich kein einzelner Tropfen in Deutschlands Geldkreislauf dem Land gehörte.

### **Die Reparationszahlungen**

Mit dem vom New Yorker Bankhaus Morgan & Co entwickelten Dawes-Plan, den der Plan des Morgan-Mann Owen Young modifizierte, flossen nach Deutschland ab 1924 jährlich Milliarden-Kredite, zumeist aus den USA, zum geringeren aus Großbritannien. Der Kreditfluß ging zum einen Teil zu überhöhten Zinsen an den Staat, zum anderen Teil an die Industrie, um die Wirtschaft anzukurbeln. Der Staat verwendete einiges für die Infrastruktur, das meiste für die Reparationen.

Über die Höhe differieren die Angaben der Experten. Nach Antony Sutton zahlte Deutschland zwischen 1924 und 1931 etwa 36 Milliarden Mark Reparationen und erhielt etwa 33 Milliarden Mark Kredit. Guido G. Preparata beziffert die Kredite bis 1930 auf 28 Milliarden Dollar und die Reparationszahlungen auf 10,3 Milliarden Dollar. Carroll Quigley nennt für die Zeit von 1924 bis 1931 Kredite an Deutschland von 18,6 Mrd. Mark und 10,5 Mrd. Mark Reparationen.

In jedem Fall konnten die Reparationen weitgehend oder ganz mit Krediten finanziert werden, so daß die gewünschte wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands dadurch kaum belastet wurde. *"Man erinnere sich daran, daß dieses System von den internationalen Bankern installiert wurde. Das Verleihen anderer Leute Geld (nämlich amerikanischer Investoren) an Deutschland war für diese Banker sehr profitabel.*

*Mit Hilfe dieser amerikanischen Anleihen konnte Deutschland seine Industrie neu aufbauen und mit großem Abstand nach unten zur zweitbesten der Welt machen. ... Mit Hilfe dieser Anleihen waren die (Reparations-)Gläubiger Deutschlands fähig, ohne Lieferung entsprechender Güter oder Dienstleistungen ihre (eigenen) Kriegsschulden an England und die Vereinigten Staaten zu bezahlen.*

*Devisen gingen als Anleihen an Deutschland, dann als Reparationen weiter an Italien, Belgien, Frankreich und Großbritannien und schließlich als Rückzahlung von Kriegsschulden zurück an die Vereinigten Staaten." Von dort wurde es dann, mit einer zusätzlichen Zinslast belegt, wieder nach Deutschland gelenkt - und so weiter.*

*"Was an dem System nicht stimmte, war nur,*

*a) daß es in sich zusammenfallen würde, wenn die Vereinigten Staaten aufhören würden zu leihen und b) daß in der Zwischenzeit die Schulden nur von einem Konto auf ein anderes verschoben wurden, aber niemand der Zahlungsfähigkeit wirklich näher kam. ... Dadurch wurde nichts wirklich geregelt, aber die internationalen Banker saßen im Himmel unter einem Dauerregen von Gebühren und Provisionen."*

Dabei muß man bemerken, daß die Financiers periodisch ihre Bankiershüte ablegten und neue Hüte als Staatsmänner aufsetzten. Als Staatsmänner formulierten sie den Dawes und den Young-Plan aus, um das "Problem" der Reparationen zu "lösen", und als Bankiers legten sie die Darlehen auf.

### **Der Aufbau der Kartelle und der Rüstungsindustrie**

Ein wesentlicher Teil der Operationen der angloamerikanischen Finanzwelt war der Aufbau eines industriellen Kartellsystems in Deutschland. *"Die drei größten Darlehen, die unter dem Dawes-Plan von den internationalen Bankern der Wall Street für deutsche Schuldner in den zwanziger Jahren gehandhabt wurden, kamen drei deutschen Kartellen zugute, die einige Jahre später Hitler und den Nazis zur Macht verhalfen."*

Es waren dies

1. die Vereinigte Stahlwerke AG, die 1926 durch die Fusion der Thyssen-, der Phönix-Gruppe, der Rheinischen Stahlwerke sowie der Rheinelbe-Unternehmen Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG, Bochumer Verein und Gelsenkirchener Bergwerks-AG gebildet wurden. Der Zusammenschluß umfaßte damit einen Gutteil der deutschen Eisen-, Stahl- und Bergwerks-Gesellschaften in der Grundproduktion;
2. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG), einer der weltweit größten Elektrokonzerne, stellte neben Produkten für die elektrische Energietechnik und den Haushaltsbedarf Geräte zur elektrischen Heizung, Straßenbahnen, Elektro- und Dampflokomotiven sowie im Tochterunternehmen NAG auch Kraftfahrzeuge her;
3. Die amerikanische Tochter der IG Farben, die American IG Chemical. IG Farben war das seinerzeit größte Chemieunternehmen der Welt mit Sitz in Frankfurt am Main, zu dem sich 1916 BASF, Bayer, Hoechst und andere zunächst locker verbunden und am 2. Dezember 1925 fusioniert hatten.

Nur eine Handvoll New Yorker Finanzhäuser waren an der Finanzierung der deutschen Reparationen und dem Aufbau insbesondere für die Rüstung grundlegender Industrien beteiligt. *"Drei Häuser - Dillon, Read & Co; Harris, Forbes & Co und National City Company - legten fast drei Viertel des Gesamtbetrages der Anleihen auf und ernteten die meisten Gewinne."*

Ab Mitte der zwanziger Jahre beherrschten die zwei großen deutschen Kombinate der IG Farben und der Vereinigten Stahlwerke das Kartellsystem der Chemie- und Stahlindustrie, das durch die Anleihen geschaffen wurde. IG Farben war der große Produzent chemischer Grundstoffe, die auch von anderen Chemiewerken gebraucht wurden, so daß sie fähig waren, dem gesamten Markt ihren Willen aufzudrücken. Ähnlich dominierten die Vereinigten Stahlwerke mit ihrer Roheisenkapazität, die größer war als die aller anderen deutschen Eisen- und Stahlhersteller zusammen, auch den Markt der halbfertigen Eisen- und Stahlprodukte.

*"Unter den Produkten, welche die IG Farben und die Vereinigten Stahlwerke zur wechselseitigen Zusammenarbeit zusammenbrachten, waren Steinkohleteer und chemischer Stickstoff, die beide von primärer Bedeutung für die Herstellung von Sprengstoffen sind."*

So erhielten die IG Farben-Tochtergesellschaften, die Sprengstoffe produzierten, ihre Teerkohleprodukte wie Benzol, Toluol usw. von den Vereinigten Stahlwerken, und deren Sprengstoff produzierende Tochterfirmen bezogen ihren Stickstoff von IG Farben.

*"Unter diesem System gegenseitiger Zusammenarbeit und untereinander verflochtener Abhängigkeit produzierten die beiden Kartelle IG Farben und Vereinigte Stahlwerke 95 % der*

*deutschen Sprengstoffe in den Jahren 1937/38, am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Diese Produktion war von ihrer Kapazität her durch amerikanische Anleihen aufgebaut worden und wurde bis zu einem gewissen Grad durch amerikanische Technologie ermöglicht.*

Von zentraler Bedeutung für ein industrielles Land ist der Flüssigkeitstreibstoff in ausreichender Menge, dessen Bedarf in einem Kriege ins Astronomische steigt. Deutschland hatte keine Ölquellen, aber reichliche Vorräte an Kohle. Chemiker der IG Farben hatten ein Verfahren entwickelt, das Hydrierung genannt wurde, mit dem Kohle in Öl umgewandelt werden konnte. Das Vorstands-Mitglied Carl Bosch unternahm es, Amerikas obersten Öl-Trust, Standard Oil (von John D. Rockefeller), dafür zu gewinnen, die Kosten für die weitere Forschung und Entwicklung synthetischen Treibstoffs mitzutragen.

*"Für die Weltrechte auf die Nutzung des Hydrierungsprozesses außerhalb Deutschlands trat Standard Oil der IG Farben 35 Mio. Dollar in Standard-Oil-Aktien ab."* 1928 wurden die amerikanischen Niederlassungen zur Holding IG Chemie zusammengefaßt und 1929 zur American IG Chemical Company verschmolzen, ein Tochterunternehmen der deutschen IG Farben, in dem die beiderseitigen Interessen von IG Farben und Standard Oil zur Herstellung synthetischen Öls verfolgt wurden. Die Zusammenarbeit der IG Farben und der Standard Oil gab IG Farben praktisch das Monopol über die deutsche Benzinproduktion während des Zweiten Weltkrieges.

Dabei ist nicht uninteressant: Im Aufsichtsrat der amerikanischen Tochter *"saßen einige der bedeutendsten Industrie- und Wirtschaftskapitäne Amerikas wie Edsel Ford von der Ford Motor Company, Walter Teagle, der Chef von Standard Oil und Direktor der Federal Reserve New York, C. E. Mitchell, Chef der National City Bank und ebenfalls Direktor der Federal Reserve New York, und Paul Warburg, Schöpfer und erster Vorsitzender des Aufsichtsrates der Federal Reserve und Vorsitzender der Manhattan Bank."*

Die Kontrolle der deutschen Produktion von synthetischem Benzin und Sprengstoffen, zwei der grundlegendsten Basisprodukte moderner Kriegsführung, lag also während des Zweiten Weltkrieges in den Händen zweier deutscher Konzerne, IG Farben und Vereinigte Stahlwerke, die mit Anleihen der Wall Street unter dem Dawes-Plan geschaffen worden waren.

Auch das große Kartell AEG erhielt Darlehen von mindestens 35 Mio. Dollar. Es war zu 30 % im Besitz des US-Konzerns General Electric, dessen leitender Angestellter Owen Young, auch Morgan-Banker, hinter dem Young-Plan stand und der dann einer der ausländischen Direktoren der AEG in Deutschland wurde.

Darüber hinaus fand amerikanische Rüstungshilfe für Deutschland auch in den Automobilwerken Opel und Ford statt, die gänzlich im Eigentum von General Motors, bzw. der Ford Motor Company Detroit waren. Sie waren nach Sutton die beiden größten Panzerhersteller Hitler-Deutschlands. In einem ARD-Film vom 29.1.2003 ist dagegen von einer vollen militärischen Produktion von Lastwagen und Kettenfahrzeugen die Rede.

*"Die Nazis gewährten Opel 1936 Steuerfreiheit, um General Motors zu ermöglichen, seine Produktion auszuweiten."*

Es war kein Versehen, daß Deutschland im Rahmen des Versailler Vertrags allmählich aufgerüstet wurde. *"Je gründlicher und moderner die Ausrüstung, desto zerstörerischer die deutsche Armee, desto blutiger der Krieg, desto gewaltiger der im Voraus feststehende Sieg der Alliierten ... und desto radikaler und nachhaltiger die Eroberungen der Angloamerikaner. Hinter dem Dawes-Plan stand weder Landesverrat noch Geldgier, sondern einzig das Fernziel, einen voraussichtlichen Feind hochzurüsten, um ihn in einer (späteren) kriegerischen Konfrontation ... wieder niederzuwerfen."*

Dazu mußte aber auch direkt die erwachende *"religiöse, antisemitische Sekte in der Verkleidung einer politischen Partei (d.h. der NSDAP)"* gefördert werden, in deren Zentrum die geeignete fanatische Führungs-Posaune sichtbar wurde, gleichsam eine Art *"bösaertiger Fran-*

*kenstein, der aber in seinem Bewußtsein immer teilweise geblendet und abhängig von seinen ursprünglichen Schöpfern blieb." ... <<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im September 2016) im COMPACT-Spezial Nr. 11 (x342/38-39): >>Das Netz der Dulles-Brüder

*\_ von Karel Meissner*

Die Schattenregierung (1920 bis 1945): Die feinsten Adressen der US-Hochfinanz kooperierten mit Hitler - bevor sie sich mit Präsident Roosevelt auf einen Pakt einigten.

Halbwegs gebildete Zeitgenossen erinnern sich an die Blutspuren auf der angeblich makellosen Weste der US-Demokratie: Die Morde an John F. Kennedy und seinem Bruder Bobby. Watergate und die Iran-Contra-Affäre. Die unzähligen Kriege mit den Höhepunkten in Korea, Vietnam, Irak und Afghanistan. Attentate und Putsche in anderen Ländern. Operationen unter falscher Flagge wie der 11. September 2001.

Alle diese Ereignisse lassen sich auf ein Netzwerk zurückführen, das demokratiefeindliche Kreise in der US-Oligarchie schon in den 1920er Jahren knüpften und das später Teile des Geheimdienstes CIA und Spezialkommandos der US-Armee kontrollierte.

### **Profitmaschine Versailles**

Die Schöpfer dieses Netzwerkes sind die Brüder Allen und John Foster Dulles. In den 1950er Jahren sollte der erstgenannte CIA-Chef, der andere US-Außenminister werden. Ihre Karriere begann aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg. Dabei half ihnen ihr familiärer Hintergrund: Ihr Großvater John Watson Foster hatte das State Department geleitet und ihr Onkel, Robert Lansing, war unter Präsident Woodrow Wilson (1913-1921) ebenfalls im Außenministerium gewesen.

John Foster Dulles war der juristische Berater der US-Delegation bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919. Dort knüpfte er erste Kontakte zu den US-amerikanischen Großbanken, insbesondere zum führenden Geldhaus von J. P. Morgan. Ein Jahr später arbeitete sein Bruder Allen für das State Department in Berlin und lernte einen gewissen Hjalmar Schacht kennen. Drei Jahre später wurde dieser Schacht zum ersten Mal Reichsbankpräsident und schaffte das Kunststück, die Hyperinflation zu stoppen.

1924 handelte er mit US-Vertretern einen Modus zur Umschuldung der deutschen Reparationszahlungen aus, den sogenannten Dawes-Plan. Mit am Konferenztisch der Washingtoner Delegation saß der Versailles-erprobte John Foster Dulles. Kurz gesagt, sah der Dawes-Plan vor, daß US-Finanzhäuser Deutschland das Kapital leihen sollten, mit dem die Weimarer Demokratie die Kriegsschulden zurückzahlen könnte. So begann die Scheinblüte der Goldenen Zwanziger - eine gewaltige und für die Gläubiger hochprofitable Blase, die am Schwarzen Freitag 1929 platzen sollte.

**"Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen."**

US-Botschafter Dodd

Zur Schaltstelle der US-Kreditvergabe an Deutschland wurde die Anwaltskanzlei Sullivan & Cromwell, und an den entscheidenden Schaltern dieser Kanzlei saßen die Gebrüder Dulles. Über sie liefen die Geldströme zwischen der Wall Street und der Weimarer Republik. Zu ihren Kunden gehörten die feinsten Adressen: die Rockefellers mit ihrer Chase National Bank, der Eisenbahnkönig Averell Harriman sowie die Investmentbanken J. P. Morgan und Goldman Sachs.

Diese Geschäftsbeziehungen wurden auch nach der Machtergreifung der Nazis fortgeführt. "In den dreißiger Jahren hielten beide ihre schützende Hand über US-Unternehmen in Deutschland wie General Motors, ITT oder Standard Oil. ... Die IG Farben, die Dresdner Bank und die Vereinigten Stahlwerke von Flick und Thyssen gehörten zu ihren Klienten, dazu einige deutsche Provinzregierungen", faßt Mathias Bröckers in seinem Buch *Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* zusammen.

War das business as usual - oder heimliche Sympathie für die Nazis? Zumindest bei John Foster Dulles sprechen Indizien für Letzteres. Im März 1936 trug er an der Universität Princeton vor, die Machtübernahme von Mussolini und Hitler sei Teil eines "unvermeidbaren Kampfes zwischen diesen neuen dynamischen Nationen und statischen Nationen wie England und Frankreich". Es sei besser, die Konterrevolutionen in beiden Ländern zu akzeptieren, als Krieg zu führen. Wenn man Hitler nachgebe, seien die derzeitigen Exzesse eine vorübergehende Phase. Nur folgerichtig war, daß John Foster im Weiteren die USA zur Zurückhaltung auf dem europäischen Kriegsschauplatz mahnte und öffentlich Präsident Franklin D. Roosevelt als "Kriegstreiber" beschimpfte.

Allen Dulles hatte Adolf Hitler zum ersten Mal bereits Mitte der 1920er Jahre getroffen, und zwar auf Vermittlung von Konzernboß Fritz Thyssen. Dieser gehörte später zu den Geschäftspartnern, deren Interessen die Dulles-Brüder anwaltlich vertraten - auch dann noch, als Thyssen dem Nazi-Führer 1932 im Düsseldorfer Industrie-Club den Weg ins Kanzleramt gebnet hatte.

Im Laufe der Jahre wuchsen die US-Investitionen in Deutschland an - von 1929 bis 1940 um beinahe 50 Prozent. Der Berliner US-Botschafter William E. Dodd warnte bereits 1937 in der New York Times: "Ich hatte auf meinem Posten in Berlin oft Gelegenheit zu beobachten, wie nah einige unserer amerikanischen regierenden Familien dem Nazi-Regime sind. Sie trugen ihren Teil dazu bei, dem Faschismus an die Macht zu verhelfen, und sie sind darum bemüht, ihn dort zu halten."

#### **Der Putsch von Morgan & Co.**

Dodds Rede über die Versuche einer "Clique von US-Industriellen, unsere demokratische Regierung durch einen faschistischen Staat zu ersetzen", waren nicht metaphorisch gemeint. Am 4. März 1933 war tatsächlich ein Attentat auf den Präsidenten Franklin D. Roosevelt durchgeführt, 1934 ein faschistischer Putsch vorbereitet worden. Von dem Kongreß-Ausschuß für unamerikanische Umtriebe wurde der Umsturzversuch untersucht und ausführlich dokumentiert. Das politische Resümee lautete, daß einflußreiche Kreise mittels einer faschistischen Massenorganisation eine Diktatur in den USA errichten wollten.

Bei dieser Organisation handelte es sich um die im August 1934 gegründete American Liberty League (ALL). Im Vorstand dieser Organisation waren die Spitzen der Hochfinanz vertreten: J. P. Morgan, DuPont, Andrew Mellon, William S. Knudsen von General Motors, Joseph N. Pew jr. von Sun Oil. Mit der ALL waren mehrere Terrorgruppen assoziiert, die den Aufstand militärisch vorbereiteten. Dieser politische Eklat wurde heruntergespielt und - auch vom Präsidenten - unter den Teppich gekehrt. Roosevelt mußte sich mit seinen potentiellen Mördern arrangieren.

#### **Der Großvater von George W. Bush wurde wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland verurteilt.**

Einige der amerikanischen Nazi-Helfer gerieten immerhin nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 ins Visier der eigenen Justiz. Darunter John Prescott Bush, Vater des späteren 41. und Großvater des späteren 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten, damals Teilhaber des Eisenbahnkönigs Harriman. Wegen seiner Geschäfte mit Hitler-Deutschland wurden nach dem Kriegseintritt der USA seine Anteile an der Union Banking Corporation vom Staat konfisziert.

Die Dulles-Brüder hingegen fielen nach oben. Sie stehen für die Pragmatiker unter der pro-deutschen Fraktion des US-Establishments, die sich mit Präsident Roosevelt abfanden, nachdem der Putsch von 1934 gescheitert war. Ihr Zugeständnis bestand darin, sich nicht mehr gegen den populären Präsidenten zu stellen, sondern sich in die Kriegsanstrengungen einzuklinken. Roosevelt seinerseits mußte den beiden zugestehen, möglichst viel aus der Hinterlassenschaft der Nazis zu retten und für die US-Nachkriegspolitik nutzbar zu machen.<<

## Die "Goldenen Zwanziger Jahre"

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands - überwiegend durch US-Anleihen - finanziert. Da die deutsche Reichsregierung nicht genügend Eigenkapital besaß, mußte sich der Staat zwangsweise immer höher verschulden. Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen. Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" und "dem Tanz auf dem Vulkan" hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Der deutsche Schriftsteller Leonhard Frank schrieb später über die "Goldenen Zwanziger" in Berlin (x149/50): >>Damals war die schöne Zeit. Von den Nachwirkungen des verlorenen Krieges war nichts mehr zu spüren. Die Wirtschaftsverhältnisse hätten nicht besser sein können, wenn Deutschland den Krieg gewonnen haben würde. ...

Ein neues Deutschland hatte sich herausgeschält. Eine Art Märchen von Aschenbrödel war für eine ganze Nation Wirklichkeit geworden.

Diese Zeit war der Beweis dafür, daß Wirtschaftskraft und –aufstieg auch das geistige und künstlerische Schaffen befruchten. ...

Die Bücherproduktion war größer als je. Die neue expressionistische Richtung, in Deutschland entstanden, beeinflusste die europäische Dichtung. Theater, Oper, Konzerthäuser waren überfüllt. Europäische Künstler aus Paris, London, Rom, die nach Berlin kamen, waren begeistert und wollten nicht mehr fort. Die Luft in Berlin war elektrisch geladen. ...<<

Richard Nikolaus Graf von Coudenhove-Kalergi (1894-1972, österreichisch-ungarisch-japanischer Herkunft, Begründer der Pan-Europabewegung bzw. der Europäischen Union) schrieb im Jahre 1925 über die Schwächen der Demokratie und warnte bereits vor dem nächsten Krieg (x903/..., x056/14): >>In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

*"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie (Herrschaft des Geldes bzw. der Reichen): weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S. 39)*

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen

Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23). ...<<

>>Europäer! Europäerinnen!

In europäischen Fabriken werden täglich Waffen geschmiedet, um europäische Männer zu zerreißen. ... Europas Politik steuert einem neuen Kriege zu. ... Eine Krise löst die andere ab.

Dieser Vernichtungskrieg, den die europäische Politik vorbereitet, wird an Schrecklichkeit den (Ersten) Weltkrieg ebenso weit hinter sich lassen, wie dieser den deutschfranzösischen (Krieg von 1870/71). ... Sein Ziel (wird) die Ausrottung der feindlichen Nation (sein). ... Das zersplitterte Europa geht somit einer dreifachen Katastrophe entgegen; dem Vernichtungskrieg, der Unterwerfung durch Rußland, dem wirtschaftlichen Ruin.

Die einzige Rettung ... ist: Paneuropa; der Zusammenschluß aller demokratischen Staaten Kontinentaleuropas zu einem Verband. Die Gefahr des europäischen Vernichtungskrieges kann nur gebannt werden, durch einen paneuropäischen Schiedsvertrag; die Gefahr der russischen Herrschaft ... nur ... durch ein paneuropäisches Defensivbündnis; die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins ... nur durch eine paneuropäische Zollunion. Der Schiedsvertrag sichert den Frieden - das Bündnis sichert die Freiheit - die Zollunion sichert die Wirtschaft.<<

Außenminister Gustav Stresemann kritisierte am 27. August 1928 die zunehmende Amerikanisierung der Deutschen (x063/554-555): >>... Wir sind im gegenwärtigen Deutschland mehr amerikanisiert als irgendeine andere Nation in Europa. Wir arbeiten zu viel. Wir sind ein Volk der Hast und Unruhe der Großstädte geworden. Unsere Presse gibt die Sensationen wieder, die heute dem Menschen hundertfache Eindrücke übermitteln und ihm das Bild zeigen, das durch Amerika zunächst den Völkern der Welt vor Augen geführt wird. Im Innern aber lebt unbewußt der Gedanke, daß wir in diesem modernen Leben ein Stück unserer Seele verloren haben.

Wien und Österreich steht uns vor Augen als ein Land, das anders lebt als wir, das, wenigstens früher, ruhiger und beschaulicher war. Aus jener Stadt und jenem Land klingen uns die Namen Mozart und Schubert entgegen. Dort bedeutet Theater und Literatur noch mehr als Boxkampf. Im österreichischen Volke, das aus Menschen unseres Blutes besteht, suchen wir unsere eigene verlorene Seele ...<<

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude, dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde.



Abb. 59 (x149/51): "Großstadt" von Otto Dix, 1927/28.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

### **Joseph Goebbels wird NS-Gauleiter in Berlin**

Joseph Goebbels gründete am 16. November 1926 in Berlin mit 300 Mitgliedern die erste NSDAP-Ortsgruppe.

Hitler, der Goebbels geschickt an sich ziehen konnte, ernannte den berüchtigten "hinkenden, kleinen Doktor", der bereits ein erfolgreicher NS-Demagoge bzw. Volksaufwiegler war, im Herbst 1926 "zur Belohnung" zum Gauleiter von Berlin. Obgleich Gauleiter Goebbels zunächst nur von 300 NSDAP-Mitgliedern unterstützt wurde, konnte Hitlers bester Agitator in Berlin tatsächlich Fuß fassen und die "rote Reichshauptstadt" schließlich nach jahrelangen Kämpfen erobern. In diesen schwierigen Jahren zeichnete sich Goebbels (ein schwächlicher Mann, mit einem unverhältnismäßig großen Kopf) als mitreißender, furchtloser Redner aus, der auch in kommunistischen Arbeitervierteln NS-Hetzreden hielt.

Für den ehemaligen Hitler-Gegner Dr. Goebbels, der wegen eines verkrüppelten Fußes weh-

runtauglich war, ging es an Hitlers Seite nur noch um ein Lebensziel, die Vernichtung der Weimarer Republik.

Der deutsche Historiker Harald Steffahn schrieb später über Joseph Goebbels (x051/218-220):  
>>Goebbels, Joseph, geboren in Rheydt 29.10.1897, gestorben in Berlin: 1.5.1945, deutscher Politiker.

Der Sohn eines Buchhalters einer kleinen Dochtfabrik kam aus streng katholischem Elternhaus, sollte daher Priester werden. Doch Goebbels entschied sich für ein Studium der Philosophie und Literatur. Er sah seine Zukunft eher auf literarischem Gebiet. 1921 promovierte der junge Goebbels, der durch einen Krüppelfuß behindert war und daher nicht am Ersten Weltkrieg teilgenommen hatte, über das romantische Drama.

In dem schwächtigen Körper mit dem unverhältnismäßig großen Kopf steckten der Wille und Ehrgeiz des vom Leben sichtbar Zurückgesetzten - eine Daseinsminderung, die sich auch in zahlreichen Liebesaffären Ersatz suchte. Der kleine, hinkende Mann war bei Frauen ungewöhnlich erfolgreich, begabt mit dem Charme tiefdunkler Augen, mit Geist und Temperament. Doch gab es ungeachtet dieser Siege Niederlagen anderer Art, die seinem Leben die endgültige Richtung wiesen.

Der literarische Ehrgeiz wurde nicht befriedigt. Die Zeitungen schickten seine Beiträge zurück, die Verlage seine Romane und Dramen. Insbesondere seine drängenden Bewerbungen beim liberalen "Berliner Tageblatt" unter Chefredakteur Th. Wolff wurden abgewiesen. Mutmaßlich ist Goebbels' Entwicklung zum fanatischen Antisemiten und Verächter alles Bürgerlichen maßgeblich auf diese Kränkungen seines Ichs zurückzuführen.

Die mangelnden belletristischen Qualitäten des Schöngelstes Goebbels lassen die Absagen verständlich erscheinen. Er schrieb schwülstig und verstiegen und zeigt sich in seinen Tagebüchern der 20er Jahre in der unstabilen Seelenlage eines Backfisches, fortwährend in Extremen schwankend, "emotionale Wechselbäder" (Heiber) erlebend.

Merkwürdig, daß die sentimentalischen Ergüsse sich mit der schneidenden Schärfe und Präzision des politischen Redners und Redakteurs vertrugen, als welcher Goebbels seit 1924 im völkischen Lager auftrat - von Anbeginn mit Erfolg.

Hier fand er Ersatz an Anerkennung und Lob, die ihm als Belletrist versagt blieben. Heiber spricht von "hochintellektueller Glasur über pubertärer Gefühlswelt". Politisch stand Goebbels dem "linken" Nationalsozialisten G. Strasser nahe, wurde Gaugeschäftsführer in Rheinland-Nord (Sitz Elberfeld) und redigierte die "Nationalsozialistischen Briefe". Während der Rivalitäten zwischen Hitler und dem Strasser-Flügel hielt er zum letzteren, bis Hitler diesen Kurs 1926 auf der Bamberger Führertagung rhetorisch niederwalzte.

Hitler erkannte Goebbels' Begabung und zog ihn geschickt an sich. Bald beugte sich Goebbels "dem Größeren, dem politischen Genie", wie er seinem Tagebuch anvertraute und hinzufügte: "Hitler, ich liebe dich, weil du groß und einfach zugleich bist."

Diese Bindung hörte erst mit dem fast gemeinsamen Tod auf. Goebbels, als Redner gleichrangig, mit starker Ausstrahlung, aber ohne Charisma, wußte instinktiv, daß er nur Diener, Rufer, Propagandist eines Ersten sein konnte, nie selber Erster. In diesem Sinn hat er Hitlers Aufstieg und Herrschaft demagogisch unterstützt und gefestigt bis ganz zuletzt.

Eine für beide Seiten folgenreiche Entscheidung war, daß Hitler seinen besten Agitator im Herbst 26 ins "rote" Berlin schickte, um die NSDAP auf dem schwierigsten Pflaster Deutschlands voranzubringen. Tatsächlich eroberte Goebbels Berlin für den Nationalsozialismus. Die Reichshauptstadt blieb 18 Jahre lang sein vorrangiges Aktionsfeld.

Der Haß der Kommunisten auf den Gauleiter war nicht ohne Respekt, denn Goebbels war furchtlos, hielt seine Hetzreden mitten in den Arbeitervierteln und stand in der Saalschlacht ungerührt auf dem Podium. Seine brutal dreinschlagenden SA-Leute blieben fast immer als Sieger am Platz. Kamen eigene Kampfgenossen ums Leben, so veranstaltete Goebbels für die

"Blutzeugen" Trauerspektakel im Stil von Staatsbegräbnissen (z.B. H. Wessel). So hielt er das politische Berlin in Atem und sammelte Anhang.

Nebenbei redigierte Goebbels die Zeitung "Der Angriff" und amtierte seit 1930 als Reichspropagandaleiter der NSDAP. Der arbeitsüberhäufte Demagoge war außerdem auch MdR seiner Partei. Er ersann immer neue Kunstgriffe der Massenlenkung. Wo heute dergleichen angewandt wird, steht Goebbels häufig unsichtbar als Lehrmeister dahinter.

Auch setzte er die neuen Medien Funk und Film konsequent als Propagandamittel ein - was freilich erst nach der Machtergreifung möglich war. Sie wurden ebenso wie Presse, Literatur, Musik und Kunst der 1933 gegründeten Reichskulturkammer unterstellt.

Goebbels' Zugriff blieben als Reichsminister für "Volksaufklärung und Propaganda" (13.3.33) nur wenige Sektoren der Kunstentfaltung entzogen: die preußischen Staatstheater, in denen Göring relative Freiheiten walten ließ, die Architektur, die Bauliebhaber Hitler sich selber lenkend vorbehielt.

Goebbels war es v.a., der den fruchtbaren, z.T. dominierenden Einfluß jüdischer Schriftsteller, Journalisten, Künstler aus dem deutschen Kulturleben verbannte, da die Berufsausübung auf diesen Gebieten "arische" Herkunft voraussetzte.

Auf der anderen Seite war Goebbels klug genug, inmitten diktiert Weltanschauung Inseln der Gemütsberuhigung zu dulden. Zahllose Lustspielfilme bis in die spätesten Tage des Regimes waren von jedem politischen Beiklang frei.

Als Presseherrscher (Presseanweisungen) sorgte Goebbels dafür, daß der nationalsozialistische Staat nach innen und außen mit einer einzigen Stimme sprach. Die entscheidenden innen- und außenpolitischen Schritte wurden jeweils mit Kampagnen vorbereitet, begleitet und gerechtfertigt. Einzelne fremde Übergriffe im erhitzten nationalen Klima nutzte Goebbels zu Pressefeldzügen maßloser Hetze aus. Er konnte unversehens "gesundes Volksempfinden" mobilisieren und war der Hauptorganisator des Pogroms der Kristallnacht (9./10.11.38).

Als oberster Meinungsdirigent trug er maßgeblich dazu bei, die Massenverbrechen an den Juden (im Krieg) atmosphärisch vorzubereiten. Ebenso festigte er, neben Heß und Schirach, den Führerkult.

Trotz aller Loyalität zu Hitler litt dessen Vertrauen zu seinem Paladin in den späten 30er Jahren wegen seiner Liebesaffären. Goebbels, seit 1931 mit Magda, geschiedene Quandt, verheiratet, erregte Aufsehen wegen seiner Leidenschaft für die tschechische Schauspielerin Lida Baarova. Hitler, der nach der Affäre um Blomberg keinen zweiten öffentlichen Eheskandal in hohen Rängen duldete, rief Goebbels zur Ordnung.

Die bisher schon hochgesteigerte propagandistische Energie des "kleinen Doktors" setzte im Krieg noch weitere Reserven frei; das galt selbstbezogen wie übertragen. Unablässig war er in Reden und Artikeln (u.a. in "Das Reich") um Hebung der Kriegsmoral bemüht, um so mehr, je gefährdeter sie war infolge der zermürbenden Bombenangriffe auf deutsche Städte.

Sicherlich hat er mit seinen Durchhalteparolen stark dazu beigetragen, daß das Volk weit über das physische und psychische Maß hinaus die Kriegsdrangsale geduldig ertrug. Seine dabei entwickelte Strategie der (Ver-)Tröstungen mit Hilfe von Endsiegfantasien oder der Beschwörung von Wunderwaffen wirkte bis zum Zusammenbruch.

Goebbels' Haßnatur formte die öffentliche Vorstellungswelt mit effektvollen Formeln, so in der rhetorisch genialen Sportpalastrede zum "totalen Krieg" (18.2.43). Er war stets am stärksten, wenn es auf Hauen und Stechen ging, wenn Affekte und Zorn entzündet werden sollten. Er brauchte Feinde, wenngleich seine Feindbilder weniger ideologisch verwurzelt waren als bei Hitler und Himmler. Selbst in den Trümmerwüsten Berlins und anderer Städte scheute er sich nicht, unter Volk zu gehen, als sein Führer längst die Masse nicht mehr suchte.

Als Generalbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz (Juli 44) suchte er das letzte an Widerstandskraft aus dem Volk herauszupressen, illusionslos über die persönlichen Folgen

einer Niederlage: "Vor allem in der Judenfrage sind wir ja so festgelegt, daß es für uns gar kein Entrinnen gibt", hatte er schon im März 43 ins Tagebuch geschrieben.

Doch bis in den klar erkannten Untergang hinein ließ Goebbels keinen Moment im Einsatz nach. Von Hitler dann im politischen Testament zum Reichskanzler ernannt (29.4.45), inszenierte er einen Abgang im Tragödienstil: Er vergiftete seine sechs Kinder und nahm sich zusammen mit seiner Frau im Bunker unter der Reichskanzlei einen Tag nach seinem Herrn das Leben.<<

### **Die Wall Street fördert Adolf Hitler**



*Abb. 61 (x905/...): Wall Street, Straße in New York City.*

Obwohl Hitlers Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung des Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle, finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger der Neuen Weltordnung den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren und die planmäßige totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über Hitlers Rechenschafts- und Programmschrift "Mein Kampf" vom 18. Juli 1925 (x192/439): >>In seiner Programm- und Rechtfertigungsschrift "Mein Kampf" hatte Hitler die Zerstörung des Kommunismus, die Eroberung neuen Lebensraumes und die Vernichtung des Judentums zu den zentralen Zielen seiner Politik erklärt.

Das Buch erzielte seit 1933 riesige Auflagen, war fast in jedem deutschen Haushalt verfügbar, doch die wenigsten lasen es, und wer sich damit befaßte, nahm es nicht ernst. Mit diesem extremistischen Propagandageschwätz ließ sich doch keine Politik gestalten. Doch genau das

geschah, auch wenn das Ganze in taktische Winkelzüge, Täuschungsmanöver und Friedensbe-  
teuerungen eingebunden wurde.

Kein anderer Politiker hat je seine Kernziele im voraus so präzise und offen formuliert wie  
Adolf Hitler. ...<<

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit  
1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus  
Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle, finanziert wur-  
den.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die fi-  
nanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219-226): >>Es waren diesel-  
ben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die  
auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung  
sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne  
als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg  
schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wur-  
den.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So  
oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem euro-  
päischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß be-  
sagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen -  
gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleich-  
viel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu  
inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So  
fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe  
der deutschen Industrie gewesen ist. Und wenn diese Industrie, wie seit langem erwiesen,  
doch längst nicht jedermann bekannt, selbst während des Ersten Weltkrieges - mit Wissen der  
obersten deutschen Behörden! - auch die Feindstaaten beliefert hat - die Firma Thyssen, die  
dann auch Hitler mitfinanzierte, gelegentlich sogar fast halb so billig wie die eigene deutsche  
Heeresverwaltung.

Warum sollten amerikanische Banken nicht Hitler finanzieren, noch dazu im Frieden?

So "hausgemacht", so ein Produkt bloß deutschen Mistes, wie immer wieder hingestellt, ist  
Hitler nicht gewesen.

Man sollte den überragenden Einfluß des Geldes, das doch nach einem ebenso alten wie zu-  
treffenden Gemeinplatz die Welt regiert, nicht ausgerechnet auf Politik und Geschichte gerin-  
ger veranschlagen, als es ihm zukommt. Wobei es keine so große Rolle spielt, ob die Regie-  
renden etwas von Geld verstehen, aber eine große Rolle, die größte, ob sie Geld haben, wie-  
viel, woher und wofür.

"Die Vereinigten Staaten", schreibt Henry Ford, "haben noch nie einen Präsidenten gehabt,  
der etwas von Geldsachen verstanden hätte, sie mußten ihren Rat in solchen Dingen stets bei  
den Geldleuten holen. Geld ist das verbreitetste Gut, wird am meisten verwaltet und regiert;  
und doch hat die Regierung nichts damit zu tun, außer wenn sie, wie das Volk, gezwungen ist,  
es sich von denen zu verschaffen, die es beherrschen".

Seit der Antike war es üblich, die Völker durch Aufrüstung und Kriege auszunehmen, sie  
symbolisch und faktisch bluten zu lassen. Der Bankexperte O. M. Blessing will von Konstan-  
tin, dem ersten christlichen Kaiser, bis zum Zweiten Weltkrieg 815 Großkriege gezählt haben  
mit anschließender erbarmungsloser Schröpfung der Überlebenden "durch inflationäre Wäh-  
rungsreformen".

Und während des ganzen 20. Jahrhunderts schürte die gewaltigste Hydra internationaler Finanzmacht die zwischen diversen Staaten schwelenden Konflikte und hetzte die von ihr mehr oder weniger gegängelten und dann mehr oder weniger gebeutelten und gewürgten Gegner aufeinander, verursachte sie Kriege mit, einzig und allein, um durch ihre eiskalt abgewogenen mörderischen Einsätze noch mehr zu gewinnen, mehr Macht noch und noch mehr Geld.

Die etablierte Geschichtsschreibung, die mitunter so überheblich wie unlauter auf Objektivität insistiert, vernachlässigt noch immer gerade die wirtschaftlichen Komponenten im globalen Beziehungsgeflecht, die ökonomischen Faktoren als bestimmende Antriebskräfte, und spart die Manipulationen des multinationalen Geldgesindels gewöhnlich gänzlich aus. Sie dient meist mehr der Verschleierung geschichtsentscheidender Züge als deren Aufdeckung, dient mehr den herrschenden Strömungen und Potentaten als der echten Kritik.

Man denke doch nur an die deutsche Geschichtswissenschaft dieses Jahrhunderts! ...

Hitlers inländische Unterstützungen reichten in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 bei weitem nicht aus, auch nicht die Gelder, die für ihn der Bankier und spätere Parteigenosse SS-Brigadeführer Freiherr von Schröder und die Ruhrindustrie natürlich zu ihren Gunsten mobilisierten.

Auch ein weiterer Großkapitalist wurde zur Rettung Deutschlands aktiv. 1929 appellierte Alfred Hugenberg in einem Rundschreiben an 3.000 US-Millionäre, das drohende Chaos in Deutschland abzuwenden. Bis 1918 Vorsitzender des Krupp-Direktoriums, dann eigener Konzernchef, eine Art Axel Springer der Weimarer Republik, kooperierte Hugenberg zeitweise eng mit Hitler, wurde 1933 Reichswirtschafts- und -ernährungsminister und blieb, bald zurückgetreten, bis 1945 Mitglied des Reichstags.

In seinem Brief an die US-Millionäre beschwor der Konzernherr bereits die Gefahr eines Krieges mit der Sowjetunion und machte klar, offenbar eigentliches Ziel der Agitation, daß man Geld brauchte für eine Partei, die wieder aufrüste. Er schloß seinen Appell: "Unsere Sache ist die Ihre".

Hugenbergs Aufruf verhallte jenseits des Atlantik nicht ungehört. Es war das Jahr der heraufziehenden großen Wirtschaftspanik, die US-Stahlkonzerne lagen darnieder. Wie hätte da nicht das mit einer deutschen Aufrüstung verbundene Geschäft verlocken sollen! Zwar hatte die Weimarer Republik die Remilitarisierung bereits eingeleitet, doch im großen Stil konnte man dies wohl erst von dem Heil- und Siegbringer aus Braunau erhoffen.

Daß Hitler die Mittel für seine äußerst intensiven Wahlfeldzüge in den frühen dreißiger Jahren weder aus den Beiträgen seiner Genossen noch von den Geldern der deutschen Industrie bestreiten konnte, hatten aufmerksame Beobachter bemerkt. Diese Finanzquellen waren nach Feststellungen der Preußischen Polizei im Sommer 1930 stark zurückgegangen. Doch gab es neben der Parteikasse noch einen Geheimfonds, und amtliche Stellen Berlins hatten auch Hitlers Finanzierung durch ausländische Geldgeber längst registriert.

Daß der deutsche "Führer" käuflich war, ist früh bekannt gewesen. Schon ein Prozeß im Sommer 1923 wegen der NSDAP-Finanzierung hatte ergeben, daß der Partei dreimal große Geldbeträge aus dem Saargebiet über die Deutsche Bank zugegangen waren. Nach Überzeugung des Gerichts stammten sie von amerikanischer Seite, dem Großindustriellen Henry Ford, der lebhaft eine deutsche Aufrüstung wünschte.

Agenten des langjährigen preußischen Innenministers Carl Severing ... hatten seit 1929 aber auch Verhandlungen Hitlers mit US-Bankiers im Berliner Hotel Adlon beobachtet, Verhandlungen, die dort bis 1933 stattfanden. ...

Severing beauftragte Ende 1931 seinen Staatssekretär Dr. Abegg mit Nachforschungen über Hitlers Vorleben und seine ausländischen Finanzquellen. Dabei ergab sich, das Geld für die aufwendige Nazipropaganda stammte "nur aus dem Ausland, insbesondere aus den USA". - Übrigens hatte Hitler auch einen großen Teil der Waffen für SA und SS nicht von der

Reichswehr, sondern vom Ausland erhalten.

An den Konferenzen im Hotel Adlon waren beteiligt: "Bankier Warburg als Treuhänder des New Yorker Bankhauses Kuhn, Loeb & Co. sowie eine Gruppe der amerikanischen Ölfinanz. Auf deutscher Seite haben an den Verhandlungen teilgenommen Hitler, Göring, Georg Strasser, von Heydt, ein Berliner Rechtsanwalt L. ..."

Was aber bestimmte Warburg, den Treuhänder von Kuhn, Loeb & Co., von demselben Bankhaus also, das 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatte, nun Hitler zu finanzieren, und zwar mit der beträchtlichen Summe von 32 Millionen Dollar, 128 Millionen Reichsmark, die getarnt über verschiedene Banken, die Banca d'Italia, Rom, die Bank Mendelson & Co., Amsterdam u.a., in Hitlers Hand gelangten?

Nicht nur darüber hinterließ Unterhändler Warburg selbst Aufzeichnungen. Daraus ergibt sich, daß die US-Hochfinanz 1929 an ausländische Regierungen und Private Forderungen von etwa 85 Milliarden Dollar hatte, und daß sie, wie die US-Regierungen, den Frankreich zu sehr begünstigenden Versailler Vertrag mißbilligte.

Frankreich nämlich bestand auf Reparationen in Gold, nicht in Natura, und alle Deutschland-Kredite der USA seien über die Reparationen Frankreich zugute gekommen. Nur wenn es keine Reparationen mehr erhalte, könnten sich Deutschland und auch die USA wieder erholen. Zudem fürchteten die Amerikaner die seit dem Rapallo-Vertrag, dieser antiwestlichen Demonstration, sich entwickelnde Ost-Orientierung Deutschlands, dessen politische und wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, ja, sie befürchteten einen bolschewistischen Umsturz im Land. Und während Frankreich aus Sicherheitsgründen ein schwaches Deutschland wünschte, wollten die USA ein starkes - wie nach 1945 wieder!

Bei Beratungen ... des eigentlichen Finanzzentrums der Wallstreet, der fünf unabhängigen Banken, Vertreter der Royal Dutch, der Standard Oil, Rockefeller jun. u.a. im Sommer 1929 wurde Warburg schließlich gebeten zu prüfen, ob Hitler für amerikanisches Geld zugänglich sei. Als Gegenleistung hätte dieser gegenüber Frankreich eine aggressive Außenpolitik einzuleiten, sollte aber "in die wirklichen Motive der amerikanischen Unterstützung nicht eingeweiht werden".

Hitler seinerseits habe bei den Verhandlungen in Berlin betont, "daß er mit den Arbeitslosen alles machen könne, wenn er ihnen nur Uniformen und Verpflegung gebe ... Auf diese Weise werde er Frankreich schon klein bekommen ... Alles hinge vom Geld ab ... Die USA-Hochfinanz habe doch sicher ein Interesse daran, daß er, Hitler, an die Macht komme, denn sonst hätte sie ihm nicht bereits 10 Millionen Dollar übergeben ... Wenn er von der USA-Hochfinanz 500 Millionen Mark erhalte, sei er in sechs Monaten fertig."

Hitler habe auch die Kommunisten als erledigt bezeichnet und erklärt, er werde nun die Sozialdemokraten ausschalten, durch Wahlen oder mit Gewalt. Eventuell komme noch eine Verhaftung von Hindenburg, Schleicher, Papen, Brüning in Betracht, aber alles koste Geld, und das bisher aus den USA erhaltene sei verbraucht.

Kurz vor Hitlers überraschendem Wahlsieg 1930, errungen mit einem für deutsche Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Propaganda-Aufwand, war das große Geld aus dem Ausland gekommen und floß weiter bis zu seiner Machtübernahme 1933. Die Summe von Kuhn, Loeb & Co., die ihm zwischen 1929 und 1933 den Weg zur Macht ebnete, war zwar sehr stattlich, doch nicht überdimensional, spielte aber die Rolle des "Züngleins an der Waage". Die Wallstreet-Bankiers hatten gut kalkuliert, nicht mehr gegeben als nötig, doch genau so viel. Sind sie ja wohl einem Mann wie Hitler, der das ihm wirklich Zugesagte kaum ahnen konnte, geistig weit überlegen gewesen, jedenfalls mehr als charakterlich.

Informiert über die Recherchen Abeggs waren zunächst Reichskanzler Brüning und General von Schleicher, seit 1929 Chef des neu errichteten Ministeramts im Reichswehrministerium und am 2. Dezember 1932 selber Reichskanzler.

Als sich Abegg dann im Frühjahr 1933 in die Schweiz absetzte, beschlagnahmte die SS bei einer Durchsuchung seiner Wohnung das Dossier Hitler. Das Duplikat sollte sie ein Jahr später bei einer Durchsuchung des Hauses von General Schleicher sicherstellen; der General, ein intimer Kenner von Hitlers Auslandsfinanzierung, und seine Frau wurden bei dieser Gelegenheit im Zusammenhang mit dem sogenannten Röhmputsch ermordet. Ebenfalls beseitigte man seinerzeit einen weiteren Mitwisser von Hitlers geheimen Geldquellen, Georg Strasser, der innerhalb der NSDAP antikapitalistische Ideen vertrat und als Führer der sozialistischen Opposition galt. Hitler hatte ihn gleichwohl 1925 zum Reichsorganisationsleiter der Partei ernannt, deren Finanzierung sowohl Strasser wie Schleicher genau bekannt war.

Selbstverständlich standen die Hitler so verhängnisvoll fördernden ausländischen Geldgeber nicht vor dem Nürnberger Tribunal. Selbstverständlich wurden die Dokumente des Abegg-Archives beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß nicht zugelassen. Das heikle Thema der Hitler-Unterstützung durch die großen Finanzmächte der USA durfte unter keinen Umständen auch nur erwähnt werden. Als es der zunächst länger mit Hitler kooperierende Bankier und Politiker ... Schacht, bis 1937 Reichswirtschaftsminister, bis 1939 Reichsbankpräsident, zur Sprache bringen wollte, wurde er rasch zum Schweigen gebracht.

"Als Schacht", meldete die "Neue Zürcher Zeitung" am 2. Mai 1946, "wiederum auf die Haltung ausländischer Mächte gegenüber der Nazi-Regierung und auf die Hilfe, die sie ihr ange-deihen ließen, zu sprechen kam, entschied der Gerichtshof, daß diese Dinge mit der Sache nichts zu tun hätten und daher unzulässig seien ..."

Gegen die baden-württembergische Deutsche Gemeinschaft, die 1950 beweiskräftige Dokumente über die Finanzierung der Hitler-Wahlen von 1930 bis 1933 veröffentlicht hatte, wurde prozessiert. Diesen Prozeß, doch eine historische Sensation ersten Ranges, gewann die Deutsche Gemeinschaft auch, aber keine einzige deutsche Zeitung berichtete darüber zu einer Zeit, da die Remilitarisierung Deutschlands schon eingeleitet war. ...<<

### **Die Weltwirtschaftskrise**

Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Tausende von US-Aktionären verloren fast über Nacht den Kursgewinn von 3 Jahren - ca. 30,0 Milliarden US-Dollar.

Am folgenden Tag mußten bereits viele Banken frühzeitig ihre Schalter schließen, weil sie zahlungsunfähig waren. Danach begann am Ende der 20er Jahre die große Weltwirtschaftskrise.

Aufgrund der neuartigen Massenfertigung produzierte die US-Wirtschaft damals in immer kürzerer Zeit immer größere Warenmengen. Infolge der nordamerikanischen Überproduktion war das Warenangebot wesentlich höher, als die Nachfrage, so daß vor allem die führende Industriemacht USA regelrecht am eigenen "Überfluß" erstickte. Alle US-Lagerhallen waren mit unverkäuflichen Maschinen, Lebensmitteln und anderen Produkten restlos überfüllt. Die Nachfrage fiel immer mehr und die Preise sowie Löhne stürzten unaufhörlich tiefer.

In Ostasien gewann gleichzeitig vor allem die japanische Industrie große Absatzgebiete für ihre billigen Waren, denn die japanischen Arbeitslöhne lagen weit unter den Löhnen der europäischen und nordamerikanischen Industrie.

Viele Länder schützten sich danach durch hohe Einfuhrzölle gegen fremde Erzeugnisse und importierten nur noch von Staaten, die Produkte im gleichen Wert abnahmen. Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge

der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

In einem nordamerikanischen Schulbuch erklärte man später die Gründe für den Ausbruch der US-Wirtschafts- und Finanzkrise folgendermaßen (x243/83): >> Erstens, die amerikanischen Farmer waren am Wirtschaftsaufschwung nicht beteiligt. Während des Krieges erhielten sie hohe Preise für Getreide und Vieh, weil für die Streitkräfte so viele Lebensmittel benötigt wurden. Die Farmer nahmen mehr Land unter den Pflug. Sie liehen Geld, um neue Maschinen zu kaufen.

Nach dem Kriege erzeugten sie mehr Weizen, Baumwolle und Fleisch, als sie verkaufen konnten. Ausländische Staaten, die amerikanischen Weizen gekauft hatten, waren jetzt nicht mehr in der Lage, amerikanische Produkte zu bezahlen. Die Erzeugerpreise sanken, und viele Farmer machten Bankrott. Banken, die den Farmern Geld geliehen hatten, gingen ebenfalls bankrott. ...

Zweitens, die Wirtschaft dehnte sich in den zwanziger Jahren außerordentlich rasch aus. Die Warenmenge, die die amerikanische Bevölkerung kaufen konnte, war aber begrenzt. Vor den zwanziger Jahren hatten die meisten Leute die Waren bar bezahlt, die sie kauften. Als nun das Bargeld knapp wurde, fingen die Kaufleute an, ihre Waren auf Kredit zu verkaufen. Sie vereinbarten monatliche Ratenzahlungen mit ihren Kunden.

Aber die Fabrikbesitzer konnten nicht abschätzen, wieviele Autos, Kühlschränke und Radios die Leute in der Lage sein würden zu kaufen. Die Geschäftsleute meinten, die Produkte der amerikanischen Industrie würden wie bisher immer so weiter gekauft werden. Die Fabriken liehen sich Geld und bauten neue Anlagen. Schon 1928 wurde es schwieriger, die Waren an den Mann zu bringen. Die Käufer hatten weniger Geld.

Drittens, die Kurse an der Aktienbörse stiegen zu stark, Leute mit wenig Geschäftserfahrung begannen, Aktien zu kaufen. ... Sie erwarteten, daß die Aktienkurse immer weiter steigen würden. Diese Leute waren zu optimistisch. Viele Firmen produzierten mehr, als sie verkaufen konnten. ...

Im Sommer 1929 begannen einige erfahrene Anleger, ihr Geld aus dem Aktienmarkt zurückzuziehen. Gegen Ende Oktober versuchten alle, ihre Aktien zu verkaufen. Die Kurse fielen so rasch, daß diejenigen, die ihre Aktien mit geliehenem Geld gekauft hatten, sie nicht schnell genug verkaufen konnten. ...

Die Leute hörten auf, Dinge zu kaufen, die sie sich nicht leisten konnten. Die Fabriken mußten Arbeiter entlassen, einige mußten ganz schließen. Banken, die ihre Guthaben nicht eintreiben konnten, mußten ihre Schalter schließen. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den "Schwarzen Freitag" im Jahre 1929 (x192/431,433): >>Mit einem dramatischen Kurssturz an der New Yorker Börse, dem Bankenzusammenbrüche in ganz Amerika folgten, begann 1929 die Weltwirtschaftskrise. Von 1929 bis 1932 schlossen mehr als 5.000 Banken ihre Pforten, wobei sich die Ersparnisse zahlloser Anleger in Luft auflösten. Doch zuvor hatten die amerikanischen Banken noch ihre kurzfristigen Auslandskredite fällig gestellt; damit fanden die Auswirkungen des "Schwarzen Freitags" weit über die USA hinaus ihren Niederschlag.

Andere Bereiche der Wirtschaft wurden durch den Mangel an Kapital und Kredit schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der Welthandel ging um 60 Prozent zurück, die weltweite Industrieproduktion - ohne Berücksichtigung der Sowjetunion - um 40 Prozent. Das schrumpfende Produktions- und Handelsvolumen hatte eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. ...<<

>>Die Weltwirtschaftskrise stürzte seit 1929 die westlichen Industrieländer ins Chaos. In beinahe allen europäischen Staaten entstanden links- und rechtsgerichtete Protestbewegungen. Wo die demokratischen Institutionen wenig gefestigt waren, gewann meist die Rechte die Oberhand. ...<<

Die deutsche Historikerin Adelheid von Saldern schrieb später über die "Weltwirtschaftskrise" (x051/636): >>Weltwirtschaftskrise, bis dahin größte Krise des kapitalistischen Weltsystems (1929-33).

Kumulativ wirkende strukturelle und konjunkturelle Defekte in den verschiedenen Teilbereichen der Wirtschaft (Produktion, Kreditsystem, Welthandel) trafen bei Entstehung und Ausbreitung der Weltwirtschaftskrise zusammen. Von ihr betroffen waren Agrar- wie Industrieländer. Das Ausmaß war unterschiedlich. Außer den USA litt Deutschland besonders stark unter der Krise (sechs Millionen Arbeitslose 1932).

In Anbetracht der politischen Labilität Deutschlands und des durch den verlorenen Krieg und die Inflation geringen allgemeinen Wohlstandsniveaus (wichtige Unterschiede zu den USA!) weitete sich die wirtschaftliche Krise schnell zu einer Gesamtkrise aus. Dies führte auf politischer Ebene zu den Präsidialkabinetten und schließlich zur Machtübernahme Hitlers.

Ausgelöst wurde die Weltwirtschaftskrise durch eine amerikanische Finanz- und Spekulationskrise (Schwarzer Freitag). Die in den folgenden Monaten einsetzenden massiven Kreditabzüge aus Deutschland (nicht zuletzt aufgrund der hohen Stimmengewinne der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen von 1930) führten schließlich auch zum Zusammenbruch deutscher Banken (Juli 31).

Gleichzeitig kam es zu einer großen Krise des Welthandels (Index der Welthandelswerte in laufenden Preisen: 1926 = 100, 1932 = 39,2). Eine Agrarüberproduktion führte zu einem Preisverfall landwirtschaftlicher Produkte auf dem Weltmarkt.

Viele Agrarländer gerieten in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fielen als Abnehmer von Erzeugnissen aus den Industrieländern aus. Die deutsche Wirtschaft war jedoch in besonders hohem Ausmaße vom Export abhängig (Exportquote 1928: 21,0 %). Die zwischen 1926 und 28 vorgenommenen Rationalisierungsinvestitionen der deutschen Industrie waren auf Exportsteigerung und Wirtschaftswachstum angelegt. Die Produktionskapazitäten waren jedoch schneller als die einkommensabhängigen Nachfrageströme angewachsen.

Der deutsche Export ging trotz der Versuche der Regierung Brüning, mittels Notverordnungen die Produktionskosten (v.a. die Löhne) zu senken, rapide zurück und lag 1932 unter der Hälfte des Wertes von 1928. Die deutsche Industrieproduktion sank – in Indexwerten ausgedrückt – von 100 (1928) auf 61,2 (1932).

Auch der Versuch der Regierung Brüning, die notleidende deutsche Landwirtschaft durch ein Hochschutzzollsystem sowie durch Subventionen (Osthilfe) vor den Folgen der Weltagrarüberproduktion zu schützen, schlug fehl. So erhielten jene Kräfte in Wirtschaft und Politik Auftrieb, die eine relative Abkoppelung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft (Autarkie) bzw. eine Verlagerung des deutschen Außenhandels v.a. nach Südosteuropa erstrebten.

Nach dem Scheitern der Deflationspolitik Brünings (Sturz der Regierung: Mai 32) schlugen die Regierung Papen und Schleicher den damals sehr umstrittenen Weg einer aktiven Konjunkturpolitik (deficit spending) ein (allerdings mit sehr unterschiedlicher Schwerpunktsetzung). Doch erst durch die massive Aufrüstungspolitik, für die Hitler schon bei seinem Regierungsantritt grünes Licht gab (ungeachtet der zunächst verstärkt anlaufenden Programme zur Arbeitsbeschaffung), gelang es, auf zeit- und systemspezifische Weise die Krise und ihre Folgen zu "bewältigen".<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x068/212-215): >>Die Schulden Europas waren während des

Ersten Weltkrieges gewaltig gewachsen, die europäischen Alliierten bei Frankreich, mehr noch bei England verschuldet und diese beiden Länder wieder enorm bei den USA. Die Union wurde dadurch zum Finanzzentrum, ja, zum größten Gläubigerland der Welt, das im Hunger nach immer mehr Profiten während der zwanziger Jahre, besonders in den späten zwanziger Jahren, europäischen Regierungen und Kommunalverwaltungen eine Menge kurzfristiger Kredite gab, die aber dann in langfristige Projekte flossen, worauf die Zinsen erschreckend kletterten und die Kredite durch Exporte nicht beglichen werden konnten.

Zudem waren seit 1927 die industrielle Produktion und die Investitionen in den Staaten selbst zurückgegangen. Vor allem Autos und Konsumgüter wurden weniger gekauft. ...

Seit Jahren taumelte Amerika in einem Spekulationsfieber ohnegleichen darauf hin. Wer es überhaupt vermochte, nahm Kredite auf, um ebenfalls zu kaufen. Kaufen, kaufen schien das Gebot der Stunde. Denn wer kaufte, war schon am nächsten Tag reicher als zuvor. Eine fabelhafte Sache. Und um sie anzuheizen liehen die Banken und Börsenmakler noch 3,5 Milliarden Dollar, um wieder die Kaufkraft ihrer Kunden zu stimulieren und zu stärken. Aktien und Börsenkurse beherrschten, beflügelten das Land. Sogar die Intellektuellen gerieten in den Geldsog – mehr, immer mehr!

Eine einmalige Euphorie beseelte und beseligte die halbe Nation, nein: "Ein ganzes Volk spitzte die Ohren: jede Plauderei wurde zu einem 'Tip'. Ein Viehzüchter aus Arizona kaufte Aktien von einem Bergwerk in Wyoming, ohne zu wissen, welches Metall dort gefördert wurde. War es überhaupt ein Metall? Unwichtig! Man mußte kaufen, kaufen, kaufen und dann auf den Papierstreifen des Ticker den köstlichen Anstieg der Kurse verfolgen. ...

Ein Narr, wer da nicht zugriff. Und wer wollte schon im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ein Narr sein? Wer wollte nicht Geld ohne jede Arbeit verdienen, so wie die ganz Reichen seit je? Ja, wirklich, ein neues Zeitalter schien angebrochen. ... Und trickreich animierten auch gewisse Finanzmagnaten zur Teilnahme an einem fast ... einzigartigen Boom, der eher früher als später zum Fiasko führen mußte – aber nicht zu ihrem.

Im Herbst 1929 fallen plötzlich die Aktienkurse. Am 24. Oktober ... stürzen gleich Dutzende der vorzüglichsten Aktien, werden über 13 Millionen Aktien plötzlich verkauft, am 29. Oktober sind es bereits 16 Millionen Aktien. 2 Wochen später ist der Verlust an Aktienwerten schon auf 26 Milliarden Dollar gestiegen. Ganze Reihen Ruinierter stürzen sich aus den Fenstern. Man müsse Schlage stehen, höhnte man und behauptete, der Empfangschef in den Hotels frage Ankommende: "Wollen Sie ein Zimmer zum Schlafen oder zum Springen?" ...

Eine globale Depression setzt ein. Überall kollabieren Banken, Währungen. In Frankreich sinkt das Geld auf 20 % seines Wertes, in Deutschland die alte Reichsmark auf Null. Und die europäische Krise verstärkt noch die amerikanische, die den finanziellen Zusammenbruch maßgeblich herbeigeführt hatte.

Von Ende Oktober 1929 bis zum 8. Juli 1932 stürzten Industriewerte, deren Indexdurchschnitt noch Anfang September bei 452 gelegen, bis auf 58. Im selben Zeitraum produziert die Industrie fast nur noch halb so viel wie 1929 und sie exportiert nur noch ein Drittel des damaligen Exports. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die US-Wirtschafts- und Finanzkrise (x281/73-74): >>... Die industriellen Kapazitäten wuchsen schneller als die Nachfrage. Dem ungestümen Aufbruch nach Kriegsende folgte bald schon eine tiefe Depression mit allem, was dazugehört: Konkurse tausendfach, Börsenabsturz und Massenarbeitslosigkeit peinigten die Gesellschaft im Hauptgeschoß und ärger noch im Kellergeschoß. Zweifel an der Überlegenheit des kapitalistischen Systems tauchten auf. Der Himmel über Amerika verfinsterte sich, die Blitze der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise erhellten den Blick auf ein Land, das seiner neuen Position als Weltmacht nicht gewachsen war.

Der Bürgermeister der Welt reagierte wie ein Provinzfürst. Die Weltwirtschaft war global, die

amerikanischen Politiker waren es nicht. Sie schauten über den Tellerrand ihres Nationalstaates kaum hinaus. Auf die Überkapazitäten im eigenen Land reagierten sie mit rigoroser Abschottung gegenüber den europäischen Importen, was der Weltwirtschaft in dieser Phase schlecht bekam. Zumal im Inland die Kaufkraft zusammengesackt war wie eine erkaltete Eierspeise.

Die hohen Börsenverluste verdarben die Konsumlust. Viele hatten auf Kredit spekuliert und mußten nun kräftig abzahlen. Industrie und Konsumenten waren in Widerspruch zueinander geraten. Dort die Überproduktion der Fabriken, hier die schwindende Kaufkraft der Bürger, und schon krachte es. Die Elementarkräfte, die Amerika in die große Depression trieben, waren gewaltig.

Daß diese Krise jahrelang anhielt, war freilich von Menschenhand zu verantworten. Die Regierung unter Präsident Herbert Hoover reagierte zwar, aber sie reagierte falsch. Bisher hatte sie ihre Lieferanten in Europa, die noch vom Weltkrieg gezeichnet waren, mit Krediten versorgt. Nun forderte sie das Geld zurück. Und sie erhöhte die Einfuhrzölle, und zwar im Durchschnitt auf über 40 Prozent, was für ausländische Kaufleute praktisch ein Zutrittsverbot zum amerikanischen Markt bedeutete.

Binnen weniger Monate befand sich die Welt in einem veritablen Weltwirtschaftskrieg mit all seinen Begleiterscheinungen: Drohungen und Ultimaten, neuen Zöllen, Quoten und Kaufboykotten. ...<<

### **Hitlers Aufstieg während der Weltwirtschaftskrise**

Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich damals zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen. Vor allem die Schlägertruppen der SA und des Rotfrontkämpferbundes lieferten sich vielerorts unentwegt mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gab.

Reichsinnenminister Carl Severing berichtete im Herbst 1929 über den zunehmenden Straßenterror und die landesweite Rechtsunsicherheit (x092/837, x058/333): >>Seit der Nichterneuerung des Republikschutzgesetzes vergeht kaum ein Tag an dem nicht irgendwo in Deutschland, zumeist an mehreren Stellen, auf politisch Andersdenkende geschossen, eingeschlagen oder eingestochen wird.

Der Zustand staatsbürgerlicher Sicherheit hat einen beklagenswerten Zustand erreicht und sinkt täglich mehr. Die Ursache dieser betrübenden Erscheinungen ist die hemmungslose Verhetzung durch Wort und Schrift, die von den Gegnern der Republik auf der äußersten Rechten und äußersten Linken getrieben wird. ...<<

>>... Dieser ... Zustand politischer Verwilderung kann im Interesse der Staatsautorität, des Ansehens Deutschlands in der Welt, der Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers wie der Aufrechterhaltung und Wiederherstellung gesunder Grundlagen des Staats- und Gesellschaftslebens nicht länger geduldet werden.<<

Obleich die deutsche Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung fast zahlungsunfähig war, weigerten sich die Sozialdemokraten - aus Rücksicht auf die Einsprüche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes - die Sozialleistungen zu kürzen bzw. die Arbeitslosenversicherungsbeiträge auf 3,75 % zu erhöhen (x034/454). Die letzte SPD-Regierung - unter Führung des Reichskanzlers Hermann Müller - trat daraufhin am 27. März 1930 trotz ausreichender Mehrheit wegen dieser ungelösten Finanzierungsprobleme zurück. Der völlig unnötige Rücktritt des Reichskabinetts Hermann Müller beschleunigte nachweislich den Untergang der Weimarer Republik.

Nach dem Rücktritt der letzten SPD-Regierung folgten nur noch Präsidialkabinette, die aufgrund fehlender Reichstagsmehrheit mit Hilfe von Notverordnungen regierten. Diese machtlo-

sen Minderheitsregierungen schwächten die Autorität der demokratischen Reichsregierung entscheidend und erleichterten letzten Endes Hitlers "Machtübernahme" (x051/393).

Am 30. März 1930 wurde Heinrich Brüning zum Reichskanzler ernannt. Da die "Brüning-Regierung" - Kabinett der bürgerlichen Mitte, ohne Fraktionsbindung - über keine Reichstagsmehrheit verfügte, regierte man mit Hilfe von Notverordnungen gemäß Artikel 48 der Verfassung.

Der deutsche Publizist Hellmut von Gerlach schrieb am 2. Juni 1930 über die Folgen der Arbeitslosigkeit (x034/466): >>Das wachsende Mißvergnügen über die Fortdauer der Wirtschaftskrise füllt die Reihen der extremen Parteien, insbesondere der kommunistischen auf der Linken und der Rassisten auf der Rechten. ...<<

Als der Reichstag einem Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 16.07.1930 mit 236:221 Stimmen zustimmte, kündigte Reichskanzler Brüning am 18. Juli 1930 völlig überraschend die Auflösung des Reichstages an. Obwohl die deutsche Reichsregierung über eine arbeitsfähige, bürgerliche Mehrheit verfügte, mußte die Reichstagswahl vorgezogen werden (x063/562). Brüning unterstützte mit dieser katastrophalen Fehlentscheidung nachweislich Hitlers Aufstieg, denn angesichts der dramatischen Wirtschaftslage und der drastischen Sparmaßnahmen erhielten NSDAP und KPD zwangsläufig erhebliche Stimmenanteile der Protestwähler.

Die Zeitung "Der Mittag" berichtete am 20. August 1930 (x034/481): >>... Der Weg Hitlers würde unser Elend unermesslich vergrößern, würde das erzielen, was selbst Versailles nicht erreichen konnte: Die Vernichtung Deutschlands ...<<

Infolge der dramatisch steigenden Massenarbeitslosigkeit und der weitverbreiteten Existenzangst erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 bereits 18,3 % und 107 Reichsmandate. Reichskanzler Brüning blieb zwar weiterhin im Amt, aber nach der schweren Wahlniederlage, fand er später oftmals keine Abstimmungsmehrheit.

Ein britischer Zeitungsverleger ... schrieb am 25. September 1930 in der Londoner "Daily Mail" über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahl vom 14.09.1930 (x034/488): >>Der glänzende Erfolg der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ... wird heraustreten als der Anfang einer neuen Epoche. ...<<

Die "Welt am Montag" berichtete am 6. Oktober 1930 über die vorgezogenen Reichstagswahlen im September 1930 (x245/286): >>Dem Ausland waren die Ausmaße des Hitlerischen Wahlsieges natürlich eine noch größere Überraschung als dem Inland, da es auf ein starkes Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen gefaßt gewesen war. Die Welt zerbricht sich den Kopf darüber, worauf die Verneunfachung der Hitlerstimmen zurückzuführen ist. Die verschiedensten Deutungen kommen zum Vorschein.

Die Deutschland besonders wohlgesinnte Presse des Auslandes führt vielfach als Hauptgrund die riesige Arbeitslosigkeit an. "Deutschland hat drei Millionen Arbeitslose, sie haben fast sämtlich nationalsozialistisch gewählt. Ergo." So konnte man wörtlich in Paris und anderswo lesen. ...

Die Hitlerwähler setzen sich aus zwei Kategorien zusammen: einer kleinen Minderheit von Nationalsozialisten, die auf das Hakenkreuz eingeschworen sind, und einer riesigen Mehrheit von Mitläufern.

Keine andere deutsche Partei ist so labil wie die nationalsozialistische, d.h. bei keiner anderen ist das Mißverhältnis zwischen Stammkunden und Laufkunden ebenso groß. Sozialdemokratie, Kommunisten, Zentrum, Demokraten, Volkspartei – überall gibt es Schwankungen, recht erheblich vielleicht. Aber bei keiner anderen Partei ist es denkbar, daß eine plötzliche Verneunfachung erfolgt, die vielleicht bei der nächsten Wahl von einer Drittelung abgelöst wird.

Die Nationalsozialisten haben ja schon einmal den Wechsel von Hoch auf Tief erlebt. Aus den 32 Abgeordneten von 1924 wurden die 12 von 1928. Wieviel werden aus den 107 von 1930

werden?

Das hängt ganz von den Umständen ab. Scheint der deutschen Wirtschaft wieder einmal die Sonne, so schmelzen die Hitlerwähler wie Schnee dahin. Die 6 ½ Millionen werden ja durch kein inneres Band zusammengehalten. Sie sind zu neun Zehnteln nicht Wähler für, sondern nur Wähler gegen.

Dabei soll nicht verkannt werden, daß Hitler, der ein ausgezeichneter Organisator mit Suggestivkraft ist, über eine ihm blind ergebene Kerntruppe von einigen hunderttausend Mann, meist recht jugendlichen Truppen verfügt. ...

Idealisten mit verwirrtem Kopf und Landsknechte ohne Kopf, insgesamt ein paar hunderttausend Mann, das ist Hitlers Kerntruppe. ...<<

Im Jahre 1930 forderte die britische Zeitung "Manchester Guardian" die Aufnahme der Nazis in die Regierung, da diese als zweitgrößte Partei ein moralisches bzw. verfassungsmäßiges Anrecht hätten (x025/129).

Die britische Zeitung "The Times" hielt die Nazis damals ebenfalls für normale, wenn auch etwas rauhe und unerfahrene Politiker, die durch Regierungsverantwortung automatisch zur Mäßigung gebracht würden (x025/129).

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise geriet die deutsche Wirtschaft in immer größere Schwierigkeiten. Fast alle kurz- und mittelfristigen Auslandskredite wurden gekündigt und sofort zurückgefordert. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die Wahlerfolge der NSDAP (x051/405-406):

>>... Die Wahlerfolge 1930-33 verdankte die NSDAP weniger ihrer Programmatik, die sich inhaltlich nur wenig von der anderer rechtsradikaler Parteien unterschied, sondern, neben der Unterstützung durch die ... Harzburger Front, vor allem der Art ihres politischen Kampfes und den Mitteln, die sie dabei einsetzte: ihrer Propaganda und ihrem Terror.

Die nationalsozialistische Propaganda appellierte an die Emotionen, Vorurteile und Ängste der Menschen, die sie nicht als Einzelne, sondern als Masse sah und erfaßte. Sie arbeitete, wie es Hitler schon in "Mein Kampf" gefordert hatte, mit wenigen einprägsamen, gefühlshaltigen Formeln, vereinfachenden Schlagworten und eingängigen Parolen und wiederholte diese ständig; sie manipulierte, statt zu argumentieren und zu informieren.

Dadurch und durch den geschickten Einsatz moderner technischer Mittel und Medien - Farbe, Musik, Fahnen, politische Symbole usw., durch Massenaufmärsche und -umzüge, die demagogischen Fähigkeiten v.a. Hitlers und Goebbels' und noch mehr durch deren skrupellosen Einsatz sowie den um Hitler und seine Person wirksam entfalteten Führerkult war die Propaganda des Nationalsozialismus der politischen Werbung der anderen Parteien weit überlegen.

Wirksam war die nationalsozialistische Propaganda v.a. beim Bürgertum, insbesondere beim mittelständischen Kleinbürgertum - selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte, Bauern.

Der republikanischen Staatsform von Anfang an ablehnend gegenüberstehend, weiterhin autoritär-obrigkeitsstaatlich, wenn nicht monarchistisch gesonnen, sahen diese Gesellschaftsgruppen durch die Weltwirtschaftskrise die ökonomischen Grundlagen ihrer Existenz gefährdet und sich von sozialem Abstieg bedroht.

Sie waren so allzu gerne bereit, den nationalsozialistischen Parolen von den jüdischen und marxistischen "Novemberebrechern" ... und von den unfähigen und "korrupten" demokratischen Parteien und Politikern Glauben zu schenken und ihrem Versprechen vom Wiederaufstieg Deutschlands zu nationaler Größe, von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der

Überwindung der Wirtschaftskrise.

War es Aufgabe der nationalsozialistischen Propaganda, dem Nationalsozialismus Anhänger zu gewinnen, diesen Siegeszuversicht einzuflößen und sie ständig neu für seine Ziele und gegen das "System" von Weimar zu mobilisieren, so hatte der vor allem von den paramilitärischen Verbänden der NSDAP, insbesondere von der Sturmabteilung, ausgeübte Terror die Funktion, in der Öffentlichkeit Schrecken zu verbreiten, die staatlichen Organe und politischen Gegner einzuschüchtern und ihren Widerstand zu lähmen, zugleich aber auch den eigenen Mitgliedern und Anhängern ein Bild von der Geschlossenheit, Kraft und Willensstärke der nationalsozialistischen Bewegung zu vermitteln. Zahlreiche blutige, oft bürgerkriegsartige Straßenkämpfe, vor allem zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten und deren bewaffneten Verbänden, prägten so ab 1930 die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland.  
...<<

Obleich sich der "Stahlhelm", die NSDAP und die KPD in Preußen verbündeten, um den preußischen Landtag per Volksentscheid aufzulösen, erhielt man am 9. August 1931 nicht die erforderliche Mehrheit von 50 %, sondern lediglich 37,1 % (x034/545).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die damalige Zusammenarbeit zwischen NSDAP und KPD (x063/563): >>Das Bündnis zwischen der Kommunistischen und der Nationalsozialistischen Partei trug zur Unterhöhlung der Republik bei. ... Dialektisch ... galt nicht der Nationalsozialismus als Hauptfeind, denn er bereite ja den Weg für Sowjetrußland vor. Hauptfeind waren die Weimarer Republik und die Sozialdemokratie, weil sie die "Einheit der Arbeiterklasse" verhinderten.

Morde und blutige Straßenkämpfe haben die Kommunistische und die Nationalsozialistische Partei nicht abgehalten, zur Zerstörung der Republik zusammenzuarbeiten. Das wurde etwa am 9. August 1931 offenkundig, als beide Parteien im Bündnis mit den Deutschnationalen einen Volksentscheid zum Sturze der preußischen Regierung veranstalteten. ... Trotzdem schlug das Unternehmen fehl, weil viele der Kommunisten sich der morbiden Überlegung Moskaus versagten, das der Nationalsozialismus zur Macht kommen müsse, um Sowjetdeutschland zu gebären.<<

Reichsminister Gottfried R. Treviranus warnte am 22. August 1931 nach einem Gespräch mit Hitler (x034/547): >>... Gnade Deutschland, wenn dieser Führer zum Zuge kommt ...<<

Während der Tagung des Exekutivausschusses der Komintern legte der sowjetische Referent für Deutschlandfragen, Manuilsky, am 15. Dezember 1931 in Moskau die zukünftige Politik der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) fest (x063/564): >>Der Hauptfeind ist nicht Hitler, sondern der Hauptfeind ist das System Severing, Brüning, Hindenburg. ...

Mit seiner (Hitlers) Hilfe werden wir zunächst den sozialdemokratischen Parteiapparat und den Brüningschen Staatsapparat zertrümmern. ... Im gegenwärtigen Abschnitt der Entwicklung der deutschen Revolution ist Hitler unser unzweifelhafter Bundesgenosse.<<

Stalin war schon frühzeitig davon überzeugt, daß ein Sturz der Deutschen Republik und Hitlers Machtübernahme unweigerlich zum Zweiten Weltkrieg führen würde. Die geheimen Bündnisse der KPD und NSDAP förderten bzw. beschleunigten schließlich den Untergang der Weimarer Republik.

Hitler und das rechtsradikale NS-Regime waren für Stalin ein unglaublicher Glücksfall, denn ab 1933 zerschlug das NS-Regime alle demokratischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen des Deutschen Reiches. Mit der gewaltsamen Auflösung sämtlicher demokratischen Einrichtungen und Verbände räumte Hitler frühzeitig alle natürlichen Feinde des linksradikalen Stalinismus aus dem Weg. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fiel es den Sowjets nicht besonders schwer, in Mitteldeutschland die sogenannte "Einheit der deutschen Arbeiterklasse" zu verwirklichen, denn eine ernstzunehmende Opposition gab es dank Hitlers "guter Vorarbeit" nicht mehr.

Stalin übernahm später z.B. auch Hitlers "Generalplan Ost". Der entscheidende Unterschied bestand nur darin, daß die deutschen Volkstumsgrenzen nicht um 500 km nach Osten, sondern um 500 km nach Westen verlagert wurden.

1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt.

Im Winter 1931/32 richtete man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbrachte Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.

Die "Leipziger Volkszeitung" verlangte am 6. Januar 1932 die Ausweisung des ausländischen Hochverrätters Hitler.

Hindenburg erklärte sich am 15. Februar 1932 trotz seines Alters von 84 Jahren bereit, nochmals für den Posten des Reichspräsidenten zu kandidieren (x034/578): >>... (Er habe es) nicht für verantwortbar gehalten, ... seinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig zu verlassen! ...<<

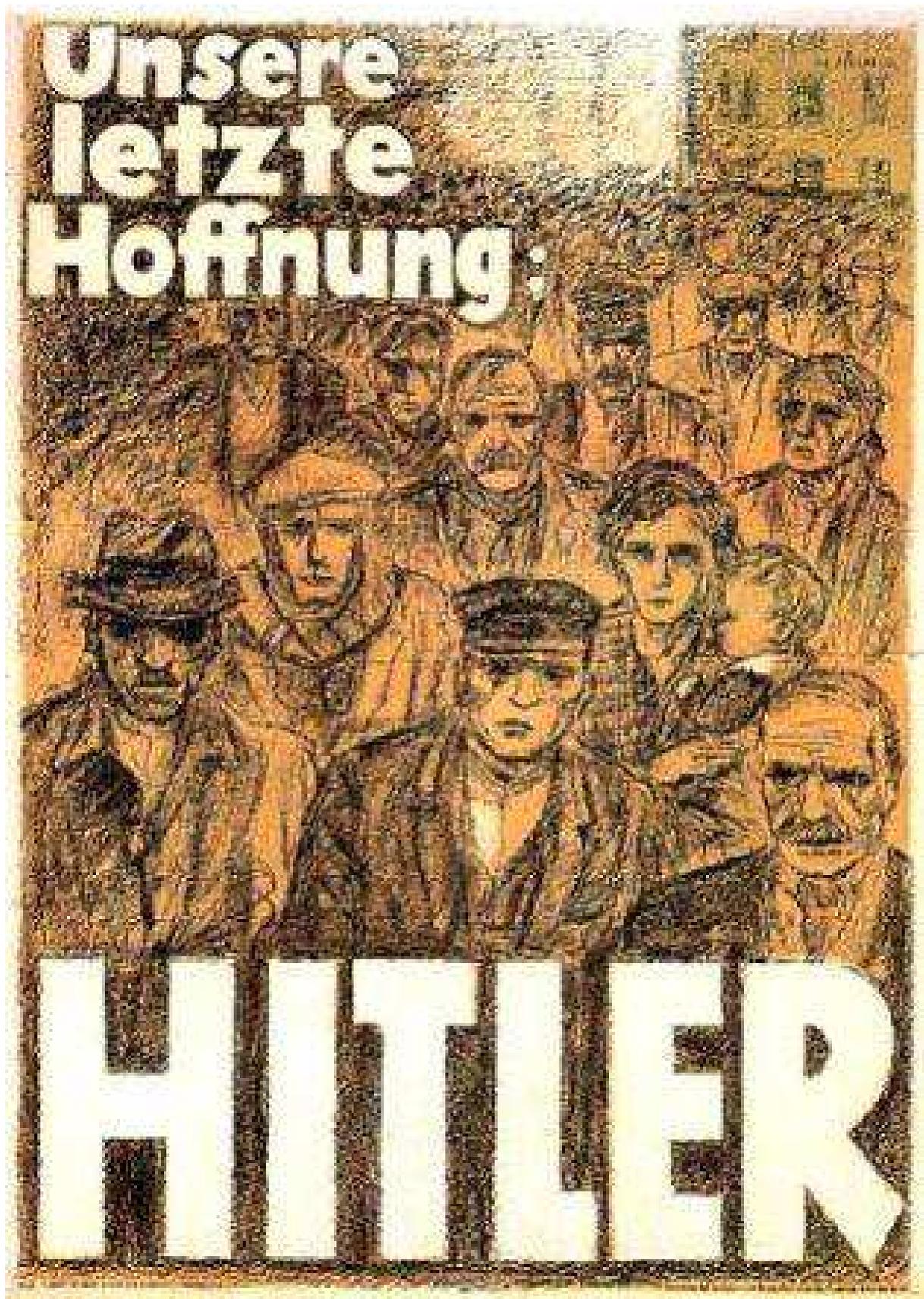


Abb. 62 (x065/379): Im Chaos der Weltwirtschaftskrise sahen die Verzweifelten und Enttäuschten im Jahre 1932 in Adolf Hitler ihre letzte Hoffnung.

Am 15. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.

Der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann erklärte während der Plenartagung des Zentral-Komitees am 19. Februar 1932 (x243/34): >>Am klarsten hat Genosse Stalin schon im Jahre 1924 die beiden Flügel (SPD und NSDAP) gekennzeichnet, indem er von ihnen als Zwillingen sprach, die einander ergänzen. ...

Warum müssen wir den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie richten? ... Sie ist ... die gefährlichste Stütze der Feinde der Revolution, ... der aktivste Faktor der Faschisierung. ...

Die Sozialdemokratie schlagen, das ist gleichbedeutend damit, ... die proletarische Revolution zu schaffen. ... Verhandlungen der KPD mit der SPD ... darf es nicht geben. ...<<

Nach mehreren vergeblichen Versuchen erhielt der ehemalige Österreicher Hitler endlich die dringend erforderliche deutsche Staatsbürgerschaft. Am 25. Februar 1932 wurde der angebliche "Schriftsteller" Adolf Hitler durch das Braunschweigische Staatsministerium zum Regierungsrat des Landeskultur- und Vermessungsamtes der Stadt Braunschweig ernannt und als Sachbearbeiter bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigt.

Goebbels berichtete am 28. Mai 1932 über die damaligen Zustände im Preußischen Landtag (x191/52-53): >>Im Plenum kommt es zum Ausbruch der bis zur Siedehitze angespannten Erregung. Einer von uns wird von den Kommunisten als Mörder beschimpft. Der bolschewistische (!) Fraktionsführer Pieck provoziert auf das maßloseste von der Rednertribüne herab.

Ein Kommunist schlägt einem Parteigenossen mitten ins Gesicht. Das ist das Signal zur Abrechnung. Sie ist kurz, aber bündig, und wird mit Tintenfassern und Stühlen ausgefochten. In 3 Minuten sind wir allein im Saal. Die Kommunisten sind herausgeprügelt, während die Mittelparteien in der vorzeitigen Flucht ihr Heil gesucht haben.

Unsere Fraktion singt das Horst-Wessel-Lied. 8 Schwerverletzte aus verschiedenen Parteien. Das war ein warnendes Beispiel. So allein kann man sich Respekt verschaffen. Das Plenum bietet den Anblick einer grandiosen Verwüstung.

Wir stehen als Sieger auf den Trümmern. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich Bennecke schrieb später über eine Rede des deutschen Reichskanzlers Brüning vor ausländischen Journalisten vom 28. Mai 1932 (x245/289-290):

>>Obgleich der deutsche Reichskanzler mit der Bemerkung begann, daß er allein "zu innerdeutschen Problemen Stellung nehmen" wolle, war klar, daß Brüning, der zugleich deutscher Außenminister war, mit seiner Rede außenpolitische Absichten verband.

Neue Reparationsverhandlungen standen bevor, und Presse und Diplomaten des Auslandes sollten auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands eindringlich hingewiesen werden: "Das fundamentale Problem, das uns – fast wörtlich genommen – Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen."

Diese "neue Plage der Menschheit" habe Deutschland mit einer "unheimlich drückenden Schwere" getroffen. Unter den 6 Millionen Arbeitslosen, "deren Geschick die gleiche Anzahl von Angehörigen" teile – also insgesamt ein Fünftel des deutschen Volkes – befänden sich 2 Millionen – also zwei Drittel der Arbeitslosen – die jünger als 25 Jahre seien. Das bedeute, daß diese jungen Menschen, "die das Leben vor sich haben", keine Arbeitsstätten finden könnten.

Seine Zuhörer fragte der deutsche Reichskanzler: "Wundert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Jugendlichen ein Radikalismus aufquillt, der nur von Untergang und der Zerschlagung alles Bestehenden Besserung erwartet und auf ihn ihre triebmäßigen Hoffnungen setzt?"

Zudem sei die Höhe der Unterstützung der Arbeitslosen innerhalb von 4 Jahren "pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen" von annähernd 90 Mark auf fast die Hälfte, "etwa 50 Mark zurückgegangen". Dieser Satz stelle, angesichts der Notwendigkeit, "daß damit alle Ausgaben auch der Wohnung usw. bestritten werden müssen, in unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand dar."

Die Schlußfolgerung aus diesen bedrückenden Umständen lautet: "Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung verschwindet mit psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit, irgendwelcher Belehrung, irgendwelcher Argumente der Staatspolitik oder der Vernunft zugänglich zu sein. ...<<

Reichspräsident Hindenburg forderte Reichskanzler Brüning am 29. Mai 1932 in Berlin zum Rücktritt auf.

Hermann Pünder, Staatssekretär der Reichskanzlei, schrieb damals über dieses außerordentliche, erstaunliche Ereignis (x034/593): >>Der Vortrag hat stattgefunden. Das Spiel ist aus.<<

Reichskanzler Heinrich Brüning, der sich unermüdlich für die Wiederwahl Hindenburgs eingesetzt hatte, mußte am 30. Mai 1932 mit dem Kabinett der bürgerlichen Mitte zurücktreten, weil Hindenburg ihn nicht mehr unterstützte. Reichskanzler Brüning fiel letzten Endes den Intrigen der Berater des Reichspräsidenten, wie z.B. Franz von Papen, General von Schleicher, und dem Widerstand der ostdeutschen Großgrundbesitzer zum Opfer.

Reichspräsident Hindenburg führte nach Brünings Rücktritt umgehend Gespräche mit den SPD-Politikern Löbe, Wels und Breitscheid sowie Hitler und Göring von der NSDAP, um eine neue Regierung zu bilden.

Der Diplomat und Schriftsteller Harry Graf Kessler berichtete am 30. Mai 1932 über den Rücktritt des Reichskanzlers Brüning (x034/596): >>... Der heutige Tag bedeutet das vorläufige Ende der parlamentarischen Republik.<<

Reichspräsident Hindenburg ernannte am 1. Juni 1932 den rechten Zentrumspolitiker Franz von Papen zum neuen deutschen Reichskanzler. Papen, der höchstens von 10 % der Reichstagsabgeordneten unterstützt wurde, regierte zwangsläufig nur noch mit Notverordnungen.

Am 4. Juni 1932 genehmigte Hindenburg den Vorschlag des Reichskanzlers Papen, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben.

Am 17. Juli 1932 ereigneten sich in Altona bei Hamburg gewaltsame Zusammenstöße zwischen SA und SS, Polizei und KPD. Bei den brutalen Gewalttaten kamen 18 Menschen zu Tode und 68 wurden verletzt (x034/603).

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg - mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung - beseitigen bzw. absetzen ließ.

Reichskanzler Franz von Papen begründete die widerrechtliche Amtsenthebung der preußischen Landesregierung später mit der Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten sowie Prügeleien, die während der preußischen Parlamentsdebatten von den Nationalsozialisten und Kommunisten provoziert wurden). Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt.

Nach dem sogenannten "Preußenschlag" verhängte Reichskanzler von Papen den Ausnahmezustand über Berlin sowie die Provinz Brandenburg und übernahm als "Reichskommissar" die Führung des preußischen Ministerpräsidiums.

Anstatt diesen Staatsstreich gewaltsam niederzuschlagen, rief die preußische Regierung damals nur den deutschen Staatsgerichtshof an. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen. Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Mit diesem Verfassungsbruch bzw. Hochverrat versuchte Reichskanzler von Papen jedoch vergeblich, Hitler für die Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen.

Joseph Goebbels berichtete am 20. Juli 1932 in seinem Tagebuch (x034/604): >>Alles rollt programmgemäß ab.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Preußenschlag" (x051/455-456): >>Preußenschlag, Bezeichnung für die Amtsenthebung der preußischen Regierung unter Ministerpräsident O. Braun (SPD) durch den Reichskanzler Papen am 20.7.32.

Bei den Landtagswahlen am 24.4.32 hatte die Weimarer Koalition (aus SPD, Zentrum und Staatspartei) die Mehrheit im preußischen Landtag verloren. Dennoch blieb die seit dem 6.4.25 amtierende, aus Ministern dieser Parteien gebildete Regierung Braun als geschäftsführend im Amt.

Mit der Begründung, in Preußen sei die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch die bürgerkriegsartigen Straßenkämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten - ihr Höhepunkt: der Altonaer Blutsonntag am 17.7.32 - gefährdet, enthob Papen durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten am 20.7. alle preußischen Minister (Braun selbst befand sich aus Krankheitsgründen seit dem 6.6. nicht mehr im Amt), den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski und den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei Heimannsberg ihrer Ämter, machte sich selbst zum Reichskommissar in Preußen, den Essener Oberbürgermeister Bracht zu seinem Stellvertreter und zum Innenminister und übertrug diesem die Regierungsgewalt in Preußen.

Der Staatsstreich in Preußen war eine "Vorleistung" Papens für Hitler, mit der er diesen und die NSDAP zur Tolerierung seines Minderheitskabinetts zu gewinnen hoffte. Er beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der wichtigsten und letzten Bollwerke der Republik und ebnete so der NSDAP den Weg zur Machtergreifung.

Statt sich dem Preußenschlag mit Gewalt zu widersetzen, rief die preußische Regierung nur den Staatsgerichtshof an, der zwar am 25.10.32 feststellte, die Regierung Braun befinde sich weiter im Amt und könne Preußen im Reichsrat vertreten, ansonsten aber den Preußenschlag für rechtmäßig erklärte; endgültige Absetzung Brauns am 6.2.33 durch Verordnung des Reichspräsidenten.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den "Preußenschlag" (x063/569-570): >>Der 20. Juli war der Schicksalstag der Deutschen Republik. Alles spätere baut folgerichtig darauf auf. Nur offener Widerstand unter Führung der preußischen Regierung hätte das Unheil abwenden können.

Die Regierung hätte sich auf die Gewerkschaften, die Arbeiterschaft, den überparteilichen Schutzbund zur Verteidigung der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die preußische Polizei und auf die Unterstützung anderer deutscher Länder verlassen können.

Die Staatsregierungen, mit denen sogleich Verhandlungen aufgenommen wurden, waren um so bereiter zur Zusammenarbeit, als sie erkannten, daß auch ihre Stellung durch Papens Staatsstreich gefährdet war. Der hessische Minister Wilhelm Leuschner lud ... die preußische Regierung nach Darmstadt ein. Die Stadt lag innerhalb der entmilitarisierten Zone, die die Regierung Papen damals zu verletzen nicht gewagt hätte.

Als eine Art von Exilregierung auf deutschem Boden sollte das preußische Kabinett von Darmstadt aus den Aufruf an alle deutschen Regierungen und verfassungstreuen Kräfte richten, sich gegen Papen zusammenzuschließen. Die bayerische Staatsregierung hatte ... bereits zugesichert, sie würde dann sofort ablehnen, die von Papen Ernannten im Reichsrat als rechtmäßige Vertreter Preußens anzuerkennen.

Den preußischen Ministern kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie das Unrecht kampflos hinnahmen. Sie wollten kein Blut vergießen, sagte Innenminister Carl Severing. Aber verhältnismäßig geringe Opfer zu jener Zeit hätten Deutschland und der ganzen Welt später Hekatomben von Blut erspart.

Die preußischen Minister haben in edlem, aber wirklichkeitsfremdem Vertrauen auf die De-

mokratie gemeint, die Reichstagswahlen vom 31. Juli würden die Regierung Papen wiederum in eine so hoffnungslose Minderheit versetzen, daß es mit ihrer Macht ganz von selber zu Ende sei. Das stellte sich bald als Illusion heraus. ...<<

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei. Die Kommunisten errangen 89 Mandate, die SPD 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnte den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nannte, jedoch weiterhin entschieden ab.

Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 Mandate bzw. 33,1 % von 584 Sitzen.

Joseph Goebbels berichtete am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<

Da die Neuwahl im November 1932 keine Mehrheit brachte und Hindenburg weitere diktatorische Vollmachten ablehnte, trat Reichskanzler Franz von Papen am 17. November 1932 mit seinem gesamten Kabinett zurück.

Reichspräsident Hindenburg sprach sich gegen Franz von Papen aus und beauftragte am 2. Dezember 1932 Kurt von Schleicher mit der Bildung einer neuen Regierung.

Reichspräsident Hindenburg ernannte Generalmajor Kurt von Schleicher, ein erfolgreicher, skrupelloser Intrigant mit guten Beziehungen, der nach Reichskanzler Brüning auch den unerwartet reaktionären Reichskanzler Papen zu Fall bringen konnte, am 3. Dezember 1932 zum letzten Reichskanzler der Weimarer Republik.

Im Reichstag fand am 7. Dezember 1932 eine Massenschlägerei zwischen NSDAP- und KPD-Anhängern statt.

Schleicher, der ständig einen gewaltsamen Umsturzversuch durch die NSDAP oder KPD befürchtete, versuchte damals den gemäßigten NSDAP-Politiker Gregor Strasser (1892-1934) zu überreden, eine Spaltung der NSDAP herbeizuführen. Gregor Strasser lehnte Schleichers Angebot jedoch ab. Schleichers Bemühungen, die deutschen Gewerkschaften zu gewinnen, scheiterten später ebenfalls wegen Ablehnung der SPD-Führung.

Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Die deutsche Historikerin Birgit Wulff schrieb später über die "Arbeitslosigkeit" vor der NS-Machtergreifung (x051/35-36): >>Arbeitslosigkeit ... Zum Zeitpunkt der Machtergreifung gab es im Deutschen Reich 6.013.612 Arbeitslose. Das entsprach einer Quote von rund 19 %. Damit hatte die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt vom Jahr 1932 bereits überschritten: Jahreshöhepunkt: 6,2 Millionen, Durchschnitt: 5,5 Millionen.

Die wirtschaftliche Depression und die sie begleitende Massenarbeitslosigkeit waren durch die Weltwirtschaftskrise verursacht, die neben den USA vor allem Deutschland besonders hart getroffen hatte. Insbesondere kaufmännische Angestellte, ungelernete Arbeiter, Arbeiter in der Eisen- und Metallerzeugung sowie Baufacharbeiter litten unter der Krise.

In den Statistiken tauchten nur die bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern gemeldeten Arbeitslosen und Arbeitssuchenden auf, so daß die Zahlen in Wirklichkeit weit höher lagen. Wegen der geringen Vermittlungschancen meldeten sich im Lauf der Krise immer weniger Arbeitslose. Unter diesen "unsichtbaren" Arbeitslosen waren vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer. Rechnet man sie hinzu, dann lag die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 33 bei ca. 7,8 Millionen.

Seit Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 galt in der Versorgung der Arbeitslosen das Versicherungsprinzip. Ursprünglich war der Be-

zug von Arbeitslosenunterstützung auf 26 Wochen begrenzt, in Zeiten mit besonders hoher Arbeitslosigkeit war eine sogenannte Krisenunterstützung vorgesehen. Höchstbezugsdauer für Arbeitslosen- und Krisenunterstützung für Arbeiter unter 40 Jahren 58 Wochen, sonst 71 Wochen.

Im Verlauf der Krise war eine Hilfsbedürftigkeitsprüfung eingeführt worden, die nach sechs Wochen einsetzte. Nach Ablauf dieser Fristen bezogen die Arbeitslosen die Wohlfahrtsunterstützung der Gemeinden, die den Belastungen durch die ständige Zunahme der Wohlfahrtsarbeitslosen bald nicht mehr gewachsen waren. Im November 32 wurde die Aussteuerung aus der Krisenunterstützung aufgehoben. Diese Regelung wurde von den Nationalsozialisten beibehalten.

Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit waren im Lauf der Krise mehrfach gekürzt worden. Sie errechneten sich nach dem vorhergehenden Lohn, der Ortsklasse und der Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen. Für einen großstädtischen ledigen Arbeitslosen betrug die wöchentliche Unterstützung 5,10 RM, der Höchstsatz in dieser Klasse lag bei 11,70 RM. Auch die Wohlfahrtsunterstützung war laufend gekürzt worden. Die Sätze, die knapp über dem Existenzminimum lagen, wurden von den Nationalsozialisten übernommen. ...

Die Verelendung weiter Kreise durch die Weltwirtschaftskrise in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatte viel zur Radikalisierung des politischen Spektrums beigetragen und insbesondere der NSDAP den entscheidenden Zulauf gebracht. ...<<

Die hohe Arbeitslosigkeit, der wirtschaftliche Abstieg und das soziale Elend förderten eine gefährliche Radikalisierung der Arbeiterschaft und sogenannten "bürgerlichen Mittelschicht". Die bisher völlig unbedeutenden antidemokratischen und radikalen Parteien des Deutschen Reiches erhielten durch die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise erstmalig eine Chance, Wahlerfolge zu erzielen.

Infolge der dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage war Hitlers Zeit endlich gekommen. Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Aufgrund der verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Boden". Einen wesentlichen Bestandteil der NS-Propaganda bildete außerdem der radikale Antisemitismus. Für Hitler gab es keine Zweifel, daß vor allem das Judentum maßgeblich für die Weltwirtschaftskrise verantwortlich war.

Hitlers "einfache" Propaganda-Methoden verfehlten ihre Wirkung nicht. Hitler versprach den Arbeitslosen Arbeit und Brot, den Bauern Erlaß der großen Schuldenlast, den Beamten höhere Gehälter, den Handwerks- und Industriebetrieben große Staatsaufträge und den Soldaten Ansehen und Ehre.

Die jüngeren Leute, Langzeitarbeitslose, aber auch konservative und bürgerliche Kreise (stellungslose Angestellte und Akademiker) wurden zur leichten Beute des NS-Radikalismus. Immer mehr verzweifelte Arbeitslose setzten ihre Hoffnung auf den vermeintlich "starken Führer" und schlossen sich der NSDAP an. Die meisten Deutschen wußten zwar, daß die Nationalsozialisten radikal waren, aber man hielt sie fälschlicherweise vor allem für patriotische und religiöse Nationalisten.

Die deutschen Historiker Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann schrieben später über die Gewalttaten des NS-Regimes vor der Machtergreifung (x245/357): >>... Aus der Rückschau auf die innerdeutschen Ereignisse vor dem Jahre 1933 wird heute immer wieder gefragt, warum sich das deutsche Volk nicht entsetzt von den radikalen Methoden des Nationalsozialismus abgewandt und warum namentlich das Bürgertum nicht einhellig die Gewalttaten der

Anhänger Hitlers verurteilt habe.

Zunächst läßt sich zeigen, daß bereits in den letzten Jahrzehnten des Kaiserreiches und dann beschleunigt im Ersten Weltkrieg selbst humanitäre Haltungen abgebaut und zerstört worden waren. In der Revolution und in den Jahren danach hatten dann in Deutschland Kämpfe, Aufstände und Gewalttaten in großer Zahl stattgefunden. Eine weitere Abstumpfung in den humanen Gesinnungen war die Folge.

Wie zahlreiche Zeugnisse aus dieser Zeit zeigen, gab es nicht wenige sogenannte friedliche Bürger, die ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die Träger der Revolution von 1918 forderten. Auf diese Stimmen konnte sich Hitler berufen, als er den Terror zum politischen Kampfmittel machte. Insbesondere verwies er auf die Kampfweise der Radikalen und besonders der Kommunisten, bezeichnete sie als Herausforderung und fand, was die eigene Praxis anging, daraufhin bereitwilliges Entgegenkommen.

Hatte es nicht, so fragten viele Deutsche in vielen Städten und Provinzen, Terror gegeben, bevor die NSDAP dort Fuß gefaßt hatte? Waren die staatlichen Sicherheitsorgane nicht oft außerstande gewesen, Versammlungen bürgerlicher Partei zu schützen? Soweit diese Fragen mit einem eindeutigen Ja beantwortet wurden, umschloß die Antwort nahezu immer ein Lob für Hitler, der diesen "Elementen" rücksichtslos das Handwerk lege.

Eine Versammlung prominenter Hamburger Bürger, denen der Schrecken des kommunistischen Aufstandes vom Oktober 1923 noch lebhaft vor Augen stand, spendete Hitler zweieinhalb Jahre später bemerkenswerten Beifall, als er versprach, die Kommunisten ohne alle Rücksicht niederzwingen und "ausrotten" zu wollen. Immer wieder läßt sich feststellen, wie die Nationalsozialisten gerade in jenen Großstädten oder Stadtteilen besonderen Zulauf erhielten, in denen sie mit Fäusten und Schlagwerkzeugen die Durchführung ihrer Versammlungen erzwangen.

So erlag ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes in dem Glauben, Gewalt sei nur mit Gewalt zu brechen, eine Revolution lediglich durch eine revolutionäre Partei aufzuhalten oder zu verhindern, einem folgenschweren Irrtum.

Selten nur wurde die Befürchtung laut, das Gesetz, nach dem die NSDAP zu ihrem Kampf angetreten war, könne auch dann noch fortwirken, wenn sie einmal an die Macht gelangt sei.

...<<

Der US-Journalist Hubert Renfro Knickerbocker berichtete im Jahre 1932 aus Berlin über die Erwartungen der Anhänger des NS-Regimes (x149/75): >>Außenpolitik: Hitler wird den Versailler Vertrag zerreißen. Hitler wird den Franzosen sagen, sie sollen sich die Reparationen in der Hölle holen gehen.

Hitler wird die allgemeine Militärdienstpflicht wieder einführen und das alte deutsche Heer mit mindestens 600.000 Mann wieder aufstellen. ...

Hitler wird den polnischen Korridor zwischen Ostpreußen und Pommern, den deutschen Teil Oberschlesiens und unsere Kolonien wieder holen ...

Innenpolitik: Hitler wird die Republik abschaffen.

Hitler wird allen Erwerbslosen Arbeit geben.

Hitler wird die Kommunistische Partei auflösen.

Hitler wird die Juden aus Deutschland vertreiben. ...<<

### **Reichspräsident Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler**

Die politisch-satirische Zeitschrift "Simplicissimus" meldete am 1. Januar 1933 voreilig (x034/629): >>... Eins nur läßt sich sicher sagen, und das freut uns rundherum: Hitler geht es an den Kragen. Dieses "Führers" Zeit ist um!<<

Papen traf sich am 4. Januar 1933 mit Hitler im Haus des Bankiers Schröder in Köln, um über die Bildung einer gemeinsamen Regierung zu verhandeln (x054/209).

Der Kölner Bankier Freiherr Kurt von Schroeder berichtete später über dieses Gespräch vom 4. Januar 1933 (x243/38-39): >>... Papen (führte) aus, daß er (es) für das beste halte, eine Regierung zu formen, bei der die konservativen und nationalen Elemente ... zusammen mit den Nazis vertreten seien. Er schlug vor, daß diese neue Regierung womöglich von Hitler und von Papen zusammen geführt werden sollte. ...

Hitler ... sagte, daß, wenn er zum Kanzler ernannt würde, Anhänger von Papen als Minister an seiner (Hitlers) Regierung teilnehmen könnten. ... Er skizzierte Änderungen, einschließlich der Entfernung aller Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden von führenden Stellungen in Deutschland. ...

Von Papen und Hitler erzielten keine prinzipielle Einigung. ...

Diese Zusammenkunft wurde von mir arrangiert, nachdem Papen mich ungefähr am 10. Dezember 1932 darum ersucht hatte. ... Bevor ich diesen Schritt unternahm, besprach ich mich mit einer Anzahl von Herren der Wirtschaft. ... Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange an der Macht bleiben würde. ...

Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten ... eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden. Ein weiteres gemeinsames Interesse war der Wunsch, Hitlers wirtschaftliches Programm in die Tat umzusetzen. ... Weiterhin erwartete man, daß eine wirtschaftliche Konjunktur durch das Vergeben von größeren Staatsaufträgen ... (entstehen) würde. ...

Zu erwähnen (sind) eine von Hitler projektierte Erhöhung der deutschen Wehrmacht ... auf 300.000 Mann, das Bauen von Reichsautobahnen und die Kredite, die der öffentlichen Hand ... gegeben werden sollten. Aufträge zur Verbesserung der Reichsbahn, und Förderung (von) Automobil- und Flugzeugbau. ...

Es war allgemein bekannt, daß einer der wichtigsten Programmpunkte Hitlers die Abschaffung des Vertrages von Versailles darstellte und die Wiederherstellung eines sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht starken Deutschlands. Es war klar, daß in einem starken Deutschland auch die Wirtschaft aufblühen werde. ... Das wirtschaftliche Programm Hitlers war der Wirtschaft allgemein bekannt und wurde von ihr begrüßt. ...<<

Die SPD-Zeitung "Vorwärts" berichtete am 20. Januar 1933 über die zahllosen politischen Intrigen (x034/632): >>... Hitler bei Papen, Strasser bei Schleicher, Hugenberg bei Hitler, Papen bei Hugenberg, Hugenberg bei Hindenburg, Alvensleben schiebt vorne, Thyssen schiebt hinten ... Wer findet sich noch zurecht in der Geheimpolitik, die ohne das deutsche Volk getrieben wird? ...<<

Joseph Goebbels berichtete am 21. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/632): >>Die Vorarbeiten für den Sturz Schleichers sind in vollem Gange.<<

Hitler führte am 22. Januar 1933 mit Franz von Papen und Oskar von Hindenburg wieder politische Sondierungsgespräche über die Regierungsbildung.

Reichskanzler Schleicher, der eine vorübergehende Militärdiktatur anstrebte, konnte die beantragte Auflösung des Reichstages nicht durchzusetzen, weil Reichspräsident Hindenburg am 23. Januar 1933 die erforderliche Zustimmung verweigerte.

Generaloberst Kurt von Hammerstein-Equord, seit 1930 Chef der deutschen Heeresleitung, forderte seinen Freund Reichskanzler Schleicher am 24. Januar 1933 zur gewaltsamen Machtübernahme auf, um Hitler mit Hilfe der Reichswehr zu stoppen. Schleicher lehnte jedoch einen Militärputsch ab, da er seinen geleisteten Eid nicht brechen wollte. Er weigerte sich außerdem weiterhin starrsinnig, die verbrecherische "preußische Notverordnung" aufzuheben, so daß Hitlers Machtergreifung nicht mehr zu stoppen war.

Der deutsche Unternehmer und Vorsitzende der DNVP Alfred Hugenberg verharmloste am 26. Januar 1933 während einer Besprechung mit Franz von Papen die Gefährlichkeit Hitlers (x034/633): >>... Wir rahmen ... Hitler ein. ...<<

Der Reichswehroffizier Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, General und Chef der Heeresleitung, warnte Hindenburg am 27. Januar 1933 nochmals vor Hitler.

Der Reichspräsident beruhigte damals den Chef der Heeresleitung mit folgenden Worten (x034/633): >>... Sie werden mir doch nicht zutrauen, daß ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe. ...<<

Als die letzten Verhandlungen mit den demokratischen Parteien und den Gewerkschaften scheiterten, trat Reichskanzler Schleicher am 28. Januar 1933 verbittert zurück.

Joseph Goebbels berichtete am 28. Januar 1933 in seinem Tagebuch (x034/634): >>Schleicher ist endgültig erledigt. Jetzt bleibt nichts mehr übrig, als daß der Führer betraut wird. Wir sind alle noch sehr skeptisch und freuen uns nicht zu früh.<<

Von Papen, Oskar von Hindenburg und Staatssekretär Otto Meißner "bearbeiteten" am 29. Januar 1933 unentwegt den uralten Reichspräsidenten.

Papen, der ursprünglich nur durch Schleichers Fürsprache zum Reichskanzler ernannt wurde, war ein äußerst geltungsbedürftiger Mann. Er vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten. Obwohl von Papen Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen (von 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer) erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Der "Völkische Beobachter" schrieb am 30. Januar 1933 vor dem angekündigten Treffen zwischen Reichspräsident Hindenburg und Hitler (x034/634): >>... Unsere Forderung nach Schleichers Sturz: Kanzlerschaft Hitlers.<<

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident Hindenburg den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler.

Während der Vereidigung zum Reichskanzler gab sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigte sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobte feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.

Für Hindenburg war Hitler, im Gegensatz zur drohenden Diktatur Papens bzw. Schleichers oder der "kommunistischen Gefahr", das "kleinere Übel". Der erfolgreichste deutsche Heerführer des Ersten Weltkrieges und "Volksheld" war anscheinend fest davon überzeugt, daß man den "böhmischen Gefreiten" leicht zähmen könnte.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete er gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein.

Hindenburg erklärte damals vor der Presse (x034/634): >>... Und nun, meine Herren, vorwärts mit Gott! Nun Sie sich einig geworden sind, geht es mir gut! ...<<

Goebbels jubelte nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintraf, erklärte er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<

## **Untergang der Weimarer Republik**

Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627). Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes endlich überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance. Der Untergang der Weimarer Republik wurde durch den aggressiven Rechts- und Linksradikalismus beschleunigt, denn die radikalen Parteien NSDAP und KPD nutzten in den Jahren 1919 bis 1933 alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gewissenlos aus, um die erste deutsche Republik zu vernichten.

Die Weimarer Republik scheiterte aber auch, weil es keine überragenden deutschen Staatsmänner gab, die in der Lage waren, die dringend erforderlichen Entscheidungen jener Zeit durchzusetzen.

Im Verlauf der "Großen Depression" wurden die Positionen der deutschen Regierungen nahezu aussichtslos, denn im Gegensatz zu den französischen Regierungen - von 1919-30 scheiterten z.B. auch 18 französische Regierungen - fehlten den deutschen Regierungen nach dem Ersten Weltkrieg schließlich die entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Grundlagen, um die katastrophalen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der fehlenden politischen Führungspersonlichkeiten mußten die gemäßigten Parteien der Weimarer Republik zwangsläufig scheitern.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über das Ende der Weimarer Republik (x051/628-629):  
>>(Weimarer Republik) ... Als am 27.3.30 die von H. Müller (SPD) geführte Koalitionsregierung über Fragen der Arbeitslosenversicherung zerbrach, bedeutete das das Ende des parlamentarischen Regierungssystems; die am 30.3. unter Brüning (Zentrum) gebildete Minderheitsregierung war ein Präsidialkabinett.

Nach Auflösung des Reichstages am 18.7.30 brachten die Neuwahlen am 14.9. einen sprunghaften Anstieg der NSDAP von einer unbedeutenden Splitterpartei zur zweitstärksten deutschen Partei: Sie erhielt 18,3 % und 107 Sitze (von 577).

Dem Wahlerfolg der NSDAP war das (mit 4,1 Millionen Stimmen knapp erfolgreiche) Volksbegehren gegen den Youngplan vorausgegangen, das die NSDAP und deren Führer Hitler erstmals einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht hatte.

Am 11.10.31 schlossen sich NSDAP, DNVP und Stahlhelm in der Harzburger Front zum Kampf gegen die Republik zusammen; zu deren Verteidigung bildeten SPD, Gewerkschaften und der Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold am 16.12.31 die Eiserne Front.

Brüning, der Reichskanzler blieb, versuchte durch eine deflationistische Wirtschaftspolitik die Krise zu meistern, letztlich ohne Erfolg; sein Minderheitskabinett wurde dabei zunächst von der SPD toleriert.

Am 10.4.32 wurde Hindenburg (19,4 Millionen Stimmen), diesmal als Kandidat der republikanischen Parteien, gegen Hitler (13,4 Millionen) zum Reichspräsidenten wiedergewählt. Kurz danach entzog er unter dem intriganten Einfluß seiner Umgebung Brüning das Vertrauen. Dieser trat am 30.5.32 zurück.

Neuer Reichskanzler wurde am 1.6. Papen (bis zum 3.6. Mitglied des Zentrums, dann parteilos). Da Papens konservatives "Kabinett der Barone" und seine offen antirepublikanische, auf die Restauration der Monarchie oder die Errichtung eines autoritären Systems abzielende Politik im Reichstag nur von der DNVP unterstützt wurde, löste er diesen am 4.6. auf. Um die

NSDAP zur Tolerierung seiner Politik zu gewinnen, hob er am 14.6. das am 13.4. von der Regierung Brüning ausgesprochene Verbot von SA und SS auf.

Am 20.7. enthob Papen die (geschäftsführende) preußische Regierung unter O. Braun (SPD) ihres Amtes (Preußenschlag) und beseitigte mit der demokratischen Regierung im größten deutschen Land eines der letzten und wichtigsten Bollwerke der Republik.

In den Reichstagswahlen am 31.7. konnte die NSDAP ihren Stimmenanteil mit 37,4 verdoppeln; mit 230 (von 608) Sitzen im Reichstag war sie nunmehr die mit Abstand stärkste deutsche Partei. Nach neuem Konflikt ließ Papen den Reichstag am 12. 9. erneut auflösen. Zwar verlor die NSDAP bei den Reichstagswahlen am 6.11. erstmals an Stimmen ("nur" noch 33,1 % und 196 Mandate); da aber gleichzeitig DNVP (8,9 % und KPD 16,9 %) Gewinne erzielten, änderte dies weder etwas an der klaren antirepublikanischen Mehrheit des Reichstages noch verschaffte es der Regierung Papen eine Mehrheit; die DNVP (52 Sitze) blieb weiterhin deren einzige parlamentarische Stütze. Papen trat deshalb am 17.11. zurück.

Sein Nachfolger wurde am 3.12. Schleicher. Seine Konzeption, die NSDAP zu spalten und zur Stützung seiner Regierung eine "Gewerkschaftsachse" aus dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und dem linken, von G. Strasser repräsentierten Flügel der NSDAP zu bilden, scheiterte sowohl an der Schwäche Strassers als auch am Widerstand des ADGB und der SPD. Nachdem Hindenburg Schleichers Plan, als letzte Möglichkeit zur Verhinderung einer Regierung Hitler den Staatsnotstand zu erklären, abgelehnt hatte, trat Schleicher am 28.1.33 zurück.

Am 30.1. ernannte der Reichspräsident Hitler zum Reichskanzler. Diese nationalsozialistische Machtergreifung brachte das Ende der Weimarer Republik.

Gründe für das Scheitern der Weimarer Republik waren: die fehlende demokratische Tradition in Deutschland (die sich im Kaiserreich kaum hatte entfalten können), der Makel der Entstehung der Republik als Folge der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg, ihre Belastungen durch die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges, insbesondere durch den Versailler Vertrag, die Mängel der Weimarer Verfassung; das Fehlen fähiger und zugleich populärer demokratischer Führungspersönlichkeiten (das spätestens 1925 bei der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten offenkundig wurde), die mangelnde Bereitschaft und/oder Fähigkeit der republikanischen Parteien und Parteiführer zum Kompromiß (wie sie in den zahlreichen Regierungswechseln und -stürzen, insbesondere beim Rücktritt der Regierung Müller 1930 deutlich wurde) und das Versagen, die Fehler und Fehleinschätzung der Personen an der Spitze der Republik zwischen 1930 und 33 (insbesondere Hindenburgs, Papens und Schleichers).

Entscheidend aber war, daß der Weimarer Staat eine "Republik ohne Republikaner" darstellte: Die Beamten- und Richterschaft blieb, ebenso wie das Offizierkorps, zum Großteil noch immer monarchistisch und autoritär gesonnen, die Mehrheit der Bevölkerung, besonders des Bürgertums, stand der Republik von Anfang an ablehnend gegenüber und ging unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise ab 1930 offen zu den antirepublikanischen Parteien über: das Bürgertum vor allem zur NSDAP, deren demagogische Propaganda die demokratischen Parteien nichts Gleichwertiges entgegensetzen konnten oder wollten, die Arbeiterschaft, ohnehin enttäuscht über das Ausbleiben einer wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Revolution nach 1918, teilweise zur KPD.<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtet später über das Ende der Weimarer Republik (x057/229-230): >>... Amerikanische Anleihen sollten die Anlaufzeit überbrücken. Aber die Hoffnung, daß Deutschland seine Zahlungen aus den Überschüssen der Ausfuhr decken könne, erfüllte sich nicht.

Daher entwarf eine neue Kommission unter dem Amerikaner Young den Young-Plan (1929), der die GesamtrepARATIONSSCHULD auf 121 Milliarden Mark festsetzte, die in 59 Jahresraten

abbezahlt werden sollte.

Aber auch dieser Plan erwies sich als undurchführbar, da inzwischen die Weltwirtschaftskrise auch in Deutschland der kurzen wirtschaftlichen Scheinblüte, hervorgerufen durch Dollarkredite an Reich, Länder, Gemeinden und Private, ein Ende bereitete.

Das Aufhören der ausländischen Kredite hatte im Frühjahr 1931 zum Zusammenbruch der Österreichischen Kreditbank geführt. Die Krise griff rasch auch auf das Reich über, daß mit radikalen Maßnahmen durch die neue Regierung Brüning vergebens versuchte, durch eine Reihe von Notverordnungen der Finanzkrise Herr zu werden (Verminderung der öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen usw.). Schon hatte Brüning unter der USA-Präsidentschaft Hoovers im sog. Hoover-Moratorium einen Aufschub der Schulden- und Reparationszahlungen erreicht, sogar die Streichung aller Reparationen und Kriegsschulden stand bevor.

Da trat durch seinen Sturz eine innenpolitische Wandlung ein, die der deutschen Republik den Todesstoß versetzen sollte. Die soziale und wirtschaftliche Notlage (6 Millionen Arbeitslose) hatte die Massen immer mehr dem bestehenden Staat entfremdet und in die Hände der radikalen Parteien (Nationalisten und Kommunisten) getrieben. Vor allem die "Nationale Opposition" unter Hitler und Hugenberg entfaltete eine rege Tätigkeit. ...

Aus den Reichstagswahlen 1930 und 1932 gingen die Nationalsozialisten schließlich als stärkste Partei hervor, schlossen mit den Deutsch-Nationalen die Harzburger Front und wandten sich in einem Volksbegehren gegen die "Versklavung" durch den Young-Plan. Nun versuchte Hindenburg nach seiner Wiederwahl (1932, von den Linksparteien und der Mitte gewählt) durch Notverordnungen der wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Krisen Herr zu werden.

Nach dem Sturz Brüning berief er dessen Zentrumskollegen von Papen zum Reichskanzler. Unter ihm erfolgte die Einstellung der Reparationszahlungen. Aber er wurde mit der inneren Krise ebenso wenig fertig wie sein Nachfolger General von Schleicher, so daß sich Hindenburg zu dem folgenschweren Schritt entschloß, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Dieser bildete zunächst ein Kabinett von Fachministern, Deutschnationalen und nur zwei Nationalsozialisten (Hitler und Göring). Aber es sollte das Ende der Weimarer Republik bedeuten, und eine erneute schicksalsschwere Wandlung der deutschen Geschichte, die zum Untergang des Reiches führte, nahm ihren Anfang.<<

Der deutsche Historiker Arthur Rosenberg berichtete später über das Ende der Weimarer Republik (x058/333): >>... Die sozialistischen Funktionäre sahen tatsächlich von 1929 bis 1933 vor lauter Bäumen den Wald nicht. Sie verstanden wohl alle Schwierigkeiten und Nöte des Augenblicks, aber sie übersahen die mächtige revolutionäre Welle, die damals durchs Land ging.

Hinter all dem lauten Schimpfen auf das "System" steckte ein echter Volkshaß auf den kapitalistischen Staat. Nur weil die Sozialisten nicht fähig waren, sich an die Spitze der verzweifelnden Massen zu stellen, konnte die Gegenrevolution diese Bewegung ausnützen. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über den Untergang der Weimarer Republik (x063/560-561,573-574): >>Während die Staatsmänner der Republik verwalteten, aber nicht herrschten, gingen die Rechten wie die Linken zielbewußt auf die ganze Herrschaft aus, um den Staat zu einem Werkzeug ihres eigenen Machtstrebens zu machen. Wenn eine Staatsgesellschaft zu zerfallen droht, dann treibt die Furcht vor der Anarchie das Gemeinwesen dahin, wo die Ordnung, und sei es auch nur im formalen Sinne gewährleistet erscheint - selbst dann, wenn der Preis der Verlust der Freiheit ist. Versagt die politische Leitung, so gewinnen in solchen Zeiten die Führer des Heeres Einfluß.

Ihr Hervortreten zeigt an, daß der Staat abgedankt hat. Während der zivile Eingriff die Gesundung des Staates bewirken kann, führt die Herrschaft der Gewalt, sei es Militär, Polizei oder

eine bewaffnete Partei, unweigerlich zu seiner Zerstörung. Die Flucht in eine solche Freiheit bedeutet, daß mit dem Recht und der Freiheit auch die Ordnung verloren geht. ...<<

>>... Die Republik, die ... zu Grabe getragen wurde, nimmt in der Geschichte einen ehrenvollen Platz ein. Mag man ihr nachsagen (wenn das ein Vorwurf ist), sie sei zu demokratisch gewesen und habe zu kritiklos vertraut, daß das Trachten des Menschen von Anbeginn gut sei. Aber sie hat das Reich gerettet, nicht nur 1918; das vorbildliche Werk ihrer sozialen Gesetzgebung legte im Volke die Grundlagen, die noch beim zweiten Sturz 1945 der erneuten Versuchung des Kommunismus widerstanden.

Die Tragik des Geschehens ist um so sinnfälliger, als der Höhepunkt der Staatskrise fast überschritten war, als der Reichspräsident die Republik ihren Feinden auslieferte. Die Wirtschaft hatte das ärgste überstanden, die Arbeitslosigkeit nahm nicht mehr zu, und Verzweiflung und Abenteuerertum begannen, einer ruhigeren Stimmung zu weichen. Die Reparationen waren praktisch beseitigt, das Rheinland geräumt, die Rückkehr der Saar gesichert, der Widerstand gegen einen engeren Zusammenschluß mit Österreich hatte seit der Wirtschaftskrise nachgelassen, über Eupen und Malmédy konnte man verhandeln, und selbst eine friedliche Revision der unvernünftigen Ostgrenzen schien nicht für immer aussichtslos; man hätte Polen statt des Korridors durch eine exterritoriale Straßen- und Bahnverbindung den freien Zugang zum Meer vermitteln können.

Die Ernte der Republik, der Stresemannschen Politik der Völkerversöhnung fiel Hitler in den Schoß, aber er wußte sie nicht zu nutzen. Was friedliche Verhandlungen zu bleibendem Erfolg geführt hätten, verdarb seine Methode der Gewalt. Nichts, was Hitler durch Macht erreichte, hat den Zusammenbruch seiner Macht überdauert.

Daß Versailles liquidiert würde, war nicht nur ein deutsches, sondern ein europäisches Anliegen. Daß es der Deutschen Republik versagt blieb, dieses Ziel zu erreichen, deutete eine Entwicklung an, die nunmehr von Versailles über den Untergang der deutschen Demokratie, zum Zweiten Weltkrieg führte. ...<<

### **Schlußbemerkungen**

Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) gehörte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten.

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges militärisch, wirtschaftlich und politisch dominiert.

Die Erste Deutsche Republik kämpfte seit ihrer Gründung unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt.

Der unsägliche Versailler "Friedensvertrag" brachte nicht nur die erste demokratische Republik in Mißkredit, sondern die ungerechten "Friedensbedingungen" der Siegermächte ließen auch erhebliche Zweifel an der Gerechtigkeit und den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts aufkommen. Hitlers verhängnisvolle "Machtübernahme" begann im Grunde bereits 1919, denn nach dem Friedensvertrag von Versailles waren die Positionen der demokratischen Regierungen nahezu aussichtslos.

Nach 15 Jahren der Ausbeutung, Demütigung, Entrechtung und Vormundschaft war das Ende

der Weimarer Republik schließlich gekommen. Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Infolge der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens am 11. November 1918 und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages am 28. Juni 1919 wurde die Geschäftsfähigkeit der Deutschen durch die Siegermächte drastisch eingeschränkt.

Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit. Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich wehren. Die Rückgewinnung der Freiheit und den Erhalt der Heimat wird es nicht kampflos geben!

Bei dem Entscheidungskampf gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!  
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,  
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien  
und für unsere Nachkommen bewahren können.  
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk  
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften  
bis zum letzten Atemzug verteidigen,  
denn wir sind es unseren Vorfahren und  
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel  
Geheiligt werde dein Name.  
Dein Reich komme.  
Dein Wille geschehe,  
wie im Himmel, so auf Erden.  
Unser tägliches Brot gib uns heute.  
Und vergib uns unsere Schuld,  
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.  
Und führe uns nicht in Versuchung,  
sondern erlöse uns von dem Bösen.  
Denn dein ist das Reich  
und die Kraft und die Herrlichkeit  
in Ewigkeit.  
Amen.

# GOTT MIT UNS

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.09.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 6 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik.</u> Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ...</u> Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Bonn 1992.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege".</u> Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x054	Ploetz, Karl: Hauptdaten der Weltgeschichte. 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3. Europäische Weltgeschichte.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte.</u> Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2.</u> Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 3. Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege.</u> 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.

x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: <u>Der große Bildatlas zur Weltgeschichte</u> . Stuttgart 1992.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch</u> . Band 4. <u>Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk</u> . Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte</u> . Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x084	Graml, Hermann (Hg.): <u>Widerstand im Dritten Reich</u> . Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. <u>Lexikon der deutschen Geschichte</u> . Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: <u>Deutsche Geschichte im Bild</u> . Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen</u> . 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE</u> . 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft</u> . Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert</u> . Dortmund 1997.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit</u> . Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte</u> . Wien/München/Zürich 1996.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß</u> . Band 3, Teil 1. Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x256	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe B. Band 4. Das 20. Jahrhundert. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1966.
x267	Johann, Ernst (Hg.): <u>Innenansicht eines Krieges</u> . Deutsche Dokumente 1914-1918. München 1973.
x269	Ferber, Christian (Hg.): <u>Berliner Illustrierte Zeitung</u> . Zeitbild, Chronik, Moritat für jedermann 1892-1945. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x286	Martin, Paul C.: <u>Zahlmeister Deutschland</u> . So verschleudern sie unser Geld. 2. Auflage Juli 1991. München 1991.
x287	Berbig, Hans Joachim: <u>Kleine Geschichte der deutschen Nation</u> . Düsseldorf 1985.

x291	Loth, Wilfried: Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert. Frankfurt 1992.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x315	Scheuch, Manfred: <u>Historischer Atlas Deutschland</u> . Vom Frankenreich zur Wiedervereinigung in Karten, Bildern und Texten. Wien 2008.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - <u>Die Tore zur Hölle</u> . Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x342	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Heil Hillary!</u> Kandidatin des US-Faschismus. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 11. Werder (Havel) 2016.
x344	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Politische Morde</u> . Die Blutspur der letzte 100 Jahre. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 19. Werder (Havel) 2018.

### **Internet**

x842	Weimarer Verfassung 1919: <a href="http://www.wcurlin.de/links/interaktiv/verfassung_1919/1_weimar.htm">http://www.wcurlin.de/links/interaktiv/verfassung_1919/1_weimar.htm</a> - September 2013.
x870	<a href="http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/">http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/</a> – Juli 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x903	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/11/22/hintergruende-der-europaischen-integrationsbewegung/</a> - Januar 2019
x905	<a href="https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Wall_Street?uselang=de">https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Wall_Street?uselang=de</a> - März 2019
x943	<a href="https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/">https://fassadenkratzer.wordpress.com/2015/04/30/von-der-wegbereitung-des-nationalsozialismus-durch-britisch-amerikanische-finanzkreise/</a> – November 2019